

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 29. JG NR. 178
NOVEMBER/DEZEMBER 2006 1,50 EURO

Inhalt

Direkte Aktion · Kornstr. 28-30 · 30167 Hannover
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Heiße Luft im Herbst

Der DGB steht nicht nur sich selbst im Weg — auch im Klassenkampf ist er ein Klotz am Bein

Eine Manifestation der Unzufriedenheit sollte der Aktionstag am 21. Okt. sein, die „Meinung des Volkes", so ver.di, sollte den Politikern in Erinnerung gebracht werden. Und tatsächlich brachte der Aktionstag der DGB-Gewerkschaften fast eine Viertel Mio. Menschen bundesweit auf die Straßen. Doch eine Demonstration gewerkschaftlicher Macht, das war es bei Leibe nicht: Eher heiße Luft, ist man geneigt zu sagen. Und so zeigt sich darin einmal mehr die Hilflosigkeit der Gewerkschaften.

Der Unmut richtete sich u.a. gegen die neuerlichen Reformvorhaben der Bundesregierung: Rente mit 67, Gesundheitsreform, Ausweitung des Niedriglohnsektors etc. Und während man gerade noch dabei ist, die berüchtigte Mehrwertsteuererhöhung zu verdauen, wird gleich mit einer geplanten Unternehmenssteuerreform nachgelegt, die den Unternehmen und Reichen milliardenschwere Steuergeschenke bringen würde.

Es mag aber auch sein, dass es sich bei dem ganzen Groll gegen die Oberen und Reichen nur um unberechtigten Sozialneid handelt. Denn fällt dieser Begriff nicht etwa schon unter die „lebensfremde" Kategorie „Soziologendeutsch", von der ein Müntefering so wenig hält? Glaubt man nämlich den Worten des Arbeitsministers, dann „gibt es in Deutschland keine Schichten". Damit wollte er natürlich nicht sagen, wie lebten also doch in einer Klassengesellschaft. Nein, *eine* Gesellschaft seien wir, die man nicht aufteilen solle. Allerdings gäbe es „Menschen, die schwächer sind", und denen sollte man es nicht noch schwerer machen, indem man es mit dem soziologendeutschen Begriff „Unterschicht" stigmatisiere, meint z.B. auch CDU-Fraktionschef Kauder. Klingt ja sehr mitfühlend, ist aber leider völlig daneben. Denn stigmatisiert wird man nicht durch den Begriff, sondern durch die entsprechenden Verhältnisse.

Weshalb die Politiker aller Fraktionen so wenig mit diesem Begriff, der im Zuge einer Studie der Ebert-Stiftung zur Armutsentwicklung aufgeworfen wurde, anfangen wollen, machte man nebenbei dennoch deutlich: Dieser führe dazu, dass man diese Leute nicht mehr erreichen könne. Stimmt! Wieso sollten sich Erwerbslose auch weiterhin willfährig Schikanen, Druck und Forderungen fügen, wenn selbst die verantwortlichen Politiker die Ausweglosigkeit dieser Lage anerkennen? Nicht mehr antreiben und verdammen ließen sich jene dann. Ein Müntefering versteht eben sein politisches Handwerk.

Also werden die Dinge kleingeredet und blumig ausgeschmückt, bis sich die Balken vor lauter Grünzeug biegen, damit Erwerbslose auch weiterhin in die Pflicht genommen werden können. Und auf diese Weise prescht der Hartz-Express weiter voran:

So hat der Sachverständigenrat der Bundesregierung nicht nur den Rat gegeben, die Zuwendungen nach Hartz IV um 30% zu senken, damit sich Langzeitarbeitslose besser zu Billigjobs „motivieren" lassen, nein, auch die Zuverdienstmöglichkeiten sollten in Zukunft weiter beschränkt werden. Und unermüdliche Außenposten wie das Job-Center in Berlin-Neukölln fühlen sich ganz besonders der Mission Hartz verpflichtet: Unter dem Motto „Kein Geld ohne Leistung" soll nun ein eigenes Sonderbehandlungsprogramm für Jugendliche diesen noch kompromissloser den Geldhahn zudrehen, falls sie sich nicht *jedem* Angebot verpflichtet zeigen.

Flankiert werden die neuesten Vorstöße noch von recht skurrilen Plänen. So wurde ernsthaft über einen Vorschlag debattiert, dass AusländerInnen nach einer Heirat kein Aufenthaltsrecht erhalten sollen, wenn ihr Partner vom Sozialamt lebt. Ein anderes Vorhaben wiederum beabsichtigte, dass Erwerbslose nur noch Billig-Autos besitzen dürfen. Angesichts solcher Behandlungen als Menschen zweiter Klasse scheint der Begriff „lebensfremd" irgendwie doch passend: Denn was hat das alles noch mit Leben zu tun?

Die neueste Armutsdebatte dürfte auf jeden Fall nicht unwesentlich zu den hohen Teilnehmerzahlen des Aktionstages beigetragen haben. Was die Gewerkschaftsführungen selbst betrifft, scheint sich für diese das Thema jedoch weitestgehend erledigt zu haben. Bei aller Kritik an den bisherigen Reformen liegt ihr Fokus im wesentlichen auf den anstehenden Vorhaben. DGB-Chef Sommer mahnte deswegen die Regierung, Warnungen aus der Mitte der Gesellschaft nicht zu ignorieren, und forderte eine Überarbeitung der Vorhaben. Zugleich scheint den Gewerkschaften ihre einstige Selbstsicherheit abgegangen zu sein: In Sachen Mindestlohn kriecht man nun doch zu Kreuze und sucht die starke Schulter des Staates.

Das Dilemma der Gewerkschaften zeigt sich hier in voller Breite: Im Kampf um die Hartz-Reformen und in der Auseinandersetzung mit den Unternehmen befindet man sich nun vollends in der Defensive, während die Lobpreisung eigener Kompetenzen („Das geht besser!") nichts weiter ist als ein verzweifelter Wunsch, in Deutschland mitgestalten zu dürfen. So oder so, man will einfach nicht auf die Gewerkschaften hören.

So wirkt es nahezu absurd, monatelang Arbeit in die Vorbereitung von Demonstrationen mit halbherzigen Appellen zu investieren — Appelle an eine Regierung, die von sozialen Problemen nichts hören und sehen will. Mögen die Teilnehmerzahlen noch so hoch sein — dass damit nichts zu gewinnen ist, haben spätestens die Massenproteste um die Agenda 2010 bewiesen. Wenn dies der Auftakt zum angekündigten „Heißen Herbst" war, dann wird das ein gemütliches Jahresende für Regierung und Unternehmen.

Mehr Zuversicht kommt da allerdings bei jenem Teil der Gewerkschaftsaktivisten auf, der den 21. Okt. zum Anlass nahm, um programmatisch eigene Zeichen zu setzen. Unter dem Motto: „Das geht nur ganz anders" distanzierte man sich von der DGB-Leitlinie und gab zu verstehen, dass der Kampf um grundlegende Veränderungen zu führen ist. Daneben haben z.B. auch die Ereignisse beim BSH-Streik gezeigt, dass man nicht länger gewillt ist, widerspruchslos die Vorgaben der Gewerkschaftsführung hinzunehmen. Es wäre zu wünschen, dass man sich endlich auch selbstbewusst darüber hinwegsetzt und wirksame gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen selbst zu führen beginnt.

Holger Marcks

Guantánamo in Berlin

FAU-Mitglied wurde unter unmenschlichen und rechtlich fragwürdigen Bedingungen inhaftiert

Während die offizielle Politik nicht müde wird, die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates zu geißeln, scheint sich in der Realität auch auf dieser Ebene eine „privilegierte Partnerschaft" anzubahnen. Zumindest legen das die Erfahrungen, die Dervis Orhan machte, nahe.

Am 13. Sept. wurde der anerkannte politische Flüchtling in seiner Berliner Wohnung verhaftet. Hintergrund war ein internationaler Haftbefehl mit Auslieferungsbegehren, das die Türkei via Interpol veranlasst hatte. Absurderweise bezog sich dieser Haftbefehl auf genau dasselbe Gerichtsurteil, wegen dem ihm in Deutschland Asyl gewährt wird.

Orhan wurde in den 90ern von einem türkischen Militärgericht wegen Mitgliedschaft in der PKK zu lebenslanger Haft verurteilt. Während seiner elfjährigen Haftzeit wurde er regelmäßig gefoltert, und er durchlebte zwei längere Hungerstreiks gegen die unmenschlichen Haftbedingungen. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes — er leidet seitdem unter dem Wernicke-Korsakow-Syndrom — wurde er 2003 zur Behandlung zeitweise aus der Haft entlassen. Er nutzte dies zur Flucht nach Deutschland, wo sein Antrag auf politisches Asyl vor einem Jahr anerkannt wurde und er therapeutisch betreut wird.

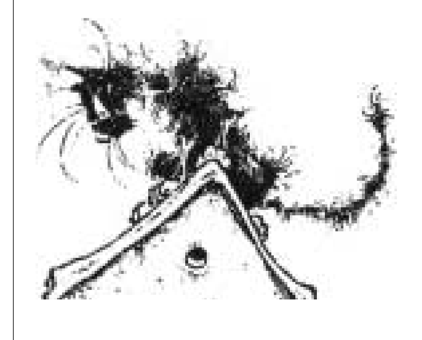
In Berlin setzte sich seine Odyssee nun fort. Obwohl mehrere Gutachten vorliegen, die bestätigen, dass Orhan haftunfähig ist, ordnete die Generalstaatsanwaltschaft eine erneute Prüfung der Haftfähigkeit an. Orhan wurde daraufhin ins Haftkrankenhaus Moabit überstellt, wo ta-gelang nichts passierte. Auf eine Haftprüfung musste er sechs Tage warten.

Aus Protest gegen seine Verhaftung begann er sofort nach der Einlieferung einen Durst- und Hungerstreik. Die Anstaltsleitung reagierte darauf mit verschärften Haftbedingungen. Er wurde mit Hand- und Fußfesseln auf eine Pritsche in einer Kellerzelle gefesselt, nur eine Hand konnte er frei bewegen. Auch wenn er zur Toilette musste, löste man seine Fesseln nicht, sondern überließ ihn sich in seinem eigenen Dreck. Gegen Aufgabe seines Hungerstreiks bot man ihm mehrfach die Überstellung in eine normale Zelle an. Offiziell hieß es, er sei gewalttätig gegenüber dem Wachpersonal geworden. Diese Begründung musste auch dafür herhalten, dass man seinen Anwalt erst nach fünf Tagen Haft zu ihm ließ. Stattdessen war ein ominöser Vertreter einer angeblichen Hilfsorganisation bei ihm aufgetreten, der ihn ausfragen wollte und den es offiziell nie gegeben hat.

Am 19. Sept. wurde Orhan schließlich entlassen und in einem normalen Krankenhaus behandelt. Angeblich war der zuständige Arzt, der die Haftunfähigkeit bestätigte, erst jetzt aus dem Urlaub zurückgekehrt. Tatsächlich dürfte der Druck, den insbesondere auch Orhans Anwälte inzwischen aufgebaut hatten, ausschlaggebend gewesen sein. Er leidet unter den Folgen dieser erneuten Haft, und das Auslieferungsbegehren ist nach wie vor aktuell. Die Anwälte und verschiedene Initiativen prüfen derzeit ein weiteres Vorgehen. Da Orhan nicht der einzige Fall dieser Art ist, wird auch an eine breiter angelegte Kampagne gedacht.

Hansi Oostinga

Catwalk



Syndikal 2007 soeben erschienen ...

Seit Mitte Oktober ist der knuffigste Taschenkalender der letzten Jahre endlich in der Auslieferung. Er kann bestellt werden bei folgender Adresse: Syndikat A-Medienvertrieb, Bismarckstrasse 41a, D-47443 Moers
E-Mail: syndikat-a@fau.org
Internet: www.syndikal.info

Durruti goes Cinema

„Uns, den Arbeitern, machen die Ruinen keine Angst, denn wir tragen eine neue Welt in unseren Herzen.
Und diese Welt wächst in diesem Augenblick." (Durruti)
Der November verspricht für libertäre Cineasten ein besonderes Schmankerl. Denn das Lichtblick-Kino in Berlin bringt nun die neu erstellte deutsche Fassung der Filmbiografie des legendären Buenaventura Durruti, „Durruti in der spanischen Revolution" (s.u.), auch auf die Leinwand. Kinopremiere ist am 11. November, 19.00 Uhr im Lichtblick-Kino, Kastanienallee 77, Berlin/Prenzlauer Berg, Tel.: 44 05 81 79, www.lichtblick-kino.org

Kauf Dich glücklich

DVD: „Durruti in der spanischen Revolution" (OmU)
Dokumentarfilm von Paco Rios und Abel Paz. Spanien 1998, 55 Min.
Produktion: Fundación Anselmo Lorenzo (FAL)
Deutsche Fassung: FAU Leipzig und Cine Rebelde, 2006



Anhand von Originaldokumenten zeichnet Regisseur Paco Rios das Leben des Metallarbeiters und Anarchisten Buenaventura Durruti nach. Es kommt nicht nur Durruti selbst zu Wort, sondern ebenso seine Lebensgefährtin Emilienne Morin und zahlreiche andere Zeitgenossen. Kurzweilig komponiert, bietet der Film einen anregenden ersten Einblick in die revolutionären Ereignisse vor 70 Jahren, in politische Ränke, die Zwänge des Krieges und Diskussionen in der Confederación Nacional del Trabajo (CNT) und der Federación Anarquista Ibérica (FAI).
Preis: zehn Euro, zu bestellen bei FAU-MAT (http://www.fau.org/fau-mat).

FAU-Ticker

+++ am 28. Oktober fand in Hannover das IAA-Delegiertentreffen statt +++ die FAU Frankfurt/Oder präsentiert unter www.fau-ffo.de.vu eine neue Internetseite +++ in Bremen gibt es seit Oktober einen Chef-Duzen-Stammtisch; Infos unter fauhb@fau.org +++ Interessierte an einer FAU-Initiative in Oldenburg können sich ebenfalls bei der FAU Bremen melden +++ die OG Köln hat sich aufgelöst +++ das Allgemeine Syndikat Hannover hat unter www.fau.org/ortsgruppen/hannover eine Seite zur Privatisierung im Gesundheitswesen eingerichtet +++ in Dachau hat sich das Syndikat für Gesundheits- und medizinische Berufe/SANITA gegründet +++ FAU-MAT ist mit Café Libertad umgezogen und verfügt nun über einen eigenen Buchladen; die neue Adresse lautet: FAU-MAT, c/o Café Libertad Kollektiv, Stresemannstr. 268, 22769 Hamburg +++ am 10.12.06 findet in der Barrikade in Moers ein Tagesseminar/Workshop zum Thema „Kämpfe ohne Klassen — Klassen ohne Kämpfe?" statt; das Einstiegsreferat hält Gerd Hanloser; verbindliche Anmeldung ist erforderlich +++ das ASy Berlin unterstützt den Mercadona-Streik weiterhin aktiv; die GenossInnen verteilen an Flugpassagiere nach Spanien spanisch-deutschsprachige Flugblätter mit Infos zum Streik und den Forderungen der CNT sowie einem Aufruf zum Boykott der Supermarktkette +++ das bundesweite Statutentreffen findet am 4./5.11.2006 in Frankfurt/M. (Bockenheim) statt +++

Als am 21. Oktober, dem Großkampftag des DGB, auch in Dortmund eine Großdemonstration stattfand, war ich als gewerkschaftlich interessierter Mensch natürlich auch dabei. Ich wäre besser zuhause geblieben.

Von Anfang an auffällig fand ich das Fehlen irgendwelcher Inhalte — wofür all die Leute eigentlich unterwegs waren. Das einzige, wovon ich berichten kann, war vereinzelt die Forderung nach einem Mindestlohn von sieben Euro fuffzig. Sonst nur die Kürzel und Logos des DGB und seiner Gewerkschaften. Dass die Gewerkschaft der Polizei auch mit einem starken Block vertreten war und vermutlich das Transparent mit der Botschaft „Innere Sicherheit hat ihren Preis" organisiert hatte, lasse ich jetzt mal lieber unkommentiert.

Auf dem Friedensplatz, wo sich die ganze Masse zur eigentlichen Kundgebung traf, bot sich dann das übliche Bild eines Dortmunder Innenstadtfestes: Eine Bühne, auf der belanglose Musik gespielt wurde, sowie Fress- und Getränkebuden. Ach ja: Ein paar Infostände gab es auch. Schließlich fing eine Frau, die besser Pastorin hätte werden sollen, an, sich zu ereifern, wie toll es doch sei, dass so viele Menschen — trotz des Regens — zusammengekommen seien, mit all diesen tollen Plakaten und Transparenten. Sie hätte sich das Ganze gerade von oben ansehen können und wäre ja so was von beeindruckt gewesen. Und wenn *das* nicht wirklich beeindruckend wäre, dann wüßte sie auch nicht ... Dieser Schlussfolgerung kann man nur zustimmen. Die Frau wußte wirklich nicht, wie egal es ist, ob die Anwohner an der Hohen Straße, sofern sie gerade aus dem Fenster gesehen haben, beeindruckt waren oder nicht.

Nach ihr kam ein anscheinend höherer Funktionär, dem es offensichtlich nur wichtig zu sein schien, dass der DGB — auch und gerade wenn die Presse ja etwas ganz anderes behauptet hatte — doch noch „viele Menschen mobilisieren" kann. Damit hat er dann wohl den ganzen Sinn der Veranstaltung auf den Punkt gebracht: Die Gewerkschaften wollten nur zeigen, dass sie in der Lage sind, die Leute auf die Straße zu beordern. Na, wenn das nicht schon mal was ist! Fehlt nur noch, dass man mit dieser Fähigkeit auch irgendetwas anzufangen weiß.

Aber ich will es jetzt gut sein lassen mit dem DGB. Es hat ja keinen Zweck, sich immer nur an seinem großen Gegenpart zu reiben. Schließlich läuft man Gefahr, darüber zu vergessen, was man selber Positives zu bieten hat. Über die anderen zu meckern ist leicht. Selber muss man es besser machen. Wobei ich finde, dass es den Redaktionen in dieser Ausgabe gelungen ist, bei aller Kritik am DGB zu zeigen, warum eine Gewerkschaft wie die FAU notwendig ist.

Dann finde ich es noch erfreulich, dass das Thema Migration in dieser Ausgabe in mehreren Artikeln behandelt wird. Man mag das auf den ersten Blick für kein typisches Gewerkschaftsthema halten. Aber es ist doch dumm, sich gegeneinander ausspielen zu lassen, anstatt die gemeinsamen Interessen zu erkennen. Und ein lohnabhängiger Mensch aus einem fremden Land hat mehr mit mir gemeinsam als ein reicher aus dem eigenen.

So, und jetzt: Viel Spass beim Lesen!

Holger (Dortmund, Layout)



Abel Paz mit Genossen/-innen der FAU in Berlin am 9. Oktober (siehe S. 4) (Foto: ugo)

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bremen ..... FAU-IAA Lokalföderation Bremen, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, fauhb@fau.org, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk, Tel. (0162) 38 29 46 7
Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), sle-hb@fau.org, c/o FAU Bremen
Bielefeld .... c/o „Umweltzentrum",August-Bebel-Str. 16,33602 Bielefeld, Treffen jeden 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, faubi@fau.org, www.fau-bielefeld.de.vu
Flensburg .... c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, fauhh@fau.org, Tel. (040) 43 22 124
Hannover .... UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, tiermedizin@fau.org
Kiel .... Kontakt über OG Hamburg
Lübeck ...... Kontakt über OG Hamburg
Osnabrück ... FAU-IAA Osnabrück, Postfach 1925, 49009 Osnabrück, Treffen: jeden Mo. 20:00 Uhr im Café „Mano Negra", Alte Münze 12, fauos@fau.org

Region West

Bochum ..... Kontakt über FAU Dortmund, faudo@fau.org, öffentliches Treffen: Jeden dritten Do. im Monat ab 19.00 Uhr Thekenabend im Sozialen Zentrum Bochum, Rottstr. 31
Bonn .... FAU-OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, Tel.: (0228) 90 93 171, E-Mail: faubn@fau.org, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr
Dortmund .... c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, Tel. : (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, faudo@fau.org
Duisburg .... FAU Duisburg Lokalföderation, Querstr.38, 47178 Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Bürgerhof", Sternbuschweg 97, 47057 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, faudu@fau.org, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, faud@fau.org, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, www.fau.org/ortsgruppen/duesseldorf oder www.free.de/asti
Krefeld ..... (02151) 39 42 70
Moers ...... c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, faumo@fau.org
Münster ..... FAU Münster, c/o Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster, faums@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/muenster, Treffen: jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden letzten So. 18.00 Uhr im Dahlweg 64, Café Libetaire, mit Vortrag und Diskussion: jeden 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Don Quijote, Scharnhorststr. 57

Region Ost

Altenburg .... fauabg@fau.org
Berlin ...... Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, faub@fau.org,Tel.: (030) 287 008 04, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, offenes Büro dienstags 16.00 - 20.00 Uhr
Allgemeines Syndikat, 2. und 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, Bildungssyndikat, 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr, bsy-b@fau.org
Kultursyndikat, 1. und 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, ksy-b@fau.org
GNLL Berlin-Brandenburg, Treffen jeden letzten Do. im Monat 20.00 Uhr, faugrs@fau.org
FAU-Tresen jeden 1. und 3. Do. ab 21.00 Uhr im Subversiv, Brunnenstr.7 /2.HH, Berlin-Mitte, U8 Rosenthaler Platz
Dresden ..... FAU Dresden, c/o Stadtteilladen, Rudolfstr. 7, 01097 Dresden, offen: freitags 16.00 - 20.00 Uhr, fau-dd@gnuviech.info
Frankfurt/O. . FAU-IAA, c/o Backdoor, Rosa-Luxemburg-Str. 24, 15230 Frankfurt/Oder, fauff@fau.org, www.fau-ffo.de.vu
Göttingen ... FAU-IAA Göttingen, c/o Buchladen „Rote Straße", Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
Gransee ..... FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft Berlin-Brandenburg, faugrs@fau.org, c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
Halle/Saale ... c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-KONTAKT
Leipzig ...... c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 17.00 - 18.00 Uhr, leipzig@fau.org
Magdeburg ... FAU Magdeburg, faumd@fau.org, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg
Potsdam .... FAU Potsdam, Hermann-Elflein-Straße 32, 14467 Potsdam, Tel.: (0176) 29 55 01 00, faupdm@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/potsdam, Treffen des ASy jeden 2. und 4. Mi. 18.00 Uhr, Präsenszeiten jeden Donnerstag 16-19 Uhr, FAU-Tresen jeden 2. und 4. Do. ab 19.00 Uhr in der OLGA, Charlottenstraße 28 in Potsdam

Region Süd

Aschaffenburg Kontakt über Frankfurt/M.
Dachau ..... Kontakt über München
Dreieich ..... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, fauffm@fau.org
Freiburg ..... FAU-Ortsgruppe, c/o Infoladen Freiburg KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, faufr@fau.org, Treffen jeden Mi. gegen 20.00 Uhr im autonomen Zentrum KTS
Gießen/Wetzlar FAU-Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen", Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, faugi@arcor.de, faugi@fau.org, www.ak44de.vu, jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats, jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend / Cafè Sabotage — offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen"
Konstanz .... Bildungssyndikat Konstanz, www.sybiko.de.vu, faukn@fau.org
Lich .... FAU-Ortsgruppe, Postfach 1215, 35420 Lich, fauli@fau.org
Mainz .... Kontakt über Frankfurt/M.
München .... Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0173) 40 48 195, faum@fau.org, www.faum.de
Neustadt/W. . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 2066, 76829 Landau, faunw@fau.org
Nürnberg. .... fnbg@gmx.de
Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden ... GNLL-KONTAKT, über Frankfurt/Main

Schweiz

FAU-CH ...... Postfach 580, CH-8037 Zürich
Bern .... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, bern@fauch.ch

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungssyndikate:
bsy-public-info@list.fau.org, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft:
Berlin-Brandenburg, über Gransee, gnll@fau.org
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen

Nord: Hamburg | West: Münster (reko-west@fau.org) | Ost: Magdeburg | Süd: Frankfurt/M.

Geschäftskommission der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, geko@fau.org

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, is@fau.org

Internationale Arbeiter/Innen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Box 1977, Vika 0121, N - Oslo (Norge), secretariado@iwa-ait.org, www.iwa-ait.org

Quadratur des Kreises

Die gewerkschaftliche Forderung nach dem gesetzlichen Mindestlohn

Manchmal kann es einem schon auf den Geist gehen. In Gesprächen, Diskussionen, bei Veranstaltungen, in Gewerkschaftskreisen, sogar unter „Linken", überall die gleichen Aussagen: „Naja, wir haben ja jahrelang gut gelebt, nun sind die guten Zeiten halt vorbei und wir müssen alle kürzer treten." Es ist wirklich unvorstellbar, welche Unwissenheit in Sachen Reichtum, Armut und Umverteilung herrscht. Dass in Deutschland soviel wie noch nie zuvor verdient wird, wird kaum wahrgenommen.

Trotz Gejammer — steigende Gewinne

Seit Anfang der 90er ist das sog. „Volkseinkommen", d.h. die Summe aller in Deutschland erzielten Einkommen, um fast 500 Mrd. Euro oder 40% gestiegen. Rein rechnerisch könnte also jeder Mensch in der Republik 460 Euro mehr in der Tasche haben als 1991. Rein rechnerisch! In der Realität sieht es allerdings ein bißchen anders aus. Vielen lohnabhängig Beschäftigten steht sogar weniger Geld zur Verfügung als noch vor ein paar Jahren:

Die „Einkommen aus abhängiger Arbeit", wie sie genannt werden, sind nämlich gesunken. Gestiegen sind ausschließlich die „Gewinne und Vermögenseinkommen". Und das nicht zu knapp! 60% im angegebenen Zeitraum, mit steigender Tendenz. Alleine im Jahre 2005 wuchs das Volkseinkommen um 26 Mrd. Euro, weiß das Statistische Bundesamt zu berichten, wobei gleichzeitig die Arbeitnehmerentgelte um sechs Mrd. sanken. Nicht nur, dass die Unternehmen also sämtliche erwirtschafteten Gewinne in die eigene Tasche steckten (erstmals in der Geschichte), nein, sie fassten zusätzlich, unter Gejammer und Schwarzmalerei, den Beschäftigten in die Taschen und holten sich kurzerhand zusätzliche sechs Mrd. über Lohnverzicht, Absenkungstarifverträge und ähnliche Tricks, um ihre Gewinne damit auf 32 Mrd. zu erhöhen.

Kein Wunder also, dass die Gewinnausschüttungen erhöht werden konnten und die Managergehälter in 15 Jahren um über 300% gestiegen sind. Von den im Jahreswirtschaftsbericht 2006 vorhergesagten 42 Mrd. Erhöhung des Volkseinkommens sollen dann aber immerhin wieder zwei Mrd. an die Arbeitnehmer fließen.

Karger Lohn für gute Arbeit

Andererseits ist Deutschland neben den Niederlanden das einzige Land, in welchem in den letzten elf Jahren der Anteil an Niedriglohnbeschäftigten gestiegen ist. Zurzeit liegt er im Vollzeitbereich stabil bei 32%. Als Niedriglöhne werden Einkommen bezeichnet, die unter 75% des Durchschnittseinkommens liegen. Dieses liegt nach Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes der Hans-Böckler-Stiftung bei 2.884 Euro brutto. Löhne, die sogar unter der Hälfte dieses Durchschnittes liegen, werden als Armutslöhne bezeichnet. In den neuen Bundesländern arbeiten fast 60% der Beschäftigten für Niedriglöhne und 30% für Armutslöhne. Im Westen sind es mittlerweile 25% im Niedriglohn- und 12% im Armutslohnsektor. Vorwiegend werden diese Hungerlöhne in bestimmten Wirtschaftsbereichen wie dem Bewachungsgewerbe, dem Friseurhandwerk und im Handel gezahlt.

Die Betroffenen sind oft, aber nicht ausschließlich, Menschen ohne Berufsausbildung und/oder mit Migrationshintergrund sowie Jüngere. 70% von ihnen sind Frauen. Meist arbeiten sie in Klein- und Kleinstbetrieben ohne Tarifbindung. 13,5% aller in Privathaushalten lebenden Personen — das sind über elf Mio. Menschen — sind von Einkommensarmut betroffen. Insgesamt leben in Deutschland ca. 20 Mio. Menschen in Armut. „Knapp 18 Mio. Menschen haben nicht einmal ein frei verfügbares Einkommen von 50 Euro im Monat" (aus einer Untersuchung der Springer AG und Bauer-Verlagsgruppe).



http://www.mindestlohn.de

Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und der NGG-Vorsitzende starten die „Initiative Mindestlohn".

Umverteilung von unten nach oben

Konsequent und zielgerichtet setzt auch die neue Regierung Merkel/Müntefering den Kurs der Vermögensverteilung von unten nach oben fort. Entgegen allen Beteuerungen und Wahlversprechen verarmen große Teile der Bevölkerung, während manche nicht mehr wissen, wohin mit den ganzen Milliarden.

Seit 1991 ist die Lohnquote, also der Anteil des Volkseinkommens, der durch Lohnarbeit geschaffen wird, von damals 71% auf nunmehr 67% gesunken. Etliche Jahre hatte sie sich immerhin noch knapp über 70% gehalten, seit 2003 stürzte sie regelrecht ab, Tendenz weiter rasch sinkend (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes). Durch die geringen Einkommen verschärft sich auch die Verschuldung vieler Haushalte. Die ärmsten zehn Prozent der Privathaushalte haben schon mehr Schulden als Vermögen. Die reichsten zehn Prozent verfügten 2003 bereits über knapp 47 Prozent des gesamten Nettovermögens. Nach dem US-Wirtschaftsmagazin Forbes gibt es in Deutschland 55 Milliardäre, Platz 2 auf der Weltrangliste nach den USA. Die zehn reichsten der Reichen (darunter die Albrecht-Brüder, Besitzer der Aldi-Ketten) verfügen zusammen über knapp 100 Mrd. US-Dollar.

DGB: Ein Herz für die Armen?

Vor diesem Hintergrund entdecken nun verschiedene DGB-Gewerkschaften, allen voran ver.di und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), ihr Herz für die Beschäftigten im Niedriglohn- und Armutslohnsektor. Das „Existenzsichernde Grundeinkommen", das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 schon gefordert wurde, wird als Grundrecht entdeckt. Ein Mensch solle vom Lohn, den er für einen Vollzeitarbeitsplatz von seinem Arbeitgeber erhält, zumindest sich und ein Kind ernähren können. Mehr noch, ein menschenwürdiges Leben solle davon möglich sein, das auch eine kulturelle und politische Teilhabe an der Gesellschaft gewährleistet.

Starke Worte, besonders wenn diese aus den Grundsatzabteilungen von Gewerkschaften stammen, die gerade für die Wirtschaftsbereiche zuständig sind, in denen diese Hungerlöhne gezahlt werden. Besonders peinlich wird es, wenn von diesen Gewerkschaften noch vor kurzem Tarifverträge abgeschlossen wurden, die weit unter dem liegen, was ausreicht, einem Menschen auch nur ein bloßes Überleben zu ermöglichen — von einer menschenwürdigen Existenz einmal ganz abgesehen:

In einer Stunde verdient ein Friseur in Sachsen gerade mal 3,06 Euro, bei einer 40-Stunden-Woche macht das sage und schreibe 541,63 Euro im Monat. Seine Kollegin in Nordrhein-Westfalen bringt es auf 818,38 Euro im Monat, alles brutto versteht sich, bei 38,5 Stunden in der Woche. „Immerhin!", ist mensch da fast geneigt zu denken. (Wohlgemerkt, das ist nichtmal die Hälfte dessen, was bereits als „Armutslohn" bezeichnet wird!) Die Liste der Tariflöhne unter sieben Euro, die von DGB-Gewerkschaften abgeschlossen wurden, ließe sich fast beliebig fortsetzen. 5,30 Euro im Bewachungsgewerbe in Schleswig-Holstein, 4,50 Euro im Fleischerhandwerk in Sachsen oder 4,64 Euro im Bäckerhandwerk in Berlin/Brandenburg, um nur wenige Beispiele zu nennen (WSI-Tarifarchiv, Stand Februar 2006).

Der Ruf nach Vater Staat

In dieser Situation des schwindenden Einflusses der DGB-Gewerkschaften wird verzweifelt nach Hilfe gesucht, diesen zurück zu gewinnen. Und nun wird der Ruf nach Vater Staat laut, der hier den Führungsriegen der ihn tragenden Interessenverbände die Köpfe retten soll. Wenn diese schon nicht in der Lage sind, eine Politik zu betreiben, die den Beschäftigten ein ausreichendes Einkommen sichert, dann soll doch bitte der Staat einspringen und das regeln. Über das Wie wird allerdings noch gestritten.

NGG und ver.di setzen auf den gesetzlichen Mindestlohn, der nach Beratungen mit den Gewerkschaften vom Bundestag festgelegt werden soll. Daneben will man weitere gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten erreichen. Die IG BAU dagegen setzt auf tariflich vereinbarte Mindestlöhne, die dann für allgemeinverbindlich erklärt werden sollen. Die IG Metall wiederum stellt sich ein branchenbezogenes, tariflich ausgehandeltes, gesetzlich fixiertes Mindestentgelt vor. Der unterste Tariflohn soll jeweils gesetzlicher Mindestlohn für den betreffenden Bereich werden.

Eines haben jedoch alle Vorstellungen gemein. Nüchtern betrachtet geht es bei allen um nichts anderes als um den stillschweigenden Abschied von der Tarifautonomie. Seit über hundert Jahren sahen es die Zentralverbände als ihren hauptsächlichen Sinn und Zweck an, Tarifverträge mit den Arbeitgebern abzuschließen, und das ohne jedwede Einmischung Dritter wie zum Beispiel des Staates. Hierauf zu verzichten und nach staatlichen Regelungen zu schreien, ist nicht nur ein Eingeständnis der eigenen Schwäche und des eigenen Unvermögens, sondern stellt im Endeffekt sogar Sinn und Zweck der eigenen Existenz in Frage.

-bully-

Kolumne Durruti



Träumerische, die Welt schmähende Seelen sollten als Verseschmiede anheuern, sagen wir beim DGB. Denn Betätigung gibt es dort offenbar reichlich für Arkadien-Sehnsüchtler, Harry Potter-Fans und andere Realitätsflüchtlinge.

Von Berufs wegen entrückt, säße man in einem anmutigen Palast am Hackeschen Markt in Berlin und dürfte gegen die schnöde Wirklichkeit andichten, als wolle man sich qualifizieren als Märchenonkel oder -tante im Kinderkanal. Um sein Fortkommen bräuchte man sich keine Sorgen zu machen, solange man sich der paar simplen semantischen Ingredienzien und Grundsätze bediente, die im Hause DGB die Zeiten überdauern.

So zum Beispiel:

- „wir werden nicht zulassen" muss in jeden Absatz — und zwar nicht unter drei Mal;
- alternativ geht auch: „mit uns nicht machbar" (aber immer im Gespann mit „nicht akzeptieren");
- der Superlativ von „sozial" ist „angemessen";
- Deutschland * (Rente mit 67 — Hohn + Betriebsrat) ÷ muss man leben können = Mindestlohn;
- küsst man einen Tarifvertrag, dann wird er zu einem edlen Prinzen;
- fahren ist anders als gehen, besonders alleine;

und nicht zu vergessen:

- DGB kommt von **D**ichtung — **G**rimms Märchen — **B**laue Blume.

Anhand dieser archetypischen Sentenzen und liturgischen Formeln erdächte man seelentiefe Poesie mit Zeilen wie „Deutschland angemessen machbar küssen" oder „zulassen nicht leben können", oder auch „wir werden mit 67 zum Betriebsrat gehen". (Hier bitte Obacht! Die Kombination „Deutschland nicht zulassen" würde auf dem DGB-Textverarbeitungsprogramm unweigerlich einen Systemabsturz und damit einen unangenehmen Crash in die Wirklichkeit herbeiführen.) Man würde dichten und reimen, dass sich Hölderlin, Novalis und Eichendorff im Vergleich wie wirklichkeitsverbissene Bürokratenseelen ausnähmen.

Für Sätze wie „Das geht besser" würde man ein anerkennendes Schulterklopfen vom Kollegen am Nachbartisch ernten. Bei „Aber nicht von allein" würde die ganze Abteilung in stiller Verzückung lauschen. Ein Geniestreich wie „Deutschland sozial gestalten" ließe die Augen der ZuhörerInnen sich mit Tränen der Ahnung der Unendlichkeit füllen. Man nähme zur Stärkung einen Schluck Latte Macchiato und überließe in dichterischer Demut dem Führungsoffizier von der Mutterpartei die Entscheidung, welche Verse in die Welt zu entlassen seien.

Mitunter bräche die trübsinnige Wirklichkeit herein. Doch gemach: Störenfriede, Zeterer und saure Insurrektionalisten, die grämlich „Tarifverträge für drei Euro fuffzig mit Segen des DGB" bejammerten, oder „Hartz IV mit abgenickt" und „Reibach machen mit Erwerbslosen in DGB-eigenen Transfergesellschaften" krakeelten, hielte man sich im Turmzimmer seiner elfenbeinernen Trutzburg mühelos vom Leibe.

Die Kunde von der himmlischen Dichtkunst würde sich rasch verbreiten. Sie würde die rauen, harschen Lande verzaubern und die Herzen der Ermatteten mit der Herzenswärme wahren Künstlertums erfrischen. Und wenn dann die Werktätigen in langen Prozessionen mit leuchtender Stirn aufmarschierten und die Dichtkunst auf Fahnen, Schirmmützen und Platiküberziehern mit heiligem Schauder einher trügen, dann, ja dann wäre es vollbracht. Dann dürfte man sich wahrhaft als großer Wortefüger fühlen, als Gebrüder Grimm der Arbeiter der Faust und Stirn, ja als Volksdichter — und würde eins mit der Volksseele, in alle Ewigkeit, amen.

Mal ehrlich: Welcher Job kann das heute noch bieten?

Panagoulis

TERMINE

▶BERLIN

Alle Veranstaltungen im FAU-Lokal, Straßburger Str. 38

So. 12. Nov., 20.00 Uhr
Vom Spanischen Bürgerkrieg zur Kritik der Arbeitswelt
Der Anarchismus der Philosophin Simone Weil

Fr. 8. Dez., 20.00 Uhr
„Ein-Euro-„Jobs": rechtswidrig und ersetzbar"
Ein Pressegespräch der Berliner Kampagne gegen Hartz IV

▶BIELEFELD

Alle Veranstaltungen im Café Parlando, Bremer Str. 59

So. 12. Nov., 20.00 Uhr
Konzert: Geigerzähler
Einmann-Geigenpunk aus Potsdam

Mo. 11. Dez., 20.00 Uhr
„Das Gedächtnis der Besiegten"
Vorstellung des gleichnamigen Romans von Michel Ragon

▶FREIBURG

Mi. 8. Nov., 20.00 Uhr
KTS, Baslerstr. 103
Infoveranstaltung zum Thema Sicherheitswahn
Mit einem Referenten aus der Projektwerkstatt Saasen

▶MAGDEBURG

Alle Veranstaltungen im BUND, Olvenstedter Str. 10

Do. 9. Nov., 19.00 Uhr
Migrantische Arbeit und Arbeiteruntersuchung am Beispiel Norditalien
Vorträge, Filme, Diskussion mit Wildcat und Devi Sacchetto

Mo. 20. Nov., 19.00 Uhr
Coca Cola — ein Mordsgetränk
Arbeitsbedingungen und -kämpfe bei Coca Cola Kolumbien

▶MOERS

So. 26. Nov., 15.00 Uhr
Barrikade, Bismarckstraße 41a
„Das Ende der Arbeiterkultur?"
Diskussion sowie Film über die Kämpfe der italienischen ArbeiterInnen in den 60er und 70er Jahren

▶MÜNCHEN

Fr. 10. Nov., 19.00 Uhr
EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80, Raum 109
„Tanz nicht aus der Reihe"
Vortrag und Diskussion über ritualisierte Abläufe im Bildungsbereich

▶MÜNSTER

Mi. 22. Nov., 20.00 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Café Libertaire: Klassen und Kämpfe
Diskussionsveranstaltung zur Aktualität des Klassenbegriffs

Mi. 20. Dez., 20.00 Uhr
Emma Goldman-Zentrum, Dahlweg 64
Das Volk hört die Signale
Zur Rekonstruktion der deutschen Nation vor und im Zuge der WM

▶RATHENOW

Sa. 4. Nov., 16.00 Uhr
Café Handgemenge, Goethestr. 40
Was ist Anarchosyndikalismus, was will die FAU?
Infoveranstaltung

Weitere Termine unter:
http://www.fau.org/termine





Weniger Lohn

Im Durchschnitt erhalten Frauen immer noch bei gleicher Ausbildung **12%** weniger Lohn als Männer des gleichen Betriebes, Berufes und Alters.



Mehr Armut

Etwa **1,9 Mio.** Geringverdiener nehmen ihren Anspruch auf Sozialhilfe nicht wahr und leben in verdeckter Armut, etwa **1 Mio.** Kinder sind davon ebenfalls betroffen.

Schwindende Mittelschicht

Geschätzte **8%** der Bevölkerung leben in besonders prekären Verhältnissen und werden zur sog. „neuen Unterschicht" gezählt.

SANITA vs. Rhön

In der Dachauer FAU hat sich das Syndikat für Gesundheits- und Medizinische Berufe/SANITA gegründet. Bereits seit zwei Jahren sind Mitglieder dieses Syndikats mit einer Betriebsgruppe in der „AmperKliniken AG" im Landkreis Dachau (Bayern) aktiv. Das Syndikat und die Betriebsgruppe wehren sich zurzeit gegen drastische Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die Folge der Übernahme der ehemaligen Kreisklinik Dachau durch die „RhönKliniken AG" sind. Kontakt via: betriebsgruppe.amperkliniken@yahoo.de oder faudah1@fau.org

Ein Abend mit Abel Paz

Am 9. Okt. gab es abends im Lokal der FAU Berlin ein gemütliches Beisammensein von GenossInnen der dortigen OG mit Abel Paz, einem Veteranen der sozialen Revolution in Spanien 1936 und Durruti-Biograph, der gerade eine Veranstaltungsrundreise in Deutschland absolvierte. Bei vielen langen Gesprächen, Diskussionen, gemeinsamem Abendessen und Leeren mancher Rotweinflasche wurde es ein langer und sicher unvergesslicher Abend.

Billig, willig, strapazierfähig

Die Ein-Euro-Jobs haben im Sinne der Herrschenden ihr Ziel erreicht

Putzfee gesucht", solche und ähnliche Stellenangebote sind zur Zeit im Internet und auch in Zeitungen an der Tagesordnung. Billige und willige Arbeitskräfte, die zu fast allen Bedingungen arbeiten und sich womöglich noch selber beim Gehalt unterbieten, das sind die Wünsche der Unternehmer seit jeher. Doch in den letzten Jahren finden sie immer mehr Gehör. Seit am 1. Januar 2005 die Ein-Euro-Jobs Gesetz geworden sind, haben auch private Arbeitgeber aller Art noch mehr Geschmack gefunden an der billigen Arbeitskraft. Die Ein-Euro-Jobs waren eine Art Türöffner für Dumpinglöhne im großen Stil.

Das war von Anfang klar und die Regierung hat die Absicht, die dahinter steckt, auch nie verschwiegen. Es sollte Schluss damit sein, dass auch Erwerbslose noch gewisse Ansprüche an ihre Lohnarbeit haben, sei es, dass sie auf ihre beruflichen Qualifikationen beharren oder dass sie ein bestimmtes Lohnniveau als selbstverständlich ansehen. In den Ein-Euro-Jobs sah man das geeignete Mittel, um die Erwerbslosen gefügig zu machen.

Mittlerweile gibt es allein in Hamburg 11.500 Ein-Euro-Jobs, in Berlin ca. 30.000 — mehr als die Hälfte davon im Öffentlichen Dienst. Jede Berliner Schule, jedes Natur- und Grünflächenamt, viele Volkshochschulen, Jugendämter und Kindertagesstätten beschäftigen Menschen zu diesen Hungerlöhnen. An der Nachfrage fehlt es nicht. Durch das Anziehen der Schraube bei den Jobagenturen waren viele der Betroffenen wirtschaftlich so am Ende, dass sie nach dem Ein-Euro-Job wie nach einem Strohhalm gegriffen haben. Schon kurz nach dem 1. Januar 2005 hatten sich viele Erwerbslose freiwillig dafür gemeldet. In der Öffentlichkeit wurde diese Nachfrage dann von Jobcenter und Regierung als Erfolg ihrer Politik verkauft.

Gefeuert und als Ein-Eurojobber wieder eingestellt

Der Britzer Garten gehört dem Land Berlin. Hier werden Ein-Euro-Jobber für die Landschaftspflege eingesetzt. Angeblich nur für zusätzliche Aufgaben, wie der Chef der Beschäftigungsgesellschaft beschwört. Doch die Stichprobe eines Fernsehsenders zeigte: Ein-Euro-Jobber führten Arbeiten durch, die bislang von privaten Fachfirmen erledigt wurden. Besonders absurd: Darunter war ein ausgebildeter Landschaftspfleger, der vor Jahren entlassen wurde. Es handelt sich bestimmt um keinen Einzelfall: Eine ausgebildete Arbeitskraft findet zu regulären Arbeitsverhältnissen keine Arbeit mehr und ist so gezwungen, sich so niedrig wie möglich zu verkaufen. Hier wird die Funktion der Ein-Euro-Jobs ganz deutlich.

Der ver.di-Erwerbslosenausschuss wies nach, dass Ein-Euro-JobberInnen immer häufiger reguläre Arbeit verrichten, z.B. in den Berliner Grünflächenämtern und Kultureinrichtungen (siehe Dossier 02/06). Laut Erwerbslosenforum Deutschland wurden im Jahr 2005 bundesweit 400.000 sozialversicherungspflichtige Stellen abgebaut.

Dass die Ein-Euro-Jobs reguläre Arbeitskräfte vom Markt verdrängen, gilt auch für Experten vom Institut für Wirtschaftsforschung als selbstverständlich: „Diese Verdrängung führt dann dazu, dass die privaten Auftragnehmer, Handwerker, Gartenbaubetriebe weniger Aufträge haben. Die dürften dann ihre Beschäftigung reduzieren, und das ist eine Spirale, die nach unten geht", meinte Karl Brenke vom Institut.

Das Märchen von der Qualifizierung

Ein Bestandteil der offiziellen Propaganda ist die Vorstellung, dass die Ein-Euro-Jobs zur Qualifizierung der Erwerbslosen beitragen. Doch die meisten Betroffenen lachen darüber nur.

So wurde auf einem der „Ein-Euro-Spaziergänge" 2005 im Stadtteil Neukölln Kontakt mit Betroffenen hergestellt. In einem Bericht darüber heißt es: „Fast überall beschwerten sich die Leute darüber, dass sie hier kaum qualifiziert werden. Die meisten hätten regelmäßig ein paar Tage Bewerbungstraining, und einige konnten einen Gabelstaplerschein machen. Der Kommentar einer Frau dazu: Dieser Schein sei nur ein Jahr lang gültig, und sie wisse nicht, was sie damit anfangen solle! In einer Metallwerkstatt bekamen die AktivistInnen zu hören: „Wir werden hier kontrolliert arbeitslos gehalten, damit wir nicht nebenbei schwarz arbeiten gehen!"

Zweiklassengesetz im Betrieb

Offiziell laufen Ein-Euro-Jobs als „zusätzliche" Arbeit, daher gelten für sie keine arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen, keine Versicherung und Information zu Risiken. Das kann für die ZwangsarbeiterInnen katastrophale Folgen haben; die Zeitung „quer" warnte daher vor Arbeitsunfällen z.B. bei der Müllentsorgung. Wenn die JobberInnen wie Fachkräfte eingesetzt würden, sollten sie protestieren oder sich selbst anzeigen, riet „quer".

Journalistische Recherchen haben einen unverantwortlichen Kenntnisstand von Ein-Euro-Jobbern über gesundheitliche Gefahren festgestellt. So wurden Erwerbslose vom Arbeitsamt Berlin-Süd zur Entrümpelung einer Bahnhalle vermittelt. Erst während der harten Aufräumarbeiten erfuhren sie, dass unter dem Bauschutt Reste vom asbesthaltigen Eternitdach und giftige Teerpappen lagen.

Was immer dem Arbeitgeber in den Kram passt, wurde bereits durchgespielt, so der Versuch, Ein-Euro-JobberInnen für Streikbruch einzusetzen, z.B. in Osnabrück im Februar 2006. Auch das ist natürlich ungesetzlich.

Werden Ein-Euro-JobberInnen im Betrieb praktisch beliebig ausbeutbar behandelt, kann sich auch noch zum festen Personal ein Zweite-Klasse-Verhältnis ergeben. Solche Erfahrungen haben Ein-Euro-JobberInnen der Antihartz-AG der FAU Berlin berichtet. Das zeigt, dass Widerstand auch seitens der Erwerbstätigen gefordert und möglich ist.

Eine breite Bewegung ist nötig

Wo es eine solidarische Belegschaft gibt, sind die Bedingungen für Widerstand einfacher. Auf einer übergeordneten Ebene wurden in Berlin 2005 „Ein-Euro-Spaziergänge" organisiert. Eine Gruppe von Menschen ging zu Arbeitsagenturen und Firmen, die Ein-Euro-Jobber beschäftigen. Ziel war es, Kontakte zu knüpfen und in einem zweiten Schritt vielleicht auch gemeinsame Widerstandsperspektiven zu entwickeln.

Selbst DGB-Gewerkschafter äußern sich zunehmend kritisch zur Berliner Praxis der Ein-Euro-Jobs. „Sie dienen eben nicht zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt, sondern als preiswerte Arbeitskräfte vor allem für Aufgaben der öffentlichen Hand und somit des Staates", erklärte der Vorsitzende des Hauptpersonalrats der Stadt Berlin, Uwe Januszweski.

Allerdings fällt dem DGB als Alternative nur ein „ehrlicher zweiter Arbeitsmarkt" ein. Um gegen die Ein-Euro-Jobs vorzugehen, braucht es eine breite Bewegung der Beschäftigten und keine defensiven Reformvorschläge. Das müsste sich auf die noch in Normalbeschäftigungsverhältnissen stehenden Menschen erstrecken. Denn es sind ihre Löhne und Gehälter, die durch Ein-Euro-Jobs unter Druck geraten.

Peter Nowak

Tag der Abrechnung

Studierendenvertretungen und Basisgruppen mobilisieren für einen Studiengebührenboykott

Die Studiengebühren sind da! In mehreren Bundesländern haben die StudienanfängerInnen zum begonnenen Wintersemester für ihren Eintritt in die Universitäten und Fachhochschulen Studiengebühren in Höhe von 500 Euro zahlen müssen. Im kommenden Semester werden dann alle Studierenden zur Kasse gebeten. Welche Auswirkungen dies auf die ohnehin schon miserablen Bildungschancen gerade für junge Menschen aus einkommensschwachen Schichten hat und wie hierdurch die Elitenbildung noch weiter vorangetrieben wird, soll an dieser Stelle nicht eingehender diskutiert werden. Das Augenmerk richtet sich im Folgenden vor allem auf die letzten Möglichkeiten einer Abwehr der allgemeinen Studiengebühren.

Das Treuhand-Konzept

Nach den leider sehr kläglichen Versuchen, ihren Unmut über die Hochschulgesetzesänderungen durch öffentlichen Protest in Form von (überwiegend) unspektakulären Standard-Demonstrationen auszudrücken, mussten sich die wenigen Studierenden, die überhaupt widerstandswillig waren, eingestehen, dass sich die PolitikerInnen durch derartige Aktionen nicht im Ansatz beeindrucken lassen. Weil es das aber nicht einfach gewesen sein durfte, wurde nach alternativen Konzepten gesucht, und man wurde fündig. Im Sommer trafen sich zuerst norddeutschland- und dann bundesweit engagierte Studierende Dutzender Hochschulen, um einen massenhaften Gebührenboykott zu planen.

Vorgesehen ist die Einrichtung eines Treuhandkontos, auf das die Studierenden die 500 Euro überweisen sollen, die sonst an die Hochschule gehen würden. Hierbei geht niemand ein Risiko ein. Denn sollte bis Ende der Rückmeldefrist ein festgelegtes Quorum von 25% nicht erreicht werden, gehen die gesammelten Beträge fristgemäß an die Unis bzw. FHs weiter. Wird diese Hürde allerdings geschafft, wird das Geld zurückgehalten. In



diesem Fall sähe sich die jeweilige Hochschule in der misslichen Lage, entweder mindestens ein Viertel ihrer Studierenden exmatrikulieren zu müssen (was rechtlich zwar möglich, aber faktisch äußerst unrealistisch ist), oder aber in Anbetracht der weiterstudierenden Boykotteure in derartige Legitimationsschwierigkeiten zu kommen, dass die jeweiligen Landesgesetze gekippt werden könnten.

Damit aber durch den Boykott der notwendige politische Druck nicht nur auf die einzelnen Hochschulen, sondern auch auf die Landesregierungen ausgeübt werden kann, muss die Kampagne auch landesweit erfolgreich sein. Das setzt ein einheitliches Konzept und die landes- und bundesweite Vernetzung aller BoykottorganisatorInnen voraus. Die Durchführung des Boykotts samt Einrichtung eines Kontos und Agitation der Studierendenschaft wiederum kann sowohl aus logistischen wie aus formaljuristischen Gründen nur einzeln an jeder Hochschule erfolgen.

Boykott als Waffe

Aus verschiedenen Gründen stellt der geplante Studiengebührenboykott eine äußerst unterstützenswerte Aktion dar. U.a. sind Boykottmaßnahmen eine Form der direkten Aktion, wie sie immer wieder genutzt wurden und werden, um soziale Verbesserungen zu erkämpfen. Der Boykott der Gebühren schafft aber auch noch mehr, als diese „nur" zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Im Gegensatz zu Demonstrationen und ähnlichen öffentlichen Aktionen kommt der Boykott in einem recht harmlosen Gewand daher und ist doch eine offensive und radikale Waffe. Durch ihn stellen die Studierenden implizit die Machtfrage und zeigen, dass Gesetze nichts wert sind, wenn sie niemand befolgt. Eine anfänglich gar nicht so bewusste Infragestellung staatlicher Institutionen kann letztlich dazu führen, dass Studierende politisch sensibilisiert werden und ihnen gezeigt wird, dass Veränderung nicht nur nötig, sondern auch möglich ist.

Leider treten bei der Umsetzung des Studiengebührenboykotts aber auch immer wieder Probleme auf, die vor allem struktureller Natur sind. Die bundesweite Kampagne zeigte schon nach einiger Zeit Anzeichen, die für lose Zusammenschlüsse, die kurzfristig und nur zur Lösung temporärer Problemstellungen gebildet werden, so typisch sind: Fehlende Verbindlichkeit, unstrukturiertes Vorgehen und immer neue Vorschläge zu Zeitpunkten, an denen die Boykottplanung schon längst hätte abgeschlossen sein müssen.

Ein weitaus größeres (gewiss nicht überall auftretendes) Problem stellt allerdings die Kompetenzmeierei einiger gewählter Studierendenvertretungen dar, die sich in dem Bewusstsein, offiziell das politische Mandat erhalten zu haben, arrogant jedem Vorschlag sowohl der bundesweiten Kampagnenplanung als auch der einzelnen AktivistInnen verschließen und den Gruppen und Personen, die sich an der lokalen Durchführung des Boykotts beteiligen wollen, nur die Funktion von ZuarbeiterInnen überlassen. Wenn aber ein Viertel der Studierenden und mehr erreicht werden soll, muss der Boykott auf breiter Ebene unter der gleichberechtigten Teilnahme aller organisiert werden, anstatt dies einer kleinen, „demokratisch" legitimierten Führung zu überlassen. Diese Erfahrungen bestätigen das Konzept der Bildungssyndikate in ihrer basisdemokratischen und anti-hierarchischen Ausrichtung.

Bildungssyndikat der FAU Osnabrück

Boykott für Bildung:
http://www.boykott2007.de

„Wir können stolz sein, Du nicht"

Die IG Metall gewinnt den Streik, die Streikenden verlieren ihre Jobs

Bereits zum zweiten Mal versucht die Konzernzentrale von Bosch-Siemens, das Hausgerätewerk (BSH) in Berlin-Spandau dicht zu machen. Die Produktion soll in das nahe gelegene Nauen (Brandenburg) verlegt werden, wo zu erheblich schlechteren (billigeren) Konditionen gearbeitet wird. Ein erster Versuch im Mai 2005 scheiterte an Protesten der ArbeiterInnen und der daraus resultierenden negativen Publicity.

Im Sommer 2006 drohte die Geschäftsleitung erneut mit einer Betriebsschließung, bot aber an, das Werk könne erhalten bleiben, wenn die IG Metall und der Betriebsrat der Entlassung von 300 Beschäftigten (von 616) und Einsparungen in Höhe von zehn Mio. Euro zustimmten. Außerdem sollte das Werk innerhalb von drei Jahren dicht gemacht werden. Die Vertretung der ArbeitnehmerInnen schlug vor, „nur" 149 KollegInnen zu entlassen, sieben Mio. Euro einzusparen und das Werk frühestens in fünf Jahren dicht zu machen.

Nachdem es zu keiner Einigung kam, erklärten die Bosse die Verhandlungen Ende Juli einseitig für gescheitert und kündigten die Werksschließung für Dezember 2006 an. Schon ab diesem Zeitpunkt wurde nur noch unregelmäßig, zwischen den zahlreichen Betriebsversammlungen, gearbeitet.

Am 19.9. votierten 94,97% der Belegschaft in einer Urabstimmung für einen unbefristeten Streik. Formal ging es um eine angemessene Abfindung, tatsächlich aber „nach wie vor um den Erhalt der Arbeitsplätze", wie auch der Sekretär der IG-Metall Berlin, Luis Sergio, verlauten lies. Rund 80 Beschäftige gingen als Streikbrecher in das Werk nach Nauen.

Marsch der Solidarität

Dieser Arbeitskampf war schon seit den ersten Tagen ein für deutsche Verhältnisse besonders kämpferischer. Im Verständnis der Streikenden wurde nicht nur um den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes gekämpft, sondern sollte ein Zeichen für einen gesellschaftlichen Wandel gesetzt werden.

In diesem Zusammenhang begann am 5.10. der „Marsch der Solidarität". Dieser sollte an Orten Halt machen, an denen sich Ar-



http://de.indymedia.org

beiterInnen entweder aktuell in Arbeitskämpfen befinden oder in letzter Zeit befanden, um am 19.10. „mit über 10.000 Menschen" (BSH-Betriebsratschef Güngör Demirc) in München vor der Konzernzentrale von Bosch-Siemens zu enden.

Gleich der erste Stopp wurde beim schon erwähnten BSH-Werk in Nauen eingelegt. Der Kontakt mit den dortigen Beschäftigten verlief allerdings wenig solidarisch. Einige ließen sich während des Schichtwechsels zu symbolischen Gesten der Unterstützung hinreißen oder spendeten Geld für die Streikkasse, die meisten machten aber keinen Hehl aus ihrer Ablehnung. Ein Beobachter schrieb anschließend auf Indymedia: „Die ‚Spandauer' haben ihren Frust über dieses Nichtverhältnis umgedreht und sich daraus einen Spaß gemacht, bei Schichtwechsel die ‚Nauener' durch ein dichtes Spalier fahren zu lassen. Allzu Coole, Griesgrämige, Kurzgeschorene hatten eine besonders langgezogene Ausfahrt. Es war lustig, die älteren Türken, Vietnamesen, Schwarzafrikaner in Konfrontation mit diesen deutschen Jung-ArbeiterInnen zu erleben."

Ansonsten bekamen die „Marschierenden" überwiegend ein positiveres Feedback, die Presse berichtete wohlwollend, und die Bosse bei Siemens schienen mehr und mehr unter Druck zu geraten, auch wegen der gleichzeitig öffentlich präsenten Entlassungen bei BenQ.

Mehr drin gewesen

Mitte Oktober kam es schließlich erneut zu Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat, der IG Metall und der Geschäftsleitung. Ab diesem Zeitpunkt nahm die ganze Sache eine eigene, unerfreuliche Dynamik an, in deren Folge die Beschäftigten den Einfluss, den sie zunehmend während des Arbeitskampfes gewonnen hatten, vollständig verloren. Am 18.10. unterzeichneten die „Arbeiterführer" und die BSH-Geschäftsleitung ein Abkommen, nach dem 216 ArbeiterInnen entlassen werden, die Übriggebliebenen auf 20% ihres Lohnes verzichten müssen. Dafür wird das Werk erst 2010 geschlossen.

Für besonders harte Auseinandersetzungen auf der folgenden Betriebsversammlung sorgte aber die Zusage der Gewerkschaftsvertretung, sämtliche Aktionen und Kundgebungen außerhalb Berlins abzublasen. Dies geschah auch unverzüglich, und die Streikenden wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, einen Tag vor der geplanten Kundgebung vor der Konzernzentrale. Die Streikenden waren empört, ein allgemeines Gefühl, verraten worden zu sein, machte sich breit. Nicht mehr die Geschäftsleitung wurde von einem großen Teil der Streikenden als Gegner betrachtet, sondern die Funktionäre der eigenen Gewerkschaft.

Diese hatte bereits einige Tage vor der Abmachung mit den Bossen den ArbeiterInnen die Kontrolle über die Streikzeitung entzogen. Die geschasste Redaktion distanzierte sich im Nachhinein von den letzten beiden Ausgaben, die unter der Kontrolle von Gewerkschaftsfunktionären produziert wurden.

Bei der folgenden Urabstimmung zum Abbruch des Streiks stimmten 67% der ArbeiterInnen gegen die Wiederaufnahme der Arbeit; 35% stimmten dafür. Da laut IG Metall-Satzung allerdings 25% reichen, um einen Streik abzubrechen, sah sie ihn als beendet an. Als der Gewerkschaftsfunktionär Luis Sergio auf der letzten Streikversammlung verkündete: „Wir können stolz auf diesen Kampf sein.", entgegnete ihm ein Arbeiter: „Wir können stolz sein, Du nicht."

In den Tagen vor und nach der Urabstimmung waren viele Stimmen zu hören, die meinten, man sollte auch ohne Gewerkschaft weiter streiken; sogar eine Besetzung des Werkes wurde erwogen. Die Mehrheit der Streikenden hielt diese Option wohl niemals für realistisch. In den Wochen zuvor hatte sich ein Prozess der Emanzipation in Gang gesetzt, dessen Aura in


http://www.bsh-streik.de

Marsch durch Kamp-Lintfort (12.10.06)

diesen Tagen noch zu spüren war. Dieser Prozess war aber noch nicht soweit fortgeschritten, dass die Streikenden es sich tatsächlich zugetraut hätten, ohne „ihre" Gewerkschaft den Kampf fortzuführen. Vielleicht wäre dies anders gewesen, wenn sie früher und stärker von außen unterstützt worden wären. Es bleibt das Gefühl, dass „mehr drin gewesen" wäre.

F.W. (FAU Berlin)

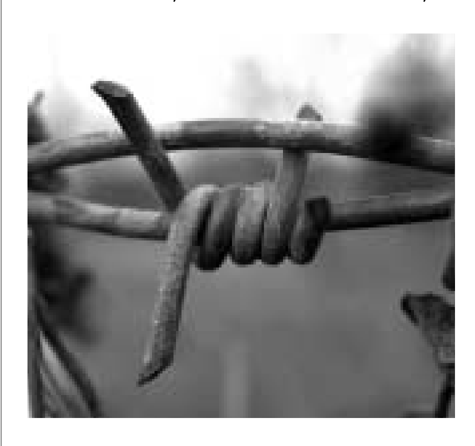
BenQ: Eine Lektion in Sachen IG Metall

Nach dem Verkauf an die taiwanesische BenQ stehen zwei Drittel der Beschäftigten der Siemens-Handysparte vor der Entlassung. Stürmische Zeiten für die IG Metall: 2004 hatte sie dem „Sanierungstarifvertrag" zugestimmt: 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich bei Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld. Dass der Vorstand dennoch 2005 die Sparte verkaufte und bei der Insolvenz für die Betriebsrentenansprüche aller Entlassenen nicht aufkommen will, schien die IG Metall zu überraschen. Die Belegschaft organisierte mit gewerkschaftlichem Beistand in den Niederlassungen in Nordrhein-Westfalen wochenlange Protestkundgebungen und ein Informationszelt. Am 21. Okt. demonstrierte die IG Metall gemeinsam mit dem DGB in München, u.a. vor der Siemens-Zentrale. Den Protest der Dreißigtausend verbuchte sich die IG Metall als ihren Erfolg. Damit verschmerzte sie, dass zur gleichen Zeit im Berliner Streikzelt der BSH die IG-Metaller wenig freundlich hinauskomplimentiert wurden. Kompromisse und der Appell an das soziale Gewissen der Mächtigen — diese sanfte Mischung reicht den verhohnepipelten ArbeiterInnen wohl nicht mehr aus.

Nach der Flucht ist vor der Flucht

Das Lager als Struktur bundesdeutscher Flüchtlingspolitik

Auch wenn das Thema der Lagerunterbringung von MigrantInnen durch die Installation von neuen Ausreiseeinrichtungen (Abschiebelagern) und den Internierungslagern rund um die militärisch gesicherte Grenze der EU vermehrt in die linke Öffentlichkeit eindringt, so ist die Abwertung der Lebensverhältnisse von MigrantInnen durch Einschluss im Lager seit 1980 bundesdeutsche Realität. Menschen, die in die BRD fliehen und hier einen Asylantrag stellen, werden in dezentral über das Bundesgebiet verteilten Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Dies betrifft auch diejenigen Menschen, denen nur ein Aufenthaltsrecht in Form einer Duldung zuerkannt wird, welche max. für ein Jahr, in



der Regel aber eher für ein bis drei Monate, ausgestellt wird und dann immer wieder verlängert werden muss (sog. Kettenduldungen). An dieser Situation hat sich auch mit dem neuen Zuwanderungsgesetz nichts geändert, sie hat sich bis auf Ausnahmen eher verschlechtert.

Diese Menschen werden über das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) versorgt. D.h., ihre „Hilfe zum Lebensunterhalt" (ca. 70% des normalen ALG II-Satzes) wird vorrangig in Form von Sachleistungen ausgezahlt; gleichzeitig unterliegen sie einem eingeschränkten Arbeitsmarktzugang. Zurzeit werden in der BRD laut Statistik der Bundesregierung 208.933 Menschen (Stand 31.12.2005) nach dem AsylbLG versorgt und sind somit i.d.R. in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Dezentraler Systemcharakter

Dieses System lässt sich als „dezentrales Lagersystem" bezeichnen. Anfangsglied sind die Zentralen Aufnahmestellen, dann folgen die zur langfristigen Unterbringung genutzten dezentralen Sammellager, es folgt das neue Zwischenglied Ausreiseeinrichtung (§ 61 des neuen Aufenthaltsgesetzes), den Endpunkt der bundesdeutschen Lagerunterbringung bildet der Abschiebeknast.

Die Dezentralität des Lagersystems wird durch das weltweit einmalige Gesetz der „Residenzpflicht" gewährleistet. Damit wird nach der bundesweiten Verteilung der asylsuchenden Menschen auf die einzelnen Landkreise das Verlassen dieser unter Geld- und bei Nichtvorhandensein dessen unter Haftstrafe gestellt. Wie durch ein virtuelles Netz wird der Raum parzelliert, die Flüchtlinge gleichmäßig über diesen verteilt, verwaltet und festgehalten, wobei die Kontrolle der einzelnen Menschen im Raum „vor Ort" organisiert wird.

Diese Dezentralität entstand historisch durch eine Verteilung von Asylsuchenden auf die Kommunen zur besseren Ausbeutung und einer knapp sechs Jahre nachgeschalteten Verlagerung und Entrechtung. Nach dem Anwerbestopp 1973 gab es in der deutschen Wirtschaft den Wunsch nach billigen Arbeitskräften. Diesem Wunsch kam die Politik mit der Ende 1974 beschlossenen Verteilung von Asylbewerbern vor Abschluss ihres Verfahrens auf die Länder und Kommunen nach, Anfang 1975 wurden sie dann zum Arbeitsmarkt zugelassen. Ende der 80er kam es dann zu einer rassistischen Kampagne innerhalb des Bundestages, deren Folge die Verlagerung der bereits dezentral verteilten Flüchtlinge war.

Rassistische Ökonomie

Schon an den Entstehungsbedingungen dieses Lagersystems wird deutlich, dass die heutige Struktur nur als ein Zusammenspiel und zeitliches Nacheinander von ökonomischen Anforderungen und rassistisch begründeter Ausgrenzung zu verstehen ist. Rahmenstruktur der Auslagerung von Menschen sind die vorhandenen ausländerrechtlichen Gesetze. Bei dem aktuellen Umgang mit „geduldeten" Menschen wird zurzeit ein Phänomen deutlich, welches strukturell die Einwanderungspolitik der BRD bestimmt: Dass ein rassistischer Diskurs, der sich an den Anforderungen des Kapitals nach mehr Einwanderung und auch ungelernten Arbeitskräften ausrichtet, innenpolitisch inszeniert wird.

Konturen einer zukünftigen Flüchtlingspolitik als verwaltungsmäßiger Umgang mit denjenigen, die hier nicht gewollt und nicht verwertbar sind, zeichnet sich zurzeit am deutlichsten in Niedersachsen ab. Administratives Arrangement dieser neuen Lagerpolitik ist die ZAAB (Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörde) Niedersachsen mit ihren drei jeweils 550 Plätze umfassenden Lagern. Dieser Lagerkomplex setzt sich zusammen aus den beiden multifunktionellen Sammellagern in Blankenburg/ Oldenburg und Braunschweig als integriertes Lagerkonzept der Aufnahmeeinrichtung, der Gemeinschaftsunterkunft und der Ausreiseeinrichtung in einem Gebäude und dem zentralen Versuchs- und Experimentierlager Bramsche-Hesepe zur Entwicklung und Praxiserprobung neuer Vertreibungsstrategien und Repressionsinstrumente. Hier werden die neuen Strategien des psychischen Unterdrucksetzens zur dann „freiwilligen" Ausreise entwickelt und exportiert.

Durch diesen Lagerkomplex mit insgesamt 1.650 Plätzen wird bereits derzeit eine Verteilung neu ankommender Asylsuchender auf die Kommunen fast komplett vermieden. Die Betroffenen wechseln so nur noch als Akte die Etage von einem Lager in das nächste. Sobald Platz geschaffen wird durch ein „freiwilliges" Abtauchen, eine „freiwillige" Ausreise oder eine gewaltsame Abschiebung, stehen die ca. 31.400 geduldeten MigrantInnen (in Nds., Stand 31.12.2005) als potentielle LagerbewohnerInnen bereit.

Tobias Pieper

Der Autor ist Psychologe & Politikwissenschaftler und forscht zur Lagerunterbringung in der BRD. Kontakt: tobias.pieper@web.de

Flüchtlingsstreik in Blankenburg

Seit dem 4. Okt. befinden sich die Insassen im Flüchtlingslager Blankenburg nahe Oldenburg im Streik. Daran sind ca. 150 Menschen beteiligt, die seitdem das Kantinenessen boykottieren und auch die Ein-Euro-Jobs verweigern. Die Streikenden kämpfen u.a. gegen die unzumutbare Nahrungs- und Gesundheitsversorgung und fordern Bargeld, um sich selbst versorgen zu können, sowie eine angemessene medizinische Betreuung. Begleitet wird der Streik von Soli- und Protestaktionen. Die Lagerleitung und das niedersächsische Innenministerium reagierten indes mit Repressionsmaßnahmen wie der Zwangsverlagerung aktiver Streikender. Weitere Infos siehe: www.nolager.de

Im toten Winkel

Interview mit René Talbot über das System der Zwangspsychiatrie

Unabhängig davon, dass Menschen mit psychischen Problemen konfrontiert sind und deshalb eine wie auch immer geartete (therapeutische) Hilfe benötigen bzw. verlangen, stellt sich das gegenwärtige Psychiatrie-System als ein Apparat dar, innerhalb dessen nicht im geringsten gewährleistet ist, dass Menschen nicht in willkürlicher Weise Opfer von Zwangsbehandlungen und Gewaltmaßnahmen werden. Noch immer ist in Deutschland das Psychiatrie-System auf einem Fundament gebaut, dass keine nennenswerte Kontrolle zulässt. Ein unkontrolliertes System, das jederzeit und umfassend die Verweigerung von Menschen- und Bürgerrechten ermöglicht, stellt „überall eine Bedrohung der individuellen und kollektiven Freiheit" dar, so das Mehrheitsvotum des Russell-Tribunals 2001. Noch immer hat sich nichts grundlegend an dieser Situation geändert. Wir sprachen in diesem Zusammenhang mit René Talbot, Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener und seit Jahren aktiv in der Irren-Offensive, über Probleme der Zwangspsychiatrie.

- DA: Du bist seit vielen Jahren in Betroffenen-Initiativen tätig. Welches Interesse steckt hinter dieser Form der Selbstorganisation?

RT: Da Ihr mich fragt, gebe ich eine Antwort, die für mich zutrifft, daneben mag es noch viele andere Interessen geben, die zu Selbstorganisationen führen. Ich verstehe das psychiatrische System, insbesondere seinen ihn fundierenden Zwangs- und Gewaltapparat, als ein politisches Problem. Denn die Zwangs- und Gewaltmaßnahmen werden durch Gesetze legalisiert, die zwar den Grund- und Menschenrechten — insbesondere dem Verbot der Folter und der Gedankenfreiheit — widersprechen, aber leider trotzdem breite Billigung erfahren. Die Zwangspsychiatrie ist demzufolge im Kern ein politisches Problem. Politisch kann man längerfristig nur mit anderen gemeinsam etwas verändern, auch wenn beispielgebende Einzeltaten mitunter Leuchtfeuer setzen. Für die notwendige Kontinuität einer beharrlichen Durchsetzung der Menschenrechte in diesem durch Totschweigen zum schwarzen Loch gewordenen Bereich bedarf es einer Gruppe. Die Irren-Offensive hatte letztes Jahr ihre 25-Jahr-Feier, ein deutlicher Beweis für die Ausdauer unseres Engagements, das inzwischen auch Wirkung zeigt. Die Entwicklung unserer Gruppe ist sehr gut anhand unserer Zeitungen zu verfolgen, die wir alle im Internet zugänglich gemacht haben[1].

- DA: Ein wesentlicher Teil eurer Arbeit war stets die Entwicklung von Konzepten, mit denen sich Betroffene besser zur Wehr setzen können. Welche Mittel haben sich dabei als erfolgreich herausgestellt?

RT: Die zur Zeit einzig wirklich empfehlenswerte Methode ist, sich mit einer Vorsorgevollmacht (Vo-Vo) gegen psychiatrische Gewaltmaßnahmen abzusichern[2]. Leider ist dieses Schlupfloch mit einigen Wenn und Aber verbunden, wenn es wasserdicht sein soll. So muss es z.B. eine bedingte Vo-Vo sein, die dann aber sofort in Kraft ist, wenn psychiatrische Zwangsmaßnahmen auch nur angedroht werden. Das Original der Vollmacht muss sich in Händen der Bevollmächtigten befinden, die dann auch sofort und entschlossen per Fax verbindliche Freilassungsanweisungen geben müssen. Um die Vo-Vo gerichtsfest zu machen, muss ein/e überwachungsbevollmächtigte/r RechtsanwältIn in der Vo-Vo festgeschrieben worden sein, denn nur dann kann das Gericht nicht mit Hilfe eines Überwachungsbetreuers die Vo-Vo und die Anweisungen des Bevollmächtigten zunichte machen. Außerdem ist die Vo-Vo wirkungslos, wenn man als Bevollmächtigte Personen auswählt, die bereitwillige Freunde der Psychiatrie sind, da diese Personen dann Gewaltmaßnahmen zustimmen, auch wenn sie



sich dabei selber zu „besseren Vormündern" phantasieren. Alle Formulare und Muster, wie man sie ausfüllt, sind im Internet frei zugänglich[3]. Inzwischen gibt es das Ganze auch als Rundum-Sorglos-Paket in professionalisierter Form mit Rechtsschutzgarantie[4].

Wenn man keine Vo-Vo hat, dann bleibt einem nur noch übrig, aus dem psychiatrischen Gefängnis abzuhauen und sich dann irgendwie wie ein Illegaler über Wasser zu halten, da man keine Sozialhilfe bekommen kann, solange ein gerichtlicher Einsperrungs-Beschluss besteht. Dabei muss man sich allerdings ohne Auffälligkeiten in der Öffentlichkeit bewegen, weil man in keine Polizeikontrolle geraten darf. Auch hat man erheblich Schwierigkeiten, an Drogen zu kommen, wenn man damit — in aller Regel — in der Psychiatrie gewaltsam angefixt wurde und dann nicht so einfach alles Ratz Fatz absetzen kann. Abzuhauen ist also die wirklich „harte Tour", die meiner Erfahrung nach auch nur klappt, wenn man wirklich gute Verbündete hat, die einem weiterhelfen und nicht wieder einweisen wollen, selbst wenn man mal nervig ist. Gute Tipps für die „harte Tour" gibt es in der Weglauffibel im Internet[5].

- DA: Auch vor Gerichten gab es immer wieder Teilerfolge, die schlimmere Auswüchse zumindest eindämmen oder abwenden konnten. Andererseits gab es immer wieder gesetzliche Vorstöße, die zeigten, dass die allgemeine Lage jederzeit verschärft werden kann. Wie beurteilst du die aktuellen Tendenzen?

RT: Um es kurz zu machen — nur mit einer Vo-Vo hat man einen rechtlichen Hebel, um gegen die brachialen Willkürmaßnahmen der Zwangspsychiatrie etwas auszurichten bzw. sie von vornherein individuell zu verhindern. Unsere Hoffnung ist nun, dass in einem weiteren Zwischenschritt eine gesetzliche Regelung der Patientenverfügung[6] das Schlupfloch der Vo-Vo zu einem Scheunentor erweitert. Das geht aber nur, wenn der Gesetzentwurf der Justizministerin in den folgenden Punkten eins zu eins umgesetzt wird:

a) die Patienten-Verfügung auch in nichttödlichen Krankheitsphasen uneingeschränkt gilt.

b) die Rechtsverbindlichkeit der Verfügung gewährleistet wird: Betreuer wie Bevollmächtigte müssen an den schriftlich erklärten Willen gebunden sein.

c) der im Referentenentwurf der Justizministerin vorgeschlagene § 1904 (4) wortwörtlich erhalten bleibt:

„Ein Bevollmächtigter kann in eine der in Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 genannten Maßnahmen nur einwilligen, sie verweigern oder die Einwilligung widerrufen, wenn die Vollmacht diese Maßnahmen ausdrücklich umfasst und schriftlich erteilt ist. Die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts ist nicht erforderlich."

Mit dieser gesetzlichen Regelung könnte eine einfache Patientenverfügung rechtswirksam eine Option aus dem Zwangssystem gewährleisten. Danach wäre der letzte Schritt aus dem therapeutischen Terrorstaat nur noch eine Frage der Zeit: Dann werden alle Sondergesetze, die psychiatrische Zwangsmaßnahmen legalisieren, abgeschafft worden sein, und man kann sich nur noch individuell mit einer schriftlichen Vorausverfügung in solche Maßnahmen (Diagnostizieren einer „Geisteskrankheit", Einsperren, Fixieren, Elektroschocken und Zwangsspritzen) hineinoptieren.

- DA: Das psychiatrische System wird in der Öffentlichkeit weitestgehend akzeptiert, ohne grundlegende Fragen daran zu richten. Die antipsychiatrische Kritik dagegen stellt nicht nur die „therapeutischen" Maßnahmen in Frage, sondern verweist auch auf die Funktion der sozialen Maßregelung. Welche Interessen liegen demzufolge dem psychiatrischen System zugrunde?

RT: Die breite gesellschaftliche Billigung der psychiatrischen Misshandlungen verweist auf eine tief sitzende Angst vor der Freiheit des Anderen. Es sind ja immer die Anderen, die zu „psychisch Kranken" phantasiert werden, obwohl es „psychische Krankheiten" gar nicht gibt. Die Funktion der psychiatrischen Verleumdungsdiagnosen hat Thomas Szasz meines Erachtens am besten beschrieben: „Wenn man Menschen aus der sozialen Ordnung ausgrenzen will, muss man dies vor anderen, aber insbesondere vor einem selbst rechtfertigen. Also entwirft man eine rechtfertigende Redewendung. Dies ist der Punkt, um den es bei all den hässlichen psychiatrischen Vokabeln geht: Sie sind rechtfertigende Redewendungen, eine etikettierende Verpackung für „Müll"; sie bedeuten „nimm ihn weg", „ schaff ihn mir aus den Augen", etc. Dies bedeutete [z.B. auch] das Wort „Jude" in Nazi-Deutschland, gemeint war keine Person mit einer bestimmten religiösen Überzeugung. Es bedeutete „Ungeziefer", „vergas es". Ich fürchte, dass „schizophren" und „sozial kranke Persönlichkeit" und viele andere psychiatrisch diagnostische Fachbegriffe genau den gleichen Sachverhalt [eines strategischen Etiketts] bezeichnen; sie bedeuten „menschlicher Abfall", „nimm ihn weg", „schaff ihn mir aus den Augen"."(„Interview with Thomas Szasz", in: The New Physician, 1969)

- DA: Jede Institution wirkt bekanntlich gegen ihre eigene Überflüssigwerdung an. Im Falle der Psychiatrie heißt das, den Zustand zu reproduzieren, der der eigentliche Anlass ihrer Existenz ist. Und in der Tat erweist sich das System als „Drehtürpsychiatrie", die Menschen von sich abhängig macht. Was sind die typischen Prozesse, die diesen Kreislauf bedingen?

RT: Es geht um eine brachiale Entrechtungskette:

a) Zwangsdiagnose einer nicht existierenden „psychischen Krankheit" (siehe auch die FAQ[7]);

b) Einsperren und Zwangsdrogisieren;

c) Entlassung nur nach dem erzwungenen Geständnis, einer „Krankheitseinsicht";

d) weiteres Aufbegehren wird mit einem dichten Überwachungsnetz von „sozialpsychiatrischen Diensten" unterbunden, die blockwartartig die Kontrolle in der Gemeinde übernommen haben. Dabei sind ihnen die sog. „komplementären Einrichtungen" behilflich, die z.B. als „betreute Wohngemeinschaften" und „Kontakt- und Beratungsstellen" sekundieren. Ganz schnell geht es dann oft in die Entmündigung, die irreführend seit 1992 „Betreuung" genannt wird. Viele sind darauf reingefallen, dass „Betreuung" Treue zum Betreuten vortäuscht, aber tatsächlich Treue zu den gerichtlich dann vereinfacht legalisierbaren Gewaltmaßnahmen der Psychiatrie meint. Wer in diesen Brunnen gefallen ist, dem ist kaum mehr zu helfen, denn die Gerichte halten brachial an getroffenen Entrechtungsentscheidungen fest. Nur eine frühzeitig abgeschlossene Vo-Vo kann davor wirksam schützen.

- DA: Psychiatrie-GegnerInnen haben immer wieder das Konzept von Arbeit als Therapie kritisiert. Was verbirgt sich genau dahinter?

RT: Ich habe die Vermutung, dass die Abwehr eines Rechts auf Faulheit auch die Grundlage für die Zwangspsychiatrie ist. Um es an einem Beispiel zu erklären: Wenn es ein Recht auf Faulheit gäbe, dann müsste man sich nicht mehr eine „Depression" von einem Arzt bescheinigen lassen, wenn man nicht arbeiten will. Die ganzen absurden „Eingliederungs-" und „Rehabilitations-Maßnahmen" sind alle daran ausgerichtet, dass nur wer arbeitet, auch „gebraucht" wird, und nur unter dieser Prämisse als Mensch, als Subjekt mit eigenem Willen gezählt wird. So exekutiert sich eine protestantische Arbeitsethik Hand in Hand mit den psychiatrischen Gewaltmaßnahmen. Wir dagegen fordern eine repressionsfreie Grundsicherung für alle.

- DA: Wie sieht es mit der Verantwortung der im Psychiatriebereich Tätigen aus? Inwieweit ist eine Akzeptanz der ärztlichen Vorgaben verbreitet und inwieweit wird sich dagegen zur Wehr gesetzt, fragwürdige Behandlungsmethoden umzusetzen?

RT: Zumindest dringt von irgendwelchen Aufmüpfigkeiten nichts zu uns. Menschenrechts-Achtsame können sich auch ganz einfach durch die Versetzung auf eine nichtpsychiatrische Station der Beteiligung an den Misshandlungen entziehen. Es reicht, wenn die Psychiatrie-Chefs abgebrüht sind. Das ist im übrigen in allen Institutionen, in denen gefoltert wird, so. Wo hat man je von einem Aufstand der Folterknechte gehört?

- DA: Anscheinend steht nicht nur die Wahrnehmung der Öffentlichkeit der von Betroffenen entgegen, sondern auch die der direkt in diesem Bereich Tätigen? Siehst Du dennoch Perspektiven für ein gemeinsames Agieren, von Betroffenen und PflegerInnen zum Beispiel?

RT: Ich lasse mich da gerne überraschen. Bis jetzt sehe ich nur bei „Ungesund leben" dafür Ansatzpunkte[8].

- DA: Danke für das Interview.

Anmerkung: Die hier geäußerten Ansichten entsprechen nicht notwendigerweise denen der Redaktion.

Anmerkungen

(1) www.antipsychiatrie.de
(2) Eine Vo-Vo ist eine Vollmacht an eine Person, die damit bevollmächtigt wird, Maßnahmen, die man getan bzw. unterlassen sehen will, anzuordnen, wenn man selbst für inkompetent erklärt wurde, solche Anordnungen zu treffen, oder physisch unfähig ist, eine Zustimmung oder Ablehnung zum Ausdruck zu bringen. Die Vo-Vo hat eine gesetzliche Grundlage im § 1896, Abs. 2 BGB.
(3) www.vo-vo.de/index2.htm
(4) www.initiative-selbstbestimmung.de
(5) www.psychiatrie-erfahrene.de/weglauffibel.htm
(6) Eine Patientenverfügung ist eine Anweisung, welche Maßnahmen man getan bzw. unterlassen sehen will. Im Gegensatz zur Vo-Vo ist sie bisher rechtlich nahezu unverbindlich.
(7) www.psychiatrie-erfahrene.de/faq.htm
(8) www.ungesundleben.org

Starbucks in die Enge treiben

Ende September führte die FAU Potsdam mit anderen FAU-Mitgliedern der Region eine Soli-Aktion zur Unterstützung der Kolleginnen von Starbucks in den USA durch, die um ihr Recht kämpfen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Mit Flugblättern, die von MitarbeiterInnen und Passanten interessiert aufgenommen wurden, wurde vor der neueröffneten Starbucks-Filiale in der brandenburgischen Landeshauptstadt auf die Arbeitsverhältnisse bei dem Unternehmen hingewiesen. Die Ortsgruppe kündigte an, weitere solche Aktionen durchzuführen, sollte sich an der Situation nichts ändern.

Direkte Aktionen gegen Ausverkauf

Betriebliches Vorgehen gegen Krankenhaus-Privatisierung wieder auf der Tagesordnung

Auch wenn die Informationspolitik der niedersächsischen Landesregierung zur laufenden Privatisierung der Landeskrankenhäuser (LKH) treffender mit Nachrichtensperre umschrieben wäre, ist mittlerweile durchgesickert, dass pro Landesbetrieb vier bis sechs Bieter am Start sind. Die Konzerne Asklepios (Deutschland) und Ameos (Schweiz) gehören genauso dazu wie eine Reihe lokaler Träger aus dem kommunalen und kirchlichen Bereich sowie Wohlfahrtsverbände. Klar ist allerdings noch nicht, wer das Rennen letztendlich macht.

Interesse verloren

Nach dem recht zügigen Abschluss eines Überleitungstarifvertrags in der vierten Verhandlungsrunde am 23. August zwischen ver.di/dbb-tarifunion und dem Land Niedersachsen steht nun zumindest fest, wofür sich die KollegInnen künftig krumm machen sollen. Nach dem Verkauf der LKH gilt für alle Berufsgruppen der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), den ver.di und dbb-tarifunion 2005 mit den Kommunen abgeschlossen hatten. Dieser ist frühestens zum 31.12.2012 kündbar.

Betriebsbedingte Kündigungen sind für zehn Jahre ausgeschlossen, für diejenigen, die über 45 Jahre alt sind, sogar dauerhaft. Das gilt auch im Falle von möglichen Ausgliederungen von Betriebsteilen durch die neuen Träger[1]. Bei Insolvenz oder Liquidation eines Trägers haben die Beschäftigten ein Rückkehrrecht zum Land. Weitere Regelungen: Weitergeltung des Tarifvertrags zur Altersteilzeit, Möglichkeit der Versetzung und Abordnung nur innerhalb eines Radius von 60 km, Erhalt von Umfang und Qualität der Krankenpflegeausbildung, Übernahme examinierter Auszubildender für mindestens zwölf Monate, Personalräte, Schwerbehindertensowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen erhalten ein Übergangsmandat und nehmen bis zur Neuwahl weiter ihre Rechte wahr.

Die sinngemäße Anwendung des Gleichberechtigungsgesetzes[2] konnte dagegen ebenso wenig vereinbart werden wie eine Regelung, dass das Betriebsverfassungsgesetz auch künftig in allen LKH gelten soll[3]. Bereits kurz nach Bekanntgabe des Tarifergebnisses sprangen die ersten Kaufinteressenten ab. Andere zeigen sich beharrlicher, sind aber nicht überall willkommen.

Adios, Ameos

Am 24. August kam es nach der Aktion in Lüneburg (siehe DA 177) erneut zu einer direkten Aktion von KollegInnen, diesmal im LKH Tiefenbrunn (bei Göttingen). 70 Beschäftigte hatten kurzerhand das Gelände blockiert und die Zufahrt mit Fahrzeugen versperrt. Anlass: Vertreter des Konzerns Ameos wollten das LKH besichtigen. Die Krankenhausleitung forderte daraufhin den Zutritt für die Vertreter, was aber nichts fruchtete. Stattdessen skandierten die Beschäftigten immer wieder „Adios, Ameos!“ Als schließlich die Polizei zahlreich anrückte, um den Zugang mit Gewalt durchzusetzen, verzichtete Ameos „unter diesen Umständen“ auf die Begehung. Das Sozialministerium forderte anschließend die Klinikleitung auf, ihnen eine Namensliste der Beteiligten auszuhändigen, um disziplinarisch gegen sie vorgehen zu können. Diese weigerte sich jedoch. Sechs Tage darauf ruderte das Ministerium zurück und gab bekannt, dass keine Sanktionen zu befürchten seien.

Perspektiven

Teile der Beschäftigten haben den Betrieb also wieder zum Ort der Auseinandersetzung gemacht und damit den appellativen Charakter gewerkschaftlich gelenkter und dosierter Protestaktionen[4] verlassen. Ein Teil der Noch-Landesbeschäftigten hat die Furcht vor offenen Konfrontationen verloren, persönliche Nachteile werden zumindest billigend in Kauf genommen. Ihre Würde jedenfalls haben sie sich damit zurückerobert.

Damit die Entschlossenheit und die sich entwickelnde Solidarität nicht nur wieder verpufft, wäre es jedoch an der Zeit, die Erfahrungen aus den Streiks während der Tarifauseinandersetzung mit den Ländern und des Widerstands gegen die Privatisierung der Landeskrankenhäuser endlich zu sammeln und zu bündeln. Angesichts der drohenden Gefahr, dass auch nach dieser Auseinandersetzung alles wieder auseinanderläuft, wie es nach der letzten Streikwelle der Fall war, muss der nächste Schritt getan werden: Bildung unabhängiger Betriebsgruppen, um die gewonnene Kraft der Aktiven auch langfristig zu erhalten und durch die Einbeziehung weiterer Beschäftigter stärker auszubauen. GewerkschaftsfunktionärInnen, die in den genannten Konflikten überwiegend die Bremserrolle ausgeübt haben, sollte dabei von vornherein die Tür gezeigt werden. Betriebsgruppen, die selbst ihr Vorgehen und ihre Schwerpunkte bestimmen wollen, können nur unabhängig von den etablierten Gewerkschaften überleben. Letztere haben in den Kämpfen lediglich bewiesen, dass ihre Vertrauensleute und Personalräte weder über eine Verankerung in den Belegschaften verfügen noch willens sind, eine Konfrontation entschlossen zu führen. Ihr Abwarten, Abwiegeln, Bremsen, Glänzen durch Abwesenheit, Einschwören auf Verhandlungen, ohne überhaupt den nötigen Druck aufgebaut zu haben, und permanente Offerten von Zugeständnissen an die Arbeitgeber sind das, was uns davon ablenkt, den Angriffen etwas entgegenzusetzen: nämlich unsere eigenen Forderungen, Ziele und Vorstellungen.

Einige privatisierte Kliniken

Egal wie die Arbeitgeber in Zukunft auch heißen mögen: neue Angriffe werden auf uns einprasseln, schleichend oder offen und massiv geführt. Dagegen müssen wir uns wehren — in allen Betrieben, lokal und landesweit. Landesweite Informations- und Koordinierungstreffen aller unabhängigen Betriebsgruppen in den LKH wären dann schon der zweite Schritt. Denkbar ist, sich dort über Entwicklungen, Folgen und Auswirkungen nach dem Verkauf in den einzelnen Häusern auszutauschen, um eine Perspektive zu entwickeln, wie wir uns gemeinsam dagegen wehren können. Auf gar keinen Fall dürfen wir uns die Initiative wieder aus der Hand nehmen lassen — weder von gewerkschaftlichen FunktionärInnen noch von uns selbst, unter dem Eindruck der Unlust und des Frustes, der alle beschleicht, wenn alle wieder alleine vor sich hin murkeln.

Anarr

[1] Voraussetzung ist ein Widerspruch der Betroffenen zum Übergang ihrer Arbeitsverhältnisse. Arbeitgeber bleibt dann der Träger des jeweiligen LKH.
[2] Der neue Träger hat aber tarifvertragliche Regelungen zur Frauenförderung und zur Frauenbeauftragten abzuschließen.
[3] Im Falle der Übernahme durch einen kirchlichen Träger findet das BetrVG demnach keine Anwendung. Bei allen anderen greift es aufgrund der gesetzlichen Regelung. Tariflich geregelt wurde hingegen für alle LKH die Einrichtung von Ausschüssen für wirtschaftliche Angelegenheiten.
[4] Auch wenn die Zeit der großen, landesweiten Aktionstage vorbei ist: nach wie vor finden vielerorts Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Privatisierung statt, wird die Öffentlichkeit mittels Informationsständen und ähnlichem informiert.

Sonderseite der FAU Hannover zum Thema:
www.fau.ortsgruppen/hannover/privatisierung



Jürgen Lohstöter

* 23. Dezember 1947 + 9. September 2006

Die Ortsgruppe Hamburg der FAU-IAA trauert um ihren langjährigen Genossen Jürgen Lohstöter, der unerwartet im Alter von nicht einmal 59 Jahren an einem Herzinfarkt verstarb. Jürgen war seit Jahren wegen seines schweren Nierenleidens in ärztlicher Behandlung.

Jürgen wird uns immer in Erinnerung bleiben als ein ruhiger aber bestimmter Genosse, der seinen Beitrag zu unserer gemeinschaftlichen Gewerkschaftsarbeit geleistet hat — auch während der sehr schweren Zeiten nach seinen zwei Nieren-Transplantationen.

Jürgen war früh in die anarchistische Bewegung gekommen und veranstaltete bereits 1969 im Keller seiner Eltern anarchistische Zusammenkünfte — u.a. auch mit Alt-Genossen aus der Vor- und Nachkriegszeit. Er war an den Stadtteilkämpfen gegen den Autobahnzubringer in Ottensen beteiligt und Mitglied der Organisation Revolutionärer Anarchisten, der ORA, die er 1972 in Hamburg mitgründete und deren Internationaler Sekretär er war. 1977 trat er in die Hamburger Ortsgruppe unserer neugegründeten Gewerkschaft ein. Seine ruhige aber immer bestimmte Art war wichtig für unsere internen Diskussionen gerade in internationalen Angelegenheiten; seine Überzeugungen waren das Ergebnis langjähriger Erfahrungen. Persönliche Eitelkeiten waren ihm ebenso fremd wie zuwider.

Jürgen war gelernter Reedereikaufmann und machte über den zweiten Bildungsweg der HWP sein Diplom als Soziologe. Diesen Beruf konnte er nicht ausüben, denn er fand hier keine Arbeit, und so jobbte er bei einer großen Versicherungsgesellschaft als Aushilfe und als Reisebegleiter. Seine schwere Krankheit hinderte ihn später dann an jeglicher Arbeit, und vor wenigen Jahren konnte er seine Erwerbsunfähigkeitsrente durchsetzen und so wenigstens noch die eine oder andere kurze Reise unternehmen — auch in sein geliebtes England zu Wanderungen mit Burg- und Schloßbesichtigungen.

Möge die Erde Dir leicht sein!
Deine Genossinnen und Genossen der FAU Hamburg
Hamburg, den 26. September 2006

§§§-Dschungel

Mehr-Arbeit
Viele Beschäftigte leisten in Abweichung von ihrem Arbeitsvertrag Überstunden bzw. Mehrarbeit. Hieraus ergibt sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Arbeitgeber diese überhaupt — und wenn ja: in welcher Höhe — zusätzlich vergüten muss.

Überstundenbezahlung
Die Ansprüche auf Überstundenvergütung entstehen gemäß § 612 Abs. 1 und 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).
Demnach können von Mitarbeitern keine Überstunden ohne Vergütung verlangt werden.
Dazu liegt ein Urteil des Arbeitsgerichts Leipzig vor (4.2.2003, 7 Ca 6866/02, DB 2003, 1279). Arbeitnehmer haben somit einen Anspruch auf Vergütung der Überstunden. Die Frage ist, was muss gezahlt werden?
Tarifgebundene Arbeitgeber müssen sich bei der Vergütung an die für sie jeweils gültigen Regelungen des Lohn- und Gehaltstarifvertrags halten. Dort ist die Vergütung von Überstunden in fast allen Fällen ausführlich festgelegt. Falls der Arbeitgeber nicht tarifgebunden ist, muss mindestens der normale Bruttostundenverdienst gezahlt werden.

Überstundenzuschläge
Der von Arbeitnehmern immer wieder eingeforderte Überstundenzuschlag wird erst dann fällig, wenn es sich um Nachtarbeit handelt bzw. der Zuschlag vertraglich vereinbart, betriebs- bzw. branchenüblich ist oder eben wenn ein Tarifvertrag angewendet werden kann.
Branchenübliche Zuschläge variieren meist zwischen 25% und 100% des Bruttostundenverdienstes — abhängig davon, ob die Überstunden werktags, nachts oder an Sonn- bzw. Feiertagen erbracht werden.

Überstundenbezahlung bei Teilzeitarbeit
Auch von Teilzeitkräften können vom Arbeitgeber etwaige Überstunden nur auf Grund einer klaren vertraglichen Regelung verlangt werden. Überstundenzuschläge erhalten Teilzeitkräfte aber grundsätzlich erst bei Überschreitung der tariflichen Arbeitszeit für Vollbeschäftigte (BAG, 25. 7. 1996, 6 AZR 453/94). Nehmen wir einmal an, die Vollzeitmitarbeiter eines Unternehmens, das Überstundenzuschläge zahlt, arbeiten wöchentlich 38 Stunden; Teilzeitkräfte indessen nur 20 Stunden. In diesem Fall muss an Teilzeitkräfte erst von der 39. Überstunde an ein Zuschlag gezahlt werden. Für die ersten 18 Überstunden wird mithin nur der normale Bruttostundenverdienst fällig.

Pauschale Vergütung von Überstunden
Grundsätzlich dürfen Überstunden auch pauschal durch ein entsprechend höheres Grundgehalt abgedeckt werden (LAG Schleswig-Holstein, 5. 11. 2002, 5 Sa 147c/02). Eine solche Vergütung darf aber nicht sittenwidrig sein (§ 242 BGB) oder gegen das Wucherverbot (§ 138 BGB) verstoßen. Das wäre z.B. dann der Fall, wenn eine Vergütung gezahlt würde, die unverhältnismäßig von der sonst üblichen Vergütung nach unten abweicht. Die Grenze der Sittenwidrigkeit wäre gewiss überschritten, wenn die Vergütung weniger als 50% einer normalen Vergütung ausmacht (BAG, 23. 5. 2001, 5 AZR 527/99, FA 2001, 366). Aber auch Vergütungen unter 70% werden bereits als „kritisch“ angesehen.

Freizeitausgleich geleisteter Überstunden
Statt die Überstunden zu vergüten, können diese auch durch einen Freizeitausgleich abgebaut werden. Das bietet sich namentlich für Unternehmen an, die saisonal wechselhaft ausgelastet sind. Zahlt ein Unternehmen Überstundenzuschläge, muss auch der Freizeitausgleich entsprechend höher ausfallen. Der Arbeitgeber kann den Zeitpunkt des Freizeitausgleichs von sich aus festlegen, muss den Termin aber rechtzeitig ankündigen. Auf Grund der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) soll diese Ankündigungsfrist wenigstens vier Tage betragen. Ein Freizeitausgleich für Überstunden ist jedoch nur zulässig, wenn dies ausdrücklich im Arbeitsvertrag, Tarifvertrag, in einer Betriebsvereinbarung oder durch Absprache im Einzelfall vereinbart ist. Anderenfalls müssen die Überstunden ausgezahlt werden (BAG, 18.9.2001, 9 AZR 307/100, NJW 2002, 1739).

Sonn- und Feiertagsarbeit — Zuschläge
Mit seinem Urteil vom 11. 1. 2006 hat das BAG erneut bestätigt, dass das Gesetz keinen Anspruch des Arbeitnehmers auf die Zahlung von Sonntags- oder Feiertagszuschlag kennt. § 11 Arbeitszeitgesetz regelt zwar, dass jeder Arbeitnehmer, der an einem Sonn- oder Feiertag beschäftigt ist, einen Ersatzruhetag an einem anderen Tag der Woche haben muss. Diese Regelung erfasst aber nicht das zu zahlende Entgelt (BAG, 11.1.2006, 5 AZR 97/05).
Ein Anspruch auf Zahlung eines Zuschlages kann sich daher nur aus den übrigen arbeitsvertraglichen Regelungen, wie Tarifvertrag, Arbeitsvertrag oder betrieblicher Übung, ergeben.
Für Nachtarbeit gilt dieses Urteil jedoch nicht. Hier kann der Arbeitnehmer Freizeitausgleich oder Nachtarbeitszuschlag verlangen.

Bezahlung bei Nachtarbeit
Das BAG hatte in seinem Urteil vom 1.2.2006, 5 AZR 422/04 zu entscheiden, ob einem Arbeitnehmer nach dem geltenden Arbeitsrecht ein angemessener Freizeitausgleich oder ein Nachtarbeitszuschlag zusteht.
Nach § 6 Abs. 5 ArbzG (Arbeitszeitgesetz) muss ein Arbeitgeber, sofern diese Frage nicht tariflich geregelt ist, dem Arbeitnehmer für die geleistete Nachtarbeitszeit einen angemessenen bezahlten Freizeitausgleich oder einen angemessenen Zuschlag zum Lohn gewähren.
Entscheidet sich der Arbeitgeber für einen Freizeitausgleich, so meint das Gericht, dass für jede geleistete Nachtarbeitsstunde 25%, also 15 Minuten Freizeitausgleich angemessen sind. Schon im Urteil vom 27.5.2003 (9 AZR 180/02) hat das BAG einen Nachtarbeitszuschlag in Höhe von 25% des Stundenlohns als angemessen anerkannt. Aber auch 10% wurden im Urteil des (BAG vom 31.8.2005, 5 AZR 545/04) schon für zulässig gehalten.
Das Gericht hatte vor allem festgestellt, dass das Wahlrecht zwischen Freizeitausgleich und Nachtarbeitszuschlag ausschließlich beim Arbeitgeber liege.

Thersites

Bedeutende Streiks — eine Auswahl

1156 v. Chr.: Die mit dem Bau eines Tempels in Ägypten beschäftigten Arbeiter legen die Arbeit nieder (erster bekannter Streik der Geschichte).
1329: Der erste bekannte Streik Deutschlands findet in Breslau statt, als die Gürtlergesellen für ein Jahr streiken.
1847/48: In mehreren europäischen Ländern finden zum ersten Mal größere Streiks im Zusammenhang mit Volksaufständen statt.
1886: Der sechsmonatige Streik der Bergarbeiter von Decazeville (Frankreich) bewirkt die bis dahin größte Welle internationaler Solidarität.
1886: Am 1. Mai beginnt in Chicago ein mehrtägiger Streik, der den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse begründet.
1889: Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet löst eine Gründungswelle von Bergarbeitergewerkschaften aus.
1905: Massenstreiks in Russland leiten die Russische Revolution ein.
1909: Der Migranten-Streik von McKees Rocks entfesselt eine Phase radikalen Arbeiterwiderstands in den USA.
1917-18: Streikbewegung in Deutschland gegen Versorgungspolitik, Krieg und Militärdiktatur
1919: Regionale Generalstreiks im Ruhrgebiet, in Berlin und Mitteldeutschland führen zur Besetzung und Selbstverwaltung zahlreicher Betriebe.
1920: Der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch leitet die März-Revolution im Ruhrgebiet ein, die blutig niedergeschlagen wird.
1920/21: Der Landarbeiterstreik in Patagonien/Argentinien mündet in einen bewaffneten Aufstand, der von der Armee niedergeschlagen wird.
1946-48: Streiks und Hungermärsche in den West-Besatzungszonen inkl. eintägigem Generalstreik.
1953: In den Tagen um den 17. Juni begleitet in der DDR eine Welle von Streiks einen Aufstand.
1968: Der Generalstreik im Pariser Mai führt zu Neuwahlen, Lohnerhöhungen und einer Hochschulreform.
1975 /76: Ein wilder Streik mit Besetzung der Zementfabrik in Erwitte (Westfalen) dauert 449 Tage.
1980: Eine große Streikwelle in Polen begründet die Solidarnosc-Bewegung.
1988: In einem erbitterten Arbeitskampf setzen sich die Streikenden der New Yorker Müllabfuhr durch.
1984/85: Der Bergarbeiterstreik in England endet nach einem Jahr mit einer katastrophalen Niederlage der Bergarbeiter.
1995: Generalstreik in Frankreich gegen den sog. Juppé-Plan.

Ohne Wenn und Aber

Schlußbetrachtung zur Serie „Die großen Streiks"

Es ist schon ein paar Jährchen her, da belehrte mich ein gestandener alter Sozialdemokrat, daß es leicht sei, einen Streik zu beginnen, aber um so schwerer, ihn zu beenden. Heutzutage jedoch erscheint die Gefahr, sich totzustreiken, verschwindend, zumal in Deutschland. Vergleicht man die Arbeitskämpfe der letzten Jahre — zumindest insofern es sich um DGB-geführte handelte — mit jenen, die wir an dieser Stelle in unserer Serie als „große Streiks" darstellten, drängt sich schon eher der Eindruck auf, daß wir das Streiken an sich verlernt haben.



Die Angst der Gewerkschaft vor dem Streik

Ohne den Streik hätte es wohl nicht eine einzige soziale Verbesserung der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen gegeben. Was nicht gleichbedeutend damit ist, daß jedes Zugeständnis direkt aus einem Streik hervorgegangen wäre: Gewerkschaften konnten Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung aushandeln, weil ihnen der Streik als Druckmittel zur Verfügung stand. Das verdeutlicht die zentrale Bedeutung des Streiks für die Arbeiterbewegung im Klassenkampf. Die Stärke einer Gewerkschaft mißt sich weniger an ihrer Mitgliedszahl oder ihrem Kontostand sondern an ihrer Fähigkeit, einen Streik zu organisieren, der die Gegenseite möglichst empfindlich trifft. Im gleichen Maße, wie das Kapital diese Fähigkeit anzweifelt, schrumpft seine Bereitschaft, auf Forderungen der Gewerkschaft einzugehen oder überhaupt mit ihr zu verhandeln. Paradoxerweise führt das nicht selten dazu, daß es gerade Gewerkschaften sind, die einem Streik lieber aus dem Weg gehen möchten. Ein verlorener Streik kann eine Gewerkschaft jeglicher Legitimation berauben.

Eine Gewerkschaft aber, die die Konfrontation scheut, ist in eine gefährliche Sackgasse geraten. Früher oder später wird die Gegenseite sie auf die Probe stellen: Entweder, die Gewerkschaft bekennt dann Farbe und stellt ihre Kampfbereitschaft unter Beweis, oder sie entblößt sich als Papiertiger. Die jüngste Entwicklung der IG Metall ist hierfür ein gutes Beispiel. Das Desaster des Streiks für die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland vor drei Jahren führte sie bis an den Abgrund. Der interne Machtkampf und -wechsel waren nur logische Folgen. Bis jetzt schwebt sie in einer heiklen Position, aus der sie eigentlich nur ein mit Verve gewonnener Streik als Demonstration der Stärke wieder herausbringen kann. Ob sie dazu in der Lage ist, bleibt anzuzweifeln.

Organisierung

Jenseits der ideologischen Ausrichtung einer Gewerkschaft zwischen den Polen revolutionär und reformistisch ergeben sich für sie strategische Zwangsläufigkeiten. Die sicherlich erste besteht überhaupt in der Organisation an sich. Ohne die kontinuierliche Organisierung der Arbeiterschaft über einen Streik hinaus werden alle Errungenschaften infrage gestellt. Ein Streik ohne Gewerkschaft ist selten viel wert. Dem schließt sich die Frage nach dem Charakter der Organisation an. Hierarchisch aufgebaute, von Berufsfunktionären geführte Zentralverbände sind im Klassenkampf bevorzugte Verhandlungspartner, doch haben sie ihr Kreuz mit der Basis. Einerseits müssen sie ihre Mitglieder soweit unter Kontrolle halten, daß es nicht etwa zu wilden Streiks kommt, die über das ausgehandelte Maß hinaus Forderungen erheben. Andererseits muß die Basis entschlossen und kämpferisch genug bleiben, damit man ernsthaft mit einem Streik drohen kann. Die schwindende Moblilisierungsfähigkeit nicht nur der IG Metall offenbart, wie annähernd unmöglich es ist, diesen Spagat auf Dauer aufrechtzuerhalten.

Die Waffen im Arbeitskampf

Ähnlich verhält es sich mit der strategischen Konzeption einer Gewerkschaft. Auch diese läßt sich anhand ihrer Streikfähigkeit entwickeln. Die Idee der Industriegewerkschaft beruht auf dem Gedanken, Berufe mit geringem mit solchen mit starkem Drohpotential solidarisch zu organisieren, um sich auf diese Weise gemeinsam im Klassenkampf zu präsentieren. In dem Moment aber, wo man sich, wie in Deutschland, den solidarischen Streik verbieten läßt, verkommt das Industriegewerkschaftskonzept zur stumpfen Klinge. Das trifft in mindestens gleichem Maße auf internationale Streiks, bzw. Solidarstreiks zu. Die Schwäche der etablierten europäischen Gewerkschaften entspringt nicht zuletzt auch ihrer völligen Unfähigkeit, Arbeitskämpfe über die jeweiligen Staatsgrenzen hinaus zu organisieren.

Langfristig brauchen auch starke Berufe bzw. Branchen Solidarität. In den 1980ern war die Gewerkschaft der New Yorker Müllabfuhr mächtig obwohl nur gering an Mitgliedern. Aber sie war straff organisiert und setzte ihre Drohpotential geschickt und effektiv ein. Zwei Jahrzehnte später ist sie nur noch ein Schatten ihrer selbst, weil sie sich gegen andere Gewerkschaften ausspielen ließ.

Hartnäckigkeit und Zähigkeit der Streikenden gehören zu den maßgeblichen



Voraussetzungen, um einen Arbeitskampf erfolgreich durchstehen zu können. Eine triviale Einsicht, möchte man meinen. Doch ein typischer DGB-Streik der Gegenwart zeigt sich nicht einmal Streikbrechern gegenüber entschlossen genug, um zu gewährleisten, daß die Produktion auch wirklich zum Erliegen kommt. Ohne dies aber bleiben alle anderen Maßnahmen nicht mehr als bloßer Protest — und somit im Zweifel ohne Folgen.

Die Machtfrage stellt sich immer

Kampfesmut und Solidarität alleine sind jedoch auch keine Garanten für einen erfolgreichen Streik. Es hat kaum einen verbisseneren Streik gegeben als den der britischen Bergarbeiter Mitte der 1980er Jahre. Die Militanz der patagonischen Landarbeiter Anfang der 1920er machte nicht einmal vor dem Waffengang halt. Beide legendären Arbeitskämpfe endeten dennoch im Fiasko. Ein Streik ist eben keine symbolische Protestnote, sondern echte Tat, er schmerzt und wirkt spürbar. Spitzt sich die Konfrontation zu, kann man sich rasch in einer Lage wiederfinden, die weit mehr in die Waagschale wirft als die ursprüngliche Streitfrage. Bei einem Streik geht es immer um Macht. Ab einer gewissen Qualität stellt ein Streik aus sich selbst heraus das bisherige Herrschaftsgefüge infrage. Eine Streikbewegung, die sich dessen nicht bewußt ist und sich dennoch in eine solche Lage manövriert, wird leicht überrollt. Eine Arbeiterschaft, die zusieht, wie ein Teil von ihr erstickt wird, ist zum Scheitern verurteilt. Vielleicht die wichtigsten Lehren, die sich aus dem britischen Bergarbeiterstreik ziehen lassen.

Es stellt sich heute nicht nur die Frage nach dem Beginnen eines Streiks ungleich schwerer als die Frage nach dem Beenden. Die Frage ist, in typisch sozialdemokratischer Weise, falsch gestellt. Denn es kommt letztendlich darauf, einen Streik effektiv zu führen. Und das gelingt nur, wenn man ihn als das begreift, was er ist: eine direkte Aktion.

Matthias Seiffert

Gesichter des Streiks

Ein kleines Streik-Glossar

Besetzungsstreik: Sind Streiks, in denen die Belegschaft ihren Betrieb besetzt und sich damit über die rechtlichen Vorgaben legitimer Arbeitskampfmaßnahmen hinwegsetzt. In diesem Falle sind gewissermaßen die Unternehmer von einer Aussperrung betroffen und nicht die Arbeiter. Besetzungsstreiks stellen ein erhöhtes Druckpotential dar, weil sich der Produktionsapparat in den Händen der Streikenden befindet und damit garantiert wird, dass die Produktion nicht wieder durch Streikbrecher aufgenommen werden kann. In Besetzungsstreiks übernimmt nicht selten die Belegschaft die Produktion unter eigener Kontrolle und organisiert selbst den Verkauf bzw. die Verteilung der Produkte, die somit dem Unternehmer und dem üblichen Markt entzogen sind. In Konsequenz können Besetzungsstreiks dazu führen, den Betrieb in die Selbstverwaltung zu überführen. Massenhafte Betriebsbesetzungen, z.B. im Zuge eines Generalstreiks, können als revolutionäre Strategie angesehen werden.

Bummelstreik: Die Arbeit findet langsamer als normal statt, Produktionsabläufe werden verzögert. Eine trickreiche Möglichkeit findet sich im Dienst nach Vorschrift, bei dem die Arbeit unter peinlich genauer Beachtung der dienstlichen Vorschriften ausgeführt wird mit der Folge, dass die Leistungen sinken und Verzögerungen auftreten.

Generalstreik: Streik aller Arbeitnehmer einer sog. Volkswirtschaft, um das gesamte Wirtschaftsleben lahmzulegen. I.d.R. sind Generalstreiks politischer Art und dienen dazu, in die politischen Entwicklungen einzugreifen bzw. bestimmte Entscheidungen staatlicher Organe zu erzwingen. Der revolutionäre Generalstreik wird auch als Mittel begriffen, um eine Situation herbeizuführen, die in eine soziale Revolution münden kann. Berühmte Beispiele sind der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch 1920 und der Generalstreik 1968 in Frankreich.

Politischer Streik: Streik, der sich gegen oder für politische Ziele richtet, meist in Form von Massenstreiks oder Generalstreiks. In Deutschland sind politische Streiks eigentlich verboten, als Ausübung des Widerstandsrechts im Sinne des Grundgesetzes haben sie aber dennoch eine gewisse rechtliche Grundlage. Das Verbot wird damit begründet, dass in einer „Demokratie" die politische Willensentscheidung durch die dafür vorgesehenen Organe frei von Zwängen zu treffen sei.

Punktstreik: Abwechselnd werden Abteilungen oder Produktionsstandorte bestreikt. Dient i.d.R dazu, eine größere Konfrontation zu meiden, die z.B. nicht durchzuhalten wäre, und dennoch mit Streikmaßnahmen Druck zu erzeugen.

Regelrechter Streik: Jede Form des Streiks, die über einen Warnstreik hinausgeht und die Zulässigkeitsvoraussetzungen im arbeitsrechtlichen Sinne erfüllt. D.h., er wird von einer sog. „tariffähigen Vereinigung" mit Streikbeschluss durchgeführt, verstößt nicht gegen die Friedenspflicht und verfolgt ein durch Tarifvertrag regelbares Ziel. Solche Streiks fallen unter die Kategorie von „Arbeitskämpfen, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" geführt werden, und sind in Art. 9 (3) des Grundgesetzes verankert.

Schwerpunktstreik: Streik, der sich im Gegensatz zum Vollstreik nur auf die besonders wichtigen Betriebe des Streikgegners konzentriert, i.d.R. weil diese Maßnahmen als ausreichend angesehen wird.

Vollstreik: Streik aller Beschäftigten eines Wirtschaftszweiges, auch *Flächenstreik* oder *totaler Streik* genannt.

Warnstreik: Partielle Streiks in einem Betrieb oder Wirtschaftszweig zwischen eins und sieben Stunden. Warnstreiks finden noch während der Friedenspflicht, d.h. während der Laufzeit eines Tarifvertrages bzw. während Verhandlungen statt, weil ein regelrechter Streik erst nach dem erklärten Scheitern von Verhandlungen gesetzlich zulässig ist.

Sitzstreik: Die Streikenden bleiben untätig am Arbeitsplatz. Sitzstreiks verfolgen den Zweck, die Produktion zu stoppen, ohne einen richtigen Streik mit all seinen Konsequenzen (z.B. Aussperrung und Lohnentzug) führen zu müssen.

Solidaritätsstreik: Streik zur Unterstützung von Kollegen eines anderen Betriebes, meist innerhalb eines Unternehmens; auch Sympathiestreik genannt.

Wilder Streik: Sind Streiks, die ohne Streikbeschluss einer tariffähigen Vereinigung von Arbeitern durchgeführt werden. D.h. Träger solcher meist spontanen Arbeitsniederlegungen, sind nicht anerkannte Arbeitnehmervertretungen oder einfach die Arbeiter selbst. In Deutschland sind wilde Streiks rechtswidrig, werden aber dennoch als Kampfmittel eingesetzt, so z.B. zuletzt 2004 bei Opel in Bochum. Sie stellen eine deutlich Emanzipation von den Gewerkschaftsführungen dar und beinhalten ein beachtliches dynamisches Potential.

Haben die griechischen Anarchisten ein „Alkohol"problem?

Griechische Regierung möchte Exempel statuieren

Seit Mai 2005 befindet sich der Anarchist Giorgos Kalaitzidis in U-Haft (DA 176). Seine Genossen Pangiotis Aspiotis und Petros Karasarinis wurden mittlerweile aus der U-Haft entlassen. Alle drei warten auf ihren Prozess als angebliche Mitglieder einer terroristischen Vereinigung. Zur Last gelegt werden ihnen unter anderem alle(!) Angriffe mit Molotowcocktails in Athen seit 1998. In der anarchistischen Monatszeitung Babylonia erschien jetzt ein Interview mit G. Kalaitzidis (Nr. 26, Sommer 2006).

K.: Da es über die Umstände unserer Verhaftung viele Ungenauigkeiten zu hören gab, muss ich zuerst einiges klarstellen. Die Verhaftung wurde von Beamten der Antiterroreinheit mit gezogenen Waffen durchgeführt. Die brachten uns zur Personialienfeststellung ins Polizeipräsidium [Athen]. In unserem Wagen wurde nichts Belastendes gefunden. Schon in den Tagen zuvor war mir aufgefallen, dass ich beschattet wurde, hatte dem jedoch keine weitere Beachtung geschenkt, da ich schon zuvor wiederholt unter Polizeibeobachtung stand. An diesem Tag waren massenhaft Beamte und Fahrzeuge im Einsatz; die hatten sozusagen das ganze Viertel umstellt. Also nicht die klassische Beschattungsmethode mit Zivilbullen, die in den Parallelstraßen hinter den Beschatteten herschleichen und ab und an wechseln. Ich wurde nicht – wie kolportiert wurde – dabei verhaftet, wie ich Polizeischilde in eine Mülltonne warf. Der Zusammenhang mit den Schilden wurde erst im Laufe der Ermittlungen hergestellt.

- B.: Also warst Du auf Grund deiner Aktivitäten in der anarchistischen Bewegung schon zuvor Ziel der Polizeifahnder?

K.: Ich glaube schon. Genau wie viele andere auch in der Vergangenheit. Ich denke, das ist mittlerweile allen klar, dass man als Aktivist der anarchistischen Bewegung mit Gerichtsverfahren und Polizeiverfolgung konfrontiert ist. Ich wurde in den letzten sieben Jahren andauernd überwacht und beschattet. Es gab Hausdurchsuchungen nach „anonymen Hinweisen", Verhaftungen und Misshandlungen auf Polizeiwachen. Es existiert eine riesige Akte über mich. Auf der Wache im Exarchia-Viertel [Szenestadtteil von Athen] hängt ein Photo von mir, was Leuten immer wieder zur Identifizierung gezeigt wurde, was auch immer im Stadtteil vorgefallen war. Im Dezember 1999 wurde ich direkt vor meiner Haustür verschleppt. Sie legten mir Handschellen an, bedrohten meine Familie und verhörten mich mehrere Stunden. [...] Von einem Journalisten weiß ich, dass mein Name bei Besprechungen in verschiedenen Konsulaten gefallen ist. All das zeigt meiner Meinung nach ganz klar, dass sie mich schon lange im Visier haben. [...]

- B.: Das Verfahren ist gekennzeichnet durch eine extrem aufgeblasene Anklage, die Kriminalisierung persönlicher Freundschaften und die Unterstellung einer „Kollektivschuld".

K.: Das Aufblasen der Anklageschrift geschah auf Anweisung von oben. Es ist kein Zufall, dass die Sonntagsausgabe des „Bima" [bürgerliche Tageszeitung] berichtete, das „Ministerium für Öffentliche Ordnung" bewerte den Fall als „sehr ernst". Es sei noch nicht absehbar, welche Kreise er ziehen werde. Na ja, und natürlich soll irgendjemand für die Demütigung der MAT [wie SEK] und die Rücktritte ihrer Führung wegen der Enteignung der Polizeiausrüstung bezahlen. Im Verlauf stellte sich dann noch heraus, dass die zuständige Untersuchungsrichterin M. Kouteri die Frau für „besondere Einsätze" ist, da sie [...] auch während der Demonstration im Rahmen des Europäischen Sozialforums abgestellt war, wo gegen weitere vier Menschen U-Haft verhängt wurde. Auf europäischer Ebene schließlich wurde von den verschiedenen Staatsschutzdiensten und Europol der „anarchistische Terrorismus" als „neue terroristische Gefahr" definiert. Vor einiger Zeit präsentierte die diesbezügliche Studie von Europol das Dreieck Griechenland – Italien – Spanien als am meisten vom „anarchistischen Terrorismus" betroffen.

Die Staatsschutzdienste sind noch immer von der alten Polizeilogik durchdrungen, nach der jeder Anarchist terroristischer Taten verdächtig ist [...]. Hierbei muss ich klarstellen, dass es sich dabei für mich nicht um terroristische Taten, sondern um gerechtfertigte revolutionäre Gegengewalt handelt. Da die Denkweise des Staatsschutzes jedoch auch im Justizbereich vorherrscht, und somit die Richtschnur für das Handeln staatlicher Dienste in ihrer Gesamtheit darstellt, kommen wir schnell zur Kriminalisierung persönlicher und politischer Beziehungen. Das ist meiner Meinung nach auch der Grund für die Verhaftung und die Anklage von Aspiotis. Also die seit Jahren bekannte Denkweise des Polizei- und Justizapparats, nach der der engste Freundeskreis des „Terroristen" kriminalisiert und mehr oder weniger in den Fall verwickelt wird. Schaut Euch nur die so genannten Indizien an. Nichts! Das einzige, was bleibt, ist seine enge persönliche Beziehung mit mir als Freund und Genosse in der anarchistischen Bewegung. [...]



- B.: Wie bewertest du die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, dem Antrag auf Haftentlassung von Aspiotis und Karasarinis zuzustimmen?

K.: Ich habe immer gesagt, dass jede mögliche strafrechtliche Verantwortung nur mich alleine betrifft [...]. Beim Haftprüfungstermin nach sechs Monaten hatte ich vorgeschlagen, die anderen beiden zu entlassen und mich – sozusagen als Garantie für die Fortsetzung dieses absurden Verfahrens – in Haft zu behalten. Was meine weitere Inhaftierung betrifft, kann ich nur sagen, dass diese mich weder beeindruckt noch auf irgendeine Art und Weise beeinflusst. Der Antrag der Staatsanwaltschaft, mich auch wegen meiner ablehnenden Haltung im Untersuchungsverfahren in U-Haft zu behalten, ist jedenfalls lächerlich. Es ist bekannt, dass die Mehrheit des Justizapparats von der fixen Idee durchdrungen ist, anarchistische Kämpfer seien aktive Terroristen. Auf dieser Logik beruht die Anordnung, meine U-Haft aufrecht zu erhalten.

- B.: Wie ist die Situation im Knast von Korydallos? [Knast in Athen]

K.: Die Haftbedingungen in griechischen Knästen sind elend. Die angeblichen Verbesserungen, die das Justizministerium angekündigt hat, werden nie verwirklicht werden. Die Situation wird im Gegenteil immer schlimmer. Die Überbelegung [vier Personen auf 2,5 x 5 m], und die nicht vorhandene ärztliche Betreuung [letztes Jahr starben vier Menschen auf Grund verspäteter Einlieferung ins Krankenhaus] sind zwei der Hauptprobleme. [...] Außer den elenden Haftbedingungen ist natürlich schon allein die Tatsache des Entzugs der Freiheit kriminell, entwürdigt den Menschen und widerspricht all seinen natürlichen Bedürfnissen. [...] Was mich selbst betrifft, glaube ich, dass allein die Tatsache, dass zweimal meine Zelle gestürmt und zerstört wurde, für sich spricht. [...] Ansonsten ist alles, was hier den Alltag der Gefangenen bestimmt, problematisch und widerspricht jeder Vorstellung einer auch nur im Ansatz erträglich zu nennenden menschlichen Lebensweise. Ekliges Essen in zu kleinen Portionen, eiskaltes Wasser im Winter zum Duschen, feindliches, streitsüchtiges Verhalten der Schließer, Überbelegung. [...]

- B.: Vor kurzem haben in Korydallos vier Menschen auf schreckliche Art ihr Leben verloren [...]

K.: Das vier Menschen bei lebendigem Leib verbrannt sind, verdeutlicht die schauderhaften Bedingungen, die hier herrschen. Erstens wurde die Zelle mit fünfzigminütiger Verspätung geöffnet, obwohl alle Insassen des D-Flügels während der gesamten Dauer des Brandes laut schrien. Zweitens wurde das Feuer nicht von der Wachmannschaft, sondern von Gefangenen gelöscht – und zwar mit Eimern, in denen sie ihre Notdurft verrichtet hatten, da auch noch das Wasser abgestellt war. Die vier Toten wurden verkohlt an das Fenstergitter gekrallt gefunden, was der Version der Anstaltsleitung widerspricht, die Gefangenen seien in ihren Betten gestorben und auf Grund von Drogenmissbrauchs nicht in der Lage gewesen, zu reagieren.

- B.: Wie haben die anderen Gefangenen regiert?

K.: [...] Der D-Flügel begann einen Hungerstreik und weigerte sich, in die Zellen zurückzukehren. Dem Beispiel folgten die Flügel C und B. Wir im A-Flügel verweigerten anfangs nur das Essen, um uns in der Folge auch dem Einschluss zu widersetzen. [...] Ich möchte hier betonen, dass die Mitwirkung der anarchistischen Gefangenen entscheidend für die Durchführung der Protestaktionen im A-Flügel war. Außerdem, dass die Veröffentlichung der zwölf Forderungen in der Presse mit der Zustimmung aller Gefangenen von Korydallos erfolgte. [...] Doch zurück zu den Geschehnissen. Die MAT-Einheiten hatten den Befehl, einzuschreiten, sollten sich die Gefangenen weigern, in die Zellen zurückzukehren. Diesen Befehl hatten sie natürlich vom Justizminister erhalten, der, um Eindruck in der Öffentlichkeit zu schinden, im gleichen Zeitraum im Fernsehen seine heftigen Angriffe gegen „die Verantwortlichen" im allgemeinen losließ. Letztendlich kehrten die Gefangenen im D-Flügel in ihre Zellen zurück, und nachdem unsere Abgesandten dies bestätigten, beendeten auch die anderen Flügel ihre Protestaktionen. Schon am nächsten Tag konnten wir die „Grandiosität" des Staates in Aktion erleben. Massenverlegungen von Gefangenen, die eine aktive Rolle bei den Aufständen gespielt hatten – begleitet von heftigen Misshandlungen. Die zugesagten Verbesserungen der Haftbedingungen wurden natürlich nie verwirklicht. Niemand wurde für den Tod von vier Menschen bestraft, und der Terror der Anstaltsleitung erstickte den aufflammenden Protest innerhalb einer Nacht. Die Friedhofsruhe hatte ein weiteres Mal triumphiert.

Übersetzung: Ralf Dreis, Athen

Geschlossene Front im Bildungssektor

Neue Entwicklungen in Griechenland

Nach der am massenhaften Widerstand gescheiterten Hochschulreform im Frühjahr (siehe DA 177) steht die konservative griechische Regierung kurz vor den Kommunalwahlen am 15. Oktober erneut unter starkem politischem Druck im Bildungssektor. Seit nunmehr vier Wochen befinden sich ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen im Streik. Hauptforderungen sind die Erhöhung des Grundgehalts von 955,- auf 1400,- Euro im Monat und die Aufstockung der Mittel im Bildungssektor auf 5% des Bruttosozialprodukts. Die Lehrergewerkschaft DOE beschloss diese Woche die Fortsetzung des Streiks über die Wahlen hinaus und ruft zu Großdemonstrationen in allen griechischen Großtädten auf. Mit der Ankündigung eines 48-stündigen Solidaritätsstreiks schlossen sich die LehrerInnen der Sekundarstufen dem Ausstand an. Gleichzeitig haben die SchülerInnen der Mittel- und Oberstufengymnasien innerhalb einer Woche mehr als 500 Schulen in ganz Griechenland besetzt, um gegen die erschwerten Zulassungsbedingungen zum Hochschulstudium zu protestieren und den Streik der LehrerInnen zu unterstützen. Die stark unter Druck stehende Bildungsministerin Marietta Giannakou sprach auf der Pressekonferenz am 12. Oktober von „faschistischen Methoden" in Bezug auf die Schulbesetzungen und betonte gleichzeitig, „keinen Schritt" auf die streikenden LehrerInnen zugehen zu wollen. Unterdessen haben HochschulprofessorInnen und Studierende angekündigt, sich Anfang nächster Woche mit Streiks und Universitätsbesetzungen der Bewegung anschließen zu wollen, um die noch immer geplante Einführung privater Hochschulen in Griechenland erneut zu verhindern. Die Diskussion um die dazu notwendige Änderung des Artikels 16 der griechischen Verfassung soll am 23. Oktober im griechischen Parlament beginnen. Die Vollversammlungen der Studierenden haben angekündigt, mit allen Mitteln Widerstand leisten zu wollen. Griechenlands Regierung steht ein heißer Herbst bevor.


http://athens.indymedia.org

SchülerInnendemo im Juni

Ralf Dreis, Athen

Kommunalwahlen in Griechenland

Gewinne für die Opposition (Pasok, Linksallianz, KKE), Verluste für die Nea Dimokratia (Konservative): Die politische Landschaft wird sich nicht wirklich verschieben.
Der LehrerInnenstreik geht (auch nach einem Treffen mit der Bildungsministerin und Scheinangeboten der Regierung) weiter. Schulen in ganz Griechenland bleiben besetzt. Deshalb werden die gemischten Militär- und Schulparaden am Nationalfeiertag, dem 28.10. — dem sogenannten oxi-Tag, an dem der faschistische Diktator Metaxas dem faschistischen Ultimatum von Mussolini-Hitler ein „NEIN" entgegensetzte —, zum großen Teil ohne SchülerInnen stattfinden, die dort ansonsten in Schuluniform mitmarschieren ...
Am Mittwoch, dem 25.10., finden die bisher größten Demos in allen griechischen Städten (in Athen mit mehreren 10.000 Menschen) statt. Mehrere Banken werden entglast!
Am Donnerstag, dem 26.10., werden über 1100 Schulen (von den SchülerInnen) und die ersten 25 Hochschulfakultäten besetzt ...
Nach einem ergebnislosen Treffen mit Ministerpräsident Kostas Karamanlis schlägt die Gewerkschaft der GrundschullehrerInnen (DOE) trotzdem die Beendigung des Streiks vor, da „sich dieses Kampfmittel erschöpft" habe. Die Vollversammlungen der LehrerInnen wollen darüber Freitag Nacht (27.10.) entscheiden. Die Parlamentsdiskussion um die Änderung des Verfassungsartikels 16 — zur Einführung privater Unis — wird vorerst verschoben.

Hamas: Streik ist illegal

Nicht wenige hatten vor dem Beginn des Streiks im Öffentlichen Dienst darauf gesetzt, dass nur in der Westbank – der Fatah-Hochburg – gestreikt werden würde, nicht aber in Gaza, wo die Hamas politisch dominiert. Der Streik, der am 1. September zu Schuljahresanfang begann, wurde überall relativ gleichmässig organisiert – mit der Forderung nach Auszahlung von sechs Monaten Gehaltsrückständen – von denen die etwa 150.000 Beschäftigten des Öffentlichen Dienst betroffen sind, die mit ihrer Beschäftigung etwa eine Million Menschen ernähren. Auch die Tatsache, dass die Hamas-Regierung den Streik für illegal erklärt hat und massiv Druck, insbesondere auf Lehrer, ausübte, hat dies nicht verhindert.
Quelle: www.labournet.de

Infos:
www.gruppe-basta.de (dt.)
www.ezln.org.mx (span.)

Mehmet Tarhan erneut verurteilt

Der am 9. März 2006 nach elf Monaten aus der Haft entlassene türkische Kriegsdienstverweigerer Mehmet Tarhan wurde am 12. Oktober vom Militärgericht in Sivas zu insgesamt 25 Monaten Haft verurteilt. Damit revidierte das Gericht seine im August 2005 getroffene Entscheidung, die vom Berufungsgericht aufgehoben worden war. Die Anwältin Suna Coskun legte Berufung gegen das Urteil ein. Mehmet Tarhan selbst war nicht zum Prozess erschienen und entging somit einer weiteren Inhaftierung. Vollständiger Artikel: www.graswurzel.net/news/tarhan7.shtml

Droht ein Atomkrieg?

Seit Nordkorea einen Atomtest duchgeführt hat, hört man allerorten, daß es in der Region zu einem neuen atomaren Wettrüsten kommen könne. Die „Weltgemeinschaft" verurteilt das Vorgehen Nordkoreas und droht mal mehr, mal weniger offen mit Krieg als letzter Konsequenz. Die USA arbeiten schon seit Jahren an kleinen, „lokal" einsetzbaren Atomwaffen, und die Nationalisten in Japan versuchen, den Anti-Atomwaffen-Konsens in ihrem Land aufzuweichen.
Eines ist klar. Je mehr Staaten über die Atombombe verfügen, desto größer die Gefahr, daß sie im Falle eines Krieges auch eingesetzt wird. Allerdings sind weder die europäischen Mächte noch die USA oder China (um nur mal drei Atommächte zu nennen) besonders glaubwürdige VertreterInnen einer Anti-Atomwaffen-Lobby. Vielmehr scheint uns die Aufgabe zuzufallen, ein Klima zu schaffen, daß es „unseren" Regierungen unmöglich macht, Krieg, egal ob konventionell, chemisch, biologisch oder atomar, als durchführbare Option zu begreifen.
Es gibt viel zu tun – fangen wir an!
(ADL)

¡La Otra va!

Mexiko. Trotz Repression, Korruption, Desinformation und interner Schwierigkeiten: Die linke Basisorganisierung geht weiter

Seit gut einem Jahr arbeitet die von der Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) in ihrer Sechsten Deklaration aus dem Lakandonischen Urwald angeregte antikapitalistische „Andere Kampagne". Die in Abgrenzung zu den Wahlkampagnen der politischen Parteien so bezeichnete Mobilisierung hat sich nichts geringeres zum Ziel gesetzt, als in einem mehrjährigen Prozess das gesamte Land auf den Kopf zu stellen.

Eine andere Form des Politikmachens

Ohne die „moralische Autorität" der EZLN, die u.a. in den partiellen emanzipatorischen Fortschritten für ihre soziale Basis im südlichen Chiapas und ihrer immer wiederholten öffentlichen Selbstkritik begründet liegen, wäre ein Bündnis wie die „Otra Campaña" unrealisierbar. Keiner anderen linken Organisation in Mexiko wäre es möglich gewesen, so viele Gruppen in einer Allianz zu versammeln.

„La Otra Campaña" soll zu einer außerparlamentarischen Massenbewegung „von unten und für unten" (EZLN) wachsen, die die marginalisierten Bevölkerungsgruppen in Mexiko zusammenbringt, um schließlich eine neue Verfassung für Mexiko zu erarbeiten und durchzusetzen. Die Übernahme der Staatsmacht wird strikt abgelehnt. Es geht den AktivistInnen um eine andere Form des Politikmachens. Bisher wird die „Otra", wie sie von den AktivistInnen kurz bezeichnet wird, von über 1.000 Organisationen, Gruppen und Kollektiven getragen. Unter den TeilnehmerInnen finden sich kleine unabhängige Gewerkschaften, Frauengruppen, UmweltaktivistInnen, indigene Gemeinden und Organisationen, Sex-ArbeiterInnen, LehrerInnen, StudentInnen, DozentInnen, AktivistInnen alternativer Medien, KünstlerInnen, (jugendliche) Subkulturen, KommunistInnen, SozialistInnen, AnarchistInnen, ArbeiterInnen aus Stadt und Land. Auch Stadtteile, Familien und Einzelpersonen – Menschen ohne „klassische" politische Organisationsstruktur – sind Teil der Bewegung, was eine echte Bereicherung der Bewegung darstellt.

Durch autonome Organisierung, Streiks, Protest- und Blockadeaktionen, unabhängige Informations- und Kulturarbeit, Schaffung von Freiräumen, gegenseitige Unterstützung bei Repression und weitere Aktivitäten sollen die Herrschenden in die Knie gezwungen und ein funktionierender Ablauf der kapitalistischen, sexistischen und rassistischen Ordnung von oben unmöglich gemacht werden.



Parteien – nein danke!

Die etablierte politische Klasse des Landes, auch der von den Massenmedien als „links" bezeichnete Präsidentschaftskandidat Andres Manuel López Obrador und seine Partei der Demokratischen Revolution (PRD), die die benachteiligte Bevölkerung mit sozialdemokratischer Rhetorik gezielt in die Irre führen, ist explizit ausgeladen, an der Kampagne teilzunehmen. Auch wenn die PRD von der „Otra" massiv kritisiert wird, da sie das neoliberale Projekt weiterführt und für Korruption und Repression verantwortlich ist, gesteht die EZLN ein, dass López Obrador durch einen staatlichen Wahlbetrug um seinen Sieg bei den Wahlen vom 2. Juli 2006 gebracht wurde. „Gesetzte" Linke und Journalisten, darunter auch einige, die sich als Marxisten empfinden, hatten der EZLN wiederholt vorgeworfen, für die Wahlniederlage von López Obrador mitverantwortlich zu sein und so der nationalen Linken geschadet und der Rechten unter dem zukünftigen Präsident Felipe Calderón von der rechtskonservativ-neoliberalen Partei der Nationalen Aktion PAN in die Hände gearbeitet zu haben. Diese Anschuldigung ist nicht nur analytisch, sondern auch faktisch falsch, da die „Otra" immer betont hatte, es stehe allen frei, zu wählen oder nicht – auch den eigenen UnterstützerInnen; die AktivistInnen hatten allerdings zurecht betont, dass sich durch einen Wahlsieg der PRD nichts substantiell ändern würde, sondern dass es ihnen um gesellschaftliche Selbstorganisierung gehe.

Probleme und Lösungsansätze

Doch auch wenn innerhalb der „Otra" eher nach Gemeinsamkeiten als nach Spaltungsgründen gesucht wird, herrscht innerhalb der Kampagne keineswegs immer nur „eitel Sonnenschein". Dies hat verschiedene Gründe: Neben in der Linken leider nur zu gut bekannten Problemen wie Sektiererei, Eitelkeiten, Dominanzgehabe, Machismus, heuchlerischen Versprechungen, Bestechungen und Intrigen von „Partei-Agenten" gibt es reale organisatorische Schwierigkeiten: Die „Andere Kampagne" hat den Anspruch, dass niemand ausgeschlossen wird. Es geht den AktivstInnen nicht um Mehrheitsentscheidung und Kaderbildung. Nach über einem Jahr Aufbauarbeit steht so noch immer die Frage im Raum, wie in Zukunft auf gerechte, d.h. basisdemokratische und gleichzeitig effektive Weise (alle sollen erreicht werden) Entscheidungen getroffen werden können. Hier wird zur Zeit eine starke Nutzung alternativer Medien diskutiert (vor allem via Internet), was jedoch vor allem für ländlich-indigene Gebiete ein Problem werden könnte. In den kommenden Monaten soll eine interne Befragung durchgeführt werden, um sich 2007 eine klare landesweite Organisationsstruktur zu geben.

Ein weiteres Problem ist, dass es wegen der 71jährigen Herrschaft der Institutionellen Revolutionären Partei PRI eine dominante politische Kultur zu durchbrechen gilt, die nahezu alle Gesellschaftsbereiche geprägt hat: Es wurde immer nach oben geschaut. Immer gab es „oben" einen Zuständigen – für Beschwerden oder Almosen. So kommt es auch bei der Delegationsreise der „Otra", die seit Januar 2006 unterwegs ist und an der auch EZLN-Sprecher Subcomandante Marcos teilnimmt, hin und wieder dazu, dass die EZLN oder gar Marcos gebeten wird, die lokalen Probleme zu „regeln". Die Kampagne, die sich derzeit in den nördlichen Bundesstaaten aufhält, um den dortigen AktivistInnen der „Otra" zuzuhören und weitere Menschen zur Teilnahme einzuladen, betont jedoch stets, dass die Zapatistas keinerlei Führungsanspruch erheben, sondern dass es darum geht, „dass die Menschen auf sich selbst vertrauen".

Aktuell fordern die AktivistInnen weiterhin die Freilassung aller politischen Gefangenen und solidarisieren sich mit dem Aufstand der Bevölkerung im Bundesstaat Oaxaca.

Die weitere Zukunft dieses historischen sozialen Experiments hängt vor allem davon ab, wie engagiert sich die bisherigen AktivistInnen einbringen, wie viele neue AktivistInnen gewonnen werden können, wie krass die Repression bzw. Bestechung sein wird, wie heftig die Desinformation der Medien ist, wie stark die parteipolitische „Linke" die Bewegung manipulieren bzw. kaufen kann und wie stark die internationale Unterstützung – vor allem im Kontext der Repression – sein wird.



http://chiapas.indymedia.org

Paris, 14.10.2006: Solidaritätsbekundung der CNT vor der mexikanischen Botschaft

Die AktivistInnen sagen, dass die Selbstorganisation eine große – aber lohnende – Anstrengung ist. Ihr Slogan: „La Otra va!" (dt.: „Die Andere läuft!")

Luz Kerkeling, Gruppe B.A.S.T.A.

Dreckige Wäsche waschen

Streik in Großwäscherei – Pariser Luxushotels mussten umdisponieren

Im Oktober gab es bei der Firma Modeluxe in Chily-Mazarin bei Paris einen einwöchigen, spontanen Streik. Bemerkenswert ist er vor allem deshalb, weil so genannte „legale" und „illegale" ArbeiterInnen gemeinsam kämpften.

Hintergrund

In der Großwäscherei Modeluxe bei Paris arbeiten ca. 160 Menschen. Sie erhalten den gesetzlichen Mindestlohn von 1.250 Euro brutto. Im Jahr 2004 waren fast 25% aller ArbeiterInnen „Sans Papiers", also Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung. Ähnlich wie in der BRD dürfen diese Menschen in Frankreich nicht arbeiten. Dies hielt die Firma, die vom „illegalen Status" zu jeder Zeit in Kenntnis war, allerdings nicht davon ab, die KollegInnen zu beschäftigen. Allerdings müssen diese „Illegalen"[1] zu noch schlechteren Bedingungen arbeiten als die „Legalen."[2] Während die „Legalen" für ihren Mindestlohn eine Fünftagewoche fahren und eine kleine Kaffeepause machen dürfen, müssen die „Sans Papiers" an sechs Tagen in der Woche arbeiten. Pausen sind nicht erlaubt und der Gang zum Klo wird überwacht. Abmahnungen, weil man zu lange auf dem WC war, sind keine Seltenheit.

2004 versuchte die Polizei eine Razzia im Betrieb durchzuführen[3], um sogenannter Illegaler habhaft zu werden. Aufgrund des Einschreitens der lokalen Organisation des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes CGT konnte diese jedoch frühzeitig unterbrochen werden. In der Folge sicherte die Firmenleitung zu, sich bei der Präfektur für die Legalisierung der ArbeiterInnen „ohne Papiere" einzusetzen. Die ArbeiterInnen wiederum erklärten sich bereit, alle der Firma anfallenden Kosten zu erstatten. Modeluxe übermittelte kurz darauf knapp 40 Namen an die Präfektur. Spätestens zu diesem Zeitpunkt (2004) wissen alle Beteiligten[4] über die genaue Anzahl und den Status der „Sans Papiers" in der Großwäscherei Bescheid.

Das Ende der „Ruhe"

Bis Anfang dieses Jahres war dann erst einmal „Ruhe", d.h. es passierte nichts. Weder unternahm die Präfektur irgendetwas in Richtung Legalisierung noch unterband sie die Arbeit der „Sans Papiers" bei Modeluxe. Im Frühjahr begann die Firmenleitung, neue Leute einzustellen. Diese wurden ausschließlich in der Schicht eingesetzt, in der die Illegalisierten arbeiten, und die KollegInnen „ohne Papiere" sollten die neuen ArbeiterInnen anlernen. „Sunlight", der britische Eigentümer von Modeluxe, möchte die Großwäscherei gerne verkaufen. Dem potentiellen Käufer sollen mögliche Schwierigkeiten, die sich durch die Beschäftigung der „Sans Papiers" ergeben könnten, erspart bleiben. Von den mittlerweile nur noch knapp 20 Illegalisierten sollen laut Präfektur vier (!) legalisiert werden. Diese vier Personen wurden durch die Firmenleitung ausgesucht. Es handelt sich dabei um ArbeiterInnen, die über ein Spezialwissen verfügen und nicht auf die Schnelle durch angelernte ArbeiterInnen ersetzt werden können.

Die Situation eskaliert

Im September wurden dann einige ArbeiterInnen unter verschiedenen Vorwänden fristlos gekündigt. Ein Grund ist unter anderem die Vorlage unvollständiger oder gefälschter Papiere bei Vertragsschluss.

Die ArbeiterInnen reagierten darauf mit einem Streik. An dem Streik haben bis auf einzelne fast alle Männer und Frauen der 160 Köpfe starken Belegschaft teilgenommen. Unterstützung bekamen sie dabei auch von aussen, unter anderem durch die Bewegung der „Sans Papiers"[5], der Arbeitslosenbewegung (AC) und der schon erwähnten lokalen Organisation des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes CGT. Nach einer Woche konnte die Firmenleitung einen Polizeieinsatz auf ihrem Gelände durchsetzen. Die CGT hat die 22 „Sans Papiers" seitdem versteckt, um sie so vor einer drohenden Abschiebung zu schützen. Der Rest der Belegschaft beschloss auf einer Vollversammlung, den Streik vorerst einzustellen. Die KollegInnen konnten in Verhandlungen mit der Firmenleitung durchsetzen, dass drei der fünf Streiktage regulär bezahlt werden.[6]



http://bellaciao.org

Die ArbeiterInnen fordern ...

... trotz vorübergehender Einstellung des Streiks weiterhin die Legalisierung sämtlicher 22 im Betrieb verbliebenen KollegInnen „ohne Papiere". Außerdem fordern sie die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, die Einführung und Stellung von Arbeitskleidung sowie die Bezahlung von Überstunden und die Erhöhung der Löhne.

Nik Topark

[1] Kein Mensch ist illegal, höchstens ohne gültige Papiere. Diese werden ihnen aber vom Staat vorenthalten, und sie selbst werden illegalisiert und unter Sonderrecht gestellt. Menschen ohne Papiere nennen sich „Sans Papiers"

[2] Ein großer Teil der KollegInnen sind MigrantInnen. Die größte Gruppe der MigrantInnen stammt aus Mali.

[3] Ganz wie in Deutschland, wo zum Beispiel die Baugewerkschaft des DGB zusammen mit der Polizei Razzien auf Baustellen durchführt.

[4] Gewerkschaft, KollegInnen, Firma, Präfektur (d.h. also auch die „Ausländerbehörde", Polizei ...)

[5] Die Bewegung der Sans Papiers setzt sich seit Jahren für die uneingeschränkte Legalisierung aller MigrantInnen in Frankreich ein und wird von den „Sans Papiers" selbst getragen

[6] In Frankreich gibt es kein Streikgeld, darum ist es für kämpfende ArbeiterInnen immer wichtig, diesen Punkt ganz oder teilweise gegen die Bosse durchzusetzen.

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Kanada: Unionizing McJobs

Als vor eineinhalb Jahren einem Einwanderer ohne Papiere in einer Pizzeria des Quartier Latin in Montreal von einem Manager der Lohn für Trainingsstunden verweigert wurde, erschien er kurz darauf mit 40 UnterstützterInnen für sein Geld und seine Würde. Binnen Sekunden bekam er beides. Der verdutzte Manager hatte es mit dem Workers Solidarity Network (WSN) zu tun bekommen, einer Gruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, nicht gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen zu unterstützen. Aktuell hat das WSN eine Kampagne für die erste räumlich organisierte Gewerkschaft in der Restaurant-Meile von St. Denis gestartet. „In einem Restaurant mit lediglich vier Beschäftigten ist es schwierig zu streiken oder sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Idee besteht deshalb darin, ArbeiterInnensolidarität auf einer räumlichen Ebene zu organisieren, damit solche ArbeiterInnen Hilfe von KollegInnen anderer Betriebe bekommen können." Das WSN hat St. Denis aufgrund seiner hohen Dichte von Gastronomie und solcher Läden gewählt, wo es wenig Einarbeitung braucht und deshalb ein extrem hoher Anteil prekärer Arbeitsbedingungen anzutreffen ist.

China: Randale statt Plastic Toys

Am 22. Juli begann ein Aufstand in der Hengli-Fabrik in Dongguan (Guangdong-Provinz). Im Werk Hengli der Merton-Gruppe wird Plastikspielzeug für McDonalds, Disney, Mattel, Warner und DC Comics hergestellt. Zunächst begannen Arbeiterinnen in den zur Fabrik gehörenden Schlafquartieren gegen niedrige Löhne, schlechte Lebensbedingungen und die Verweigerung von freien Tagen zu protestieren. Innerhalb kurzer Zeit weitete sich dieser Protest zu einem Aufstand aus, der sich bis zum nächsten Tag hinzog und an dem sich mehr als 1.000 Arbeiterinnen beteiligten. Die Firmenleitung benötigte schließlich mehr als 100 reguläre Polizisten, zusätzlich zu Aufstandsbekämpfungseinheiten und Security der Firma, um den Aufstand unter Kontrolle zu bringen. Dabei gab es eine große Zahl an Verletzten, und mehrere Dutzend Arbeiterinnen wurden inhaftiert. Die Firmenleitung bestätigte lediglich, dass es einen „Vorfall" gegeben habe, weigerte sich aber, irgendwelche näheren Informationen herauszugeben. Nach Angaben von „China Labor Watch" (CLW) betragen die Arbeitszeiten in der Fabrik elf Stunden pro Schicht an sechs Tagen die Woche. Darüber hinaus werden bis zu 70 Überstunden pro Monat gefordert. Für Feiertage, Urlaub, Krankheitstage gibt es laut CLW keinen Lohn, rund ein Drittel des Monatslohns von US$75 bis US$100 zieht die Firma für Essen und Unterbringung ab.

Iran: Streiks bei Khodro Diesel

Im September kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen bei Khodro Diesel. Die Firma baut hauptsächlich Busse für den iranischen Binnenmarkt. Begonnen hatte der Ausstand damit, dass die Firmenleitung Lohnsenkungen um 300.000 bis 400.000 Rial verkündete. Dies entspricht in etwa einem Wochenlohn. Daraufhin zogen rund 7.000 Arbeiter zum lokalen Büro des Islamischen Rates für Arbeit und verlangten Aufklärung und eine Rücknahme der Maßnahme. Dabei soll u.a. ein Bus abgefackelt worden sein. Offiziellen des Rates gelang es zunächst, die Arbeiter zu beschwichtigen. Als die Firmenleitung am nächsten Tag einer größeren Anzahl Arbeiter mitteilte, dass sie ab sofort lediglich Monatsverträge erhalten würden und sich am nächsten Tag zur Vertragsunterzeichnung einzufinden hätten, traten große Teile der Belegschaft in den Streik. Das Werk wurde daraufhin durch Security abgeriegelt. Eine Gruppe von Arbeitern ist inzwischen in einen Hungerstreik getreten.

USA: Erfolg nach zwei wilden Streiks

Teilerfolg für die Müll- und Recycling-Arbeiter in Raleigh. Nach zwei wilden Streiks hat der Stadtrat die Verträge von zehn der 31 Zeitarbeiter in feste Verträge umgewandelt. Von den 31 Zeitarbeitern sind 19 mehr als sechs Monate, teilweise schon drei Jahre ohne Festanstellung bei der Gemeinde beschäftigt. Das Fass zum Überlaufen brachte eine Entscheidung des Stadtrates in diesem Sommer: Sechs Arbeiter wurden entlassen und gleichzeitig die Müllquote erhöht. Die Stadtreinigung sollte also mit weniger Leuten mehr arbeiten. Statt Überstunden auszubezahlen, sollten diese abgefeiert werden, was die städtische Verwaltung aber mehrfach verweigerte. Zwei wilde Streiks am 13. und 14. September und die Begleitung einer Sitzung des Stadtrates mit Müllfahrzeugen zwangen schließlich die GemeindevertreterInnen an den Verhandlungstisch. Die Umwandlung eines Teils der Zeitverträge in Festanstellungen sehen die Arbeiter nur als ersten Schritt. Sie wollen nicht eher Ruhe geben, bis zumindest alle Beschäftigten, die mehr als sechs Monate beschäftigt sind, feste Verträge erhalten haben und die Überstunden ausbezahlt werden.

An alle Sektionen der IAA

Liebe Freunde!
Wir informieren Euch darüber, daß Olga Smirnova, Mitglied der KRAS-IAA in St.Petersburg, von ihrem Boss gefeuert wurde, weil sie in der wichtigen, Kriegsgeräte produzierenden Fabrik „Arsenal" anarchosyndikalistische Agitation unter den ArbeiterInnen betrieben hat. Außerdem hat sie nun Probleme mit der russischen Staatsicherheit, da sie in einem für das Militär wichtigen Betrieb agitiert hatte. Ich möchte deutlich erklären, daß wir hier unter einer Diktatur der Mafia und der Geheimpolizei (ehemals KGB) leben. Diese Diktatur ermordet unabhängige JournalistInnen (wie zum Beispiel Anna Politkovskaya) und ArbeiterAktivistInnen.
Olga Smirnova bekam auch ein schlechtes „Arbeitzeugnis" von ihrem Boss in ihr „Arbeitsbuch" eingetragen. Das alles zusammen macht es ihr sehr schwer, eine neue Arbeit zu finden. Sie ist Mutter von zwei Kindern und braucht Hilfe. Darum möchten wir alle Mitglieder der Sektionen der IAA auffordern, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Geld für Olga Smirnova zu sammeln.

Internat. Sekretariat der IAA Russland,
Michael Magid

Spenden bitte auf das Konto der
FAU-IAA
Konto 96152201
Postbank Hamburg (BLZ 20010020)
STICHWORT: Olga Smirnova

Putz für Mindestlohn

Am 10. Oktober brannten in Bangladesh Fabriken, Banken und Supermärkte bei Demonstrationen wütender TextilarbeiterInnen

Nach der Streikwelle und den Auseinandersetzungen im Mai und Juni 2006 in Bangladesh (siehe Direkte Aktion 177) ist es im Oktober in verschiedenen Teilen des Landes erneut zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ArbeiterInnen auf der einen, Werkschutz und Polizei auf der anderen Seite gekommen. Dabei wurden alleine am 10. Oktober sieben Textilfabriken durch Brände schwer beschädigt. Die Bosse sprechen darüber hinaus davon, dass es in weiteren 100 Fabriken zu „großflächigem Vandalismus" gekommen sei. Mehr als 100 Polizisten sollen in Kämpfen mit wütenden ArbeiterInnen verletzt worden sein.



Mindestlohn

Hintergrund der Proteste war die Forderung vieler ArbeiterInnen nach einem Mindestlohn. Die Streiks Mitte des Jahres führten dazu, dass Gewerkschaften und Kapitalisten zunächst in Verhandlungen eintraten. Nachdem diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, fanden am 10. Oktober Demonstrationen für einen Mindestlohn von 36 Euro pro Monat statt. Die Demonstrationen richteten sich nicht nur gegen die Bosse, sondern auch gegen korrupte Gewerkschaftsführer. Überhaupt scheinen sich die Aktionen der Kontrolle der Gewerkschaften zu entziehen. In mindestens einem Fall jedoch wurde der Angriff auf eine der Fabriken dadurch ausgelöst, dass ein Gewerkschaftsfunktionär einer der Basisgewerkschaften in der Textilindustrie verhaftet worden war.

Angry Pickets

Gegen 9 Uhr strömten tausende ArbeiterInnen aus den Fabriken und formierten sich zu einer Demonstration, die zu den noch nicht bestreikten Werken führte. Diese wurde ebenfalls dicht gemacht. Anschließend löste sich die Demo in kleinere Gruppen auf, die damit begannen, einige Fabriken und Geschäfte zu plündern. Barrikaden aus brennenden Autos wurden errichtet, und in den meisten Fällen mussten die Polizisten und der Werkschutz hilflos zusehen, wie das Eigentum ihrer Bosse geplündert wurde oder in Flammen aufging. Die Polizei beschränkte sich schließlich darauf, dafür zu sorgen, dass die Auseinandersetzungen nicht auf andere Stadtteile übergriffen. Erst in den Mittagsstunden gelang es Aufstandsbekämpfungseinheiten und Paramilitärs, die Lage wieder unter Kontrolle zu bekommen.

In Uttara, einem nördlichen Vorort der Hauptstadt Dhaka, besetzten tausende von ArbeiterInnen die Zufahrtsstraße zum Flughafen und lieferten sich eine stundenlange Straßenschlacht mit der Polizei um die Kontrolle des Zugangs zum Flughafen. Dabei wurden mindestens 50 ArbeiterInnen durch Gummigeschosse verletzt, und einige Dutzend Autos sowie Banken und Supermärkte wurden ein Raub der Flammen.

Zu weiteren Auseinandersetzungen kam es in Narayanganj, einem Ort in der Nähe der Hauptstadt. In Savar, 20 km westlich von Dhaka, griffen die ArbeiterInnen 25 Textilfabriken an. Nachdem ein Gewerkschaftsführer von der Polizei verhaftet wurde, zerlegten ArbeiterInnen drei Fabriken und blockierten stundenlang die Autobahn von Aricha nach Dhaka. Auch dabei wurde etliche Fahrzeuge in Barrikaden verwandelt und angezündet, darunter auch ein Mannschaftstransporter der Polizei.

Ratlose Bosse

Nach der deutlichen Warnung des 10. Oktober ist das Textilkapital, das im BGMEA-Unternehmerverband organisiert ist, ratlos. In einem ersten Reflex verlangten sie von der Regierung die Inhaftierung mehrerer Gewerkschafter. Diesen werfen sie vor, „von ausländischen Mächten" finanziert zu sein. Gemeint ist mit diesem kläglichen Versuch, von der eigenen Verantwortung abzulenken, wohl der Konkurrent Indien. Gleichzeitig drohte der Pressesprecher der BGMEA damit, dass „wenn die Regierung keine Maßnahmen ergreift, wir unsere Fabriken auf unbestimmte Zeit schließen könnten". Dies hatten bereits mehrere Firmenbesitzer in den vorangegangenen Monaten versucht, um die ArbeiterInnen auszuhungern und sie



zu schlechteren Bedingungen zu erpressen. Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels ist die Situation nach wie vor völlig offen.

robot

USA: Neue „Welt"-ordnung

Präsident Bush erklärt den gesamten Weltraum zum Interessengebiet der USA. Folgerichtig erklärt die Regierung auch, daß sie weder internationalen Bestimmungen noch Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle zustimmen werden, welche ggf. den Zugang oder die Aktivitäten der USA im Weltraum einschränken könnten. Es scheint ganz so, daß Reagans „Star Wars"-Phantasien nun konsequent umgesetzt werden sollen.
(N. Evart)

AnarchistInnen gründen freie Schule

In Modena (Norditalien) hat vom 14.-16. Juli 2006 das erste Treffen des Netzwerks italienischer libertär-anarchistischer StudentInnen (Rete studentesca libertaria-anarchica) für eine neue und freie Schule stattgefunden. Sie wollen ein neues Periodicum namens „Avanzi" herausbringen. Auch eine Internetseite soll online gehen.
Kontakt: rete-studentesca@inventati.org oder Tel. 329 185 79 90 (Jonas) (LibertarianPressAgency [LPA])

EU: HausbesetzerInnen „verhindern" Ministertreffen

Das ursprünglich für den 16./17. Oktober geplante informelle Ministertreffen (Wohnungsbau!) in Barcelona wurde durch die spanische Regierung in Madrid auf Anraten der Polizei verschoben. Diese fürchtet das momentan sehr angespannte Klima in Barcelona. Am 1. November finden Regionalwahlen statt, und erst Anfang Oktober gab es große Proteste der Hausbesetzerszene gegen ein Bauvorhaben in der Altstadt. Angeblich habe man „keine Angst vor den Randalierern", aber man wolle den HausbesetzerInnen auch nicht zu einer „Publizität verhelfen, die sie nicht verdienen".
(AND)

Arbeitsschutz ganz praktisch

2005 starben in China offiziellen Angaben zufolge knapp 5000 Bergleute bei Grubenunglücken. Nun plant die Regierung die Schließung von fast eben so vielen Zechen. Ziel: eine signifikante Reduzierung der Un- und Todesfälle.
(N. Inukab)



Libertäres von der Buchmesse

Nachdem in den letzten Jahren wegen der enormen Preissteigerungen immer weniger libertäre und linksorientierte Verlage auf der Frankfurter Buchmesse zu finden waren, hat es nun auf der diesjährigen Buchmesse funktioniert, alle libertären und linken Verlage in einem großen Stand zu vereinigen, ohne die Identität der einzelnen Verlage untergehen zu lassen. Die Verlage von Alive, Unrast, Assoziation A, Edition AV, Graswurzelrevolution, Karin Kramer, Edition 8 und Seismo haben sich als Assoziation Linker Verlage präsentiert, um so überhaupt noch vom Messepublikum wahrgenommen zu werden. Auch wenn sich bei einem Eintrittspreis von 65 Euro für die Dauerkarte, 32 Euro für die Tageskarte/Fachbesucher und neun Euro für die normale Tageskarte nicht jeder den Messebesuch leisten konnte, so konnte doch das erste Ziel: „Es gibt noch eine linke Gegenöffentlichkeit" vermittelt werden. Viele Neuerscheinungen gab es auch zur Buchmesse zu präsentieren: z.B. *„Ja, ich kämpfte. Von ‚Luftmenschen', Kindern des Schtetls und der Revolution."* Ein Buch mit Biographien radikaler Jüdinnen und Juden, u.a. von Milly Witkop-Rocker, Jack Bilbo und Carl Einstein. Von Werner Portmann und Siegbert Wolf bei Unrast (ISBN 3-89771-452-3). Assoziation A hat mit *„Odessa. Die wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher"* vom argentinischen Historiker Uki Goni die bislang wichtigste Veröffentlichung über die Fluchthilfe von NS-Verbrechern herausgegeben. Das Buch zeichnet nach, auf welchen Fluchtrouten und mit welcher Hilfe es den Nazis gelang, nach Süd- und Lateinamerika zu entkommen. Untermauert hat Goni die Recherche mit 200 Zeitzeugeninterviews.(ISBN 3-935936-40-0). Viele DA-LeserInnen kennen Ralf Dreis (FAU FFM) als Berichterstatter aus Griechenland. Nun hat Ralf Dreis seinen ersten Roman übersetzt. In Deutschland fast unbekannt, kennt in Griechenland fast jeder Lily Zográfou. Ihr Buch *„Beruf: Porni [Hure]"* mit Kurzgeschichten über die griechische Militärdiktatur hat in Griechenland schon die 40ste Auflage erreicht. In Zográfous Büchern geht es auch immer um den Kampf der Frauen für Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit. Erschienen bei Verlag Edition AV (ISBN 3-936049-71-8). Mehr Neuheiten, die auf der Buchmesse von Assoziation Linker Verlage präsentiert wurden, unter: www.gegenbuchmasse.de

Ein Denkmal für Louis Lingg (1)

„Die Bombe" — Frank Harris' Klassiker über die Haymarket-Affäre wiedergelesen

Mein Name ist Rudolf Schnaubelt. Ich warf die Bombe, die im Jahre 1886 in Chicago acht Polizisten getötet und sechzig verwundet hat. Jetzt liege ich hier in Reichholz in Bayern unter falschem Namen, todkrank an Schwindsucht, und habe endlich den Frieden gefunden."

Sollte ich einmal in die Verlegenheit kommen, eine Liste der besten Romananfänge zu erstellen, würde der eben zitierte von Frank Harris' „Die Bombe" sicherlich darauf stehen. Geradezu lakonisch wird in der Romanfiktion ein Geheimnis gelüftet, das in der historischen Realität bis heute besteht und Schriftsteller und Historiker nach wie vor beschäftigt: Nämlich das der Identität des Bombenwerfers auf dem Chicagoer Haymarket am 4. Mai 1886, dessen Tat zu einer riesigen Repressionswelle gegen die örtliche Arbeiterbewegung führte und einen spektakulären Schauprozess gegen acht anarchistische Arbeiterführer nach sich zog, der weltweites Aufsehen erregte.

Der Anarchist als Erzähler

Genau genommen „löst" Harris noch ein zweites historisches Rätsel, nämlich das nach dem Verbleib von Rudolf Schnaubelt. Denn die Pointe seiner Romankonstruktion besteht gerade darin, keinen fiktiven Charakter als Täter zu identifizieren, sondern eine, wenn auch marginale, historische Person. Rudolf Schnaubelt war ein böhmischstämmiger Anarchist, der seinerzeit zu den Hauptverdächtigen zählte, unter Anklage gestellt wurde und nur deshalb nicht das Schicksal seiner acht Genossen, der Haymarket-Märtyrer, teilte, weil er vor seiner Verhaftung aus Chicago floh und auf Nimmerwiedersehen verschwand. Zumindest war 1908, dem Jahr, in dem Harris' Roman erschien, nichts über seinen weiteren Verbleib bekannt.

Und noch in einer anderen Hinsicht ist Harris' Roman bemerkenswert: Er erzählt aus der Ich-Perspektive, d.h. der Sicht eines Anarchisten, der sich selbst als Bombenwerfer outet, was auf Seiten des Lesers Sympathie und Verständnis, wenn nicht gar eine Identifikation mit dem Täter und den Motiven seiner Tat nahelegt. Somit unterscheidet sich Harris schon im Ansatz von der von antianarchistischen Klischees wimmelnden Literatur seiner Zeitgenossen (genannt seien nur, wegen ihrer unmittelbaren zeitlichen Nachbarschaft zu Harris, Joseph Conrads „Der Geheimagent" von 1907 sowie Gilbert Chestertons „Der Mann, der Donnerstag war" von 1908).

Wenn Harris im Vor- und Nachwort zu den amerikanischen Ausgaben seines Buches ausdrücklich auf seine Faktentreue verweist, so ist diese Aussage dennoch mit Vorsicht zu genießen. Sein Roman ist nicht im eigentlichen Sinne ein dokumentarischer, dem es darauf ankäme, durch eine möglichst plausible Hypothese über den tatsächlichen Tathergang eine historische Leerstelle zu füllen. Der Tat und ihrer Umstände wird tatsächlich wenig Beachtung geschenkt. Vielmehr kommt es Harris auf die psychologische Motivation an: Wie wird jemand, der keine Neigung zur Gewalt oder zum Fanatismus hat, der in seinem Denken und Handeln sogar eher gemäßigt ist, zum Bombenwerfer?

Wahre und erfundene Lebensläufe

Harris' Roman rekapituliert im ersten Kapitel kurz die Lebensgeschichte des Rudolf Schnaubelt. In Bayern, in einem Dorf in der Nähe von München geboren, entstammt er einer bürgerlich-protestantischen Familie, besucht das Gymnasium, lernt Latein und Griechisch und entdeckt mit Heinrich Heine seine Liebe zur Literatur und zur Freigeisterei. Um dem ungeliebten Vater, der provinziellen Enge seiner Heimat und dem drohenden Militärdienst zu entkommen, emigriert er nach der Schulzeit in die USA. In New York angekommen, ist er zunächst gezwungen, ganz unten anzufangen und sich als Handlanger im Straßenbau bzw. bei der lebensgefährlichen Unterwasserarbeit an der Brooklynbridge zu verdingen, was er als „gebildeter Mensch" als unverdienten Abstieg empfindet. Immerhin schafft er nach einiger Zeit mit Artikeln über seine Erlebnisse in der Arbeitswelt, die in der deutsch-amerikanischen Sozialistenpresse erscheinen, den Einstieg in seinen Wunschberuf des Journalisten. In der Hoffnung auf bessere Verdienstmöglichkeiten zieht er schließlich nach Chicago weiter, dem Zentrum der deutschen Emigration in den USA.

Tatsächlich ist dieser Lebenslauf reine Erfindung – gezwungenermaßen, da zu Harris' Zeit über den historischen Schnaubelt nichts bekannt war. Auch heute beschränkt sich das Wissen auf einige spärliche Fakten: Schnaubelt wurde 1863 in Böhmen geboren, lebte in Wien, wo er mit anarchistischen Kreisen in Berührung kam, emigrierte 1884 nach Chicago und arbeitete dort als Mechaniker. Er gehörte zu einem ganzen anarchistischen Familienclan. Mehrere Brüder und Schwestern waren ebenfalls in der Bewegung aktiv. Überdies war er mit Michael Schwab verschwägert, einem der späteren Haymarket-Angeklagten.

Während der Roman-Schnaubelt also keinerlei Ähnlichkeit mit seinem historischen Vorbild hat, trägt er, was bei Ich-Erzählungen nicht selten ist, unverkennbar Züge des Verfassers. Harris, 1856 in Irland geboren, mit einem ähnlichen Herkunfts- und Bildungshintergrund ausgestattet wie sein Romanheld, kam als jugendlicher Ausreißer in den frühen 1870er Jahren in die USA. Einige von seinen Erfahrungen, wie die Arbeit an der New Yorker Brooklynbridge, fließen direkt in den Roman ein. Auch seine spätere Journalistenkarriere in England findet sich in seiner Romanfigur vorgezeichnet.

Konfliktzone Chicago

Kapitel 2 und 3 dienen zunächst der Situierung des Schauplatzes und porträtieren Chicago in den 1880er Jahren als eine von Klassengegensätzen sowie dem Konflikt zwischen amerikanischer Dominanzgesellschaft und europäischen Arbeitsmigranten zutiefst gespaltene Stadt. Im Mittelpunkt steht die rücksichtslose Vernutzung von Arbeitskraft, die sich in Ermangelung gesetzlicher Bestimmungen zum Arbeitsschutz oder Entschädigungsregelungen in extrem unfallträchtigen, unhygienischen oder gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen niederschlägt (entsprechende Schilderungen ziehen sich durch das Buch). Der Arbeiterwiderstand, der sich in politisch-gewerkschaftlicher, z. T. paramilitärischer Organisierung, Streiks und Demonstrationen äußert, wird mit exzessiver Polizeigewalt beantwortet. Eine Justiz, die diese Übergriffe deckt, und eine Presse, die einseitig zugunsten amerikanischer Kapitalinteressen Partei ergreift, vervollständigen das Bild einer immer weiter voranschreitenden Polarisierung.

Geschickt-beiläufig werden die Protagonisten der kommenden Haymarket-Affäre in die Handlung eingeführt: Spiess, Engel, Fischer, Persons, Lingg, Fielden und Schwab. Nur Oskar Neebe wird von Harris vergessen oder als unbedeutend unterschlagen. Und Michael Schwab, Buchbinder, Redakteur der Chicagoer „Arbeiter-Zeitung" und, wie erwähnt, Schwager des historischen Rudolf Schnaubelt, mutiert kurioserweise zu einem „deutschen Professor", einem „doktrinären Professor" gar. Eine handlungstragende Rolle spielt aber nur einer von ihnen: Louis Lingg.

Louis Lingg

Lingg ist unbestreitbar der Held des Buches. Bereits auf der ersten Seite erklärt der Ich-Erzähler zum eigentlichen Ziel seiner Lebensbeichte: „Ich muß die Geschichte des Mannes erzählen, der ganz Amerika bleiche Furcht einjagte, die Geschichte des, meiner Ansicht nach, größten Mannes aller Zeiten" – eben Lingg. Nach dieser sonderbar emphatischen Ankündigung lässt Harris 70 erwartungsvolle Seiten verstreichen, bevor er Lingg persönlich in die Handlung einführt. Schnaubelt wird bei einer Kundgebung auf einen Unbekannten aufmerksam: „Plötzlich begegneten sich unsere Augen. Es war, als ob ich einen elektrischen Schlag erhalten hätte. Der Blick war so durchdringend, so außergewöhnlich stark, dass ich mich unwillkürlich zusammennahm, um ihm standzuhalten" (S. 78).

Lingg wird als charismatische Figur geschildert, gleichermaßen ein Mann der Tat, sportlich und mit großer Körperkraft ausgestattet, wie ein Mann des Gedankens, klar und konsequent in seinen Ideen und der Art, sie anderen zu vermitteln. Harris' Charakterisierung Linggs als Persönlichkeit von großer Ausstrahlung auf andere scheint den historischen Tatsachen zu entsprechen. Lingg, 1864 in Mannheim oder Schwetzingen (die Angaben schwanken) geboren, zog nach Beendigung seiner Tischerlehre als Wandergeselle durch Süddeutschland und die Schweiz, wo er mit der Arbeiterbewegung und mit „Propagandisten der Tat" wie August Reinsdorf in Kontakt kam. Bereits als überzeugter Anarchist wanderte er im Sommer 1885 nach Amerika aus (was Harris aus dramaturgischen Gründen um einige Jahre vorverlegte), schloss sich in Chicago der Tischler- und Schreinergewerkschaft an und avancierte im beschäftigungsarmen Winter 1885/86 innerhalb kürzester Zeit zum Organisator seiner Gewerkschaft bzw. zu deren Delegierten in der „Central Labor Union", dem anarchistisch dominierten Chicagoer Gewerkschaftskartell.

Mehr noch: Ist Lingg vor den Haymarket-Ereignissen ein unbekannter deutscher Emigrant, der sich erst seit kurzem im Land befindet, lässt ihn sein Verhalten während und nach dem Prozess aus dem Schatten seiner bekannteren Genossen Parsons und Spiess hervortreten und zum Star unter den Angeklagten werden. Sowohl innerhalb der amerikanischen Öffentlichkeit, die ihn mit einer Mischung aus Abscheu und Faszination betrachtet, als auch für eine neue Anarchistengeneration, die ihn bewundert, wie Emma Goldman in ihren Memoiren bezeugt: „In unseren Augen war er von den acht Männern der herausragende Held. Sein unbeugsamer Geist, seine äußerste Verachtung, die er dem Gericht gegenüber gezeigt hatte, seine Willenskraft, mit der er seinen Feinden die Beute entriß, um durch eigene Hand zu sterben – alles an dem Zweiundzwanzigjährigen verlieh seiner Persönlichkeit Romantik und Schönheit. Er wurde das Leuchtfeuer unseres Lebens." (Gelebtes Leben, Bd. 1, S. 51).

So gelungen Harris' Darstellung von Lingg als Persönlichkeit mit „Führungsqualitäten" sein mag, so irrig sind die Ideen, die er ihm in mehreren langen Reden in den Mund legt und die sich als eigenwillige Mixtur von liberalem Individualismus, staatlichem Sozialreformertum und Harris' eigenen Gedanken zu einer „komplexen Zivilisation" präsentieren. Das passt nicht im Mindesten zu dem historischen Lingg, der sich in seinen wenigen Selbstzeugnissen als kompromissloser Klassenkampfanarchist zu erkennen gibt, der die Gewerkschaften als Mittel zu einem revolutionären Zweck betrachtet und auch gewaltsame Formen von sozialer Gegenwehr nicht verschmäht. Harris war sicherlich nicht gut beraten, ausgerechnet Lingg, der sich dafür am wenigsten eignete, zum Sprachrohr seiner eigenen, vage sozialistisch angehauchten, paternalistischen Anschauungen zu machen. Andererseits nimmt gerade das Gemäßigte seiner Äußerungen den Verdacht von Lingg, nur ein verantwortungsloser Fanatiker zu sein. Sein Entschluss, Polizeigewalt mit Dynamit, das zu dieser Zeit als „Waffe des kleinen Mannes" galt, zu beantworten, erscheint als nachvollziehbare, geradezu angemessene Reaktion.

Harris äußerte im Nachhinein Bedenken dagegen, Lingg „über alles menschliche Maß hinaus idealisiert zu haben" (Nachwort zur amerikanischen Ausgabe). Tatsächlich rückt Lingg manchmal bedenklich in die Nähe einer christusähnlichen Erlösergestalt, allerdings übersieht Harris, dass diese Glorifizierung im Rahmen seiner eigenen Konstruktion absolut notwendig und plausibel ist. Denn schließlich wird Lingg nicht „objektiv" dargestellt, sondern aus der Sicht des Ich-Erzählers Schnaubelt und dient damit zu dessen (Selbst-)Charakterisierung als jemand, der dem Charisma Linggs erliegt. Mit der Idealisierung Linggs steht und fällt die Motivation des Bombenwurfs und damit das Gerüst des ganzen Romans.

MH

Tierra y libertad!

Magonismus: Utopie und Praxis in der Mexikanischen Revolution 1910-1914

Mit der Übersetzung des Buches von Rubén Trejo liegt die erste umfassende Arbeit über die politische Arbeit der Liberalen Partei Mexikos (der PLM) für den Zeitraum der Revolution von 1910 bis 1913 in deutscher Übersetzung vor. Sie veranschaulicht an vielen Passagen anhand von Dokumenten die äußerst umtriebige Arbeit der Magonistas, die sich bereits um 1905 von liberalen Rebellen gegen die Porfirio Díaz-Diktatur zu anarchokommunistischen Revolutionären wandelten, die gegen jede neue Form der Herrschaft und Macht, auch die neue bürgerliche Demokratie im postrevolutionären Mexiko unter Francisco I. Madero, ankämpften.



Ricardo und Enrique Flores Magon während des Prozesses 1916 in Los Angeles

In der anarchistischen Bewegung hat die Wahl der Parteiform durch die mexikanischen Genossen/-innen viel Wirbel verursacht, ebenso ihre Zusammenarbeit mit dem „Genossen“ Zapata. Die PLM verwahrte sich gegen diese ehrlosen Anschuldigungen und konterte die französischen Kritiker: „Wir erinnern uns nicht, dass jemand von uns über Zapata geschrieben hätte, als wäre er ein „Genosse“, aber wir haben es gesagt und wir schämen uns dessen nicht, denn wenn Zapata den Bauern dazu aufruft, das Land den Händen der Monopolisten zu entreißen, und das ist es, was er tatsächlich zu tun hilft, empfinden wir für ihn ein festeres Kameradschaftsgefühl, als wir es für schwatzhafte Salonrevolutionäre empfinden“ (April 1912).

Eine anarchistische Partei?

Bereits 1910 hatte die PLM sein Motto von „Reform, Freiheit, Gerechtigkeit“ in das weltberühmte „¡Tierra y Libertad!“ („Land und Freiheit“) umgewandelt, das von den russischen bäuerlichen Sozialrevolutionären übernommen wurde und erst später zum Schlachtruf Emiliano Zapatas wurde.

Der PLM hatte – obwohl er keine Kaderorganisation sein wollte – mit seinem selbsternannten Organisations-Rat ein Koordinierungsgremium vorgestanden, das doch eher einem Zentralkomitee mit weitreichenden Kompetenzen entsprach. Da dieser Rat sich die meiste Zeit der bewaffneten Revolution gegen die Diktatur Díaz' und im Kampf gegen den neuen Präsidenten Madero in den USA aufhielt, dort sehr viel Zeit in Internierungshaft und Gefängnissen verbrachte, hat die Kommandostruktur der Rebellen-Armee der PLM nicht sonderlich funktioniert; auch die diversen Spitzel in den eigenen Reihen und viele Überläufer verhinderten letztlich einen historisch größeren Erfolg in der mexikanischen Geschichte und der libertären Bewegung ganz allgemein.

Die PLM machte unter der Führung von Ricardo Flores Magón und seinem engsten Kreis in der turbulenten Zeit aber auch andere schwerwiegende Fehler – ob allein die relative Ferne in Kalifornien ihre Fehlentscheidungen begründete, ist schwer zu beurteilen. In jedem Fall wäre eine andere Situation in Mexiko entstanden, wenn die PLM das Angebot Emiliano Zapatas angenommen und seine Kommandozentrale nach Morelos verlegt hätte. Vielleicht wäre es früher oder später auch so zum Bruch mit Zapata gekommen, der weder Kommunist, Sozialist noch Anarchist war, aber die Karten wären anders gemischt worden.

Anarchokommunistische Grundsätze

Ganz besonders herausstellen möchte ich, dass es das Verdienst der PLM um Flores Magón war, wegweisende Formulierungen für den libertären Anarcho-Kommunismus gefunden zu haben ... Die auch hier aufgekeimte Diskussion über eine ideologische Kombination von marxistischen und anarchistischen Versatzstücken zu einer neuen revolutionären Synthese findet in der Praxis der PLM vielleicht neue Nahrung. Eine verstaatlichte Gesellschaft mit staatlichem Eigentum an Produktionsmitteln war für Magón allerdings unvereinbar mit seinen libertären Vorstellungen. Die Inbesitznahme des Bodens und der Fabriken allein durch und für die Arbeiterklasse sowie deren kollektive Nutzung waren für ihn Grundvoraussetzung einer freien Gesellschaft. Die kleinbürgerliche Parzellierung des Bodens (den Zapata forderte und Madero später anbot) lehnten die Genossen der PLM ebenso vehement ab wie die Teilnahme an der neuen bürgerlichen Demokratie, die sie nur als eine neue Diktatur der Bourgeoisie geißelten und in Wort, Schrift und Tat bekämpften.

Dieses Buch ist auch deshalb eine ungemein wichtige Fundstelle, weil es nach der Lektüre nicht mehr überrascht, woher der Sprecher der neozapatistischen EZLN aus Chiapas viele seiner Ideen bezogen haben dürfte. Auch wenn Ricardo Flores Magón längst vergessen scheint, in Mexiko wird sein Schaffen immer noch studiert und analysiert, es finden sich viele neue Impulse für eine andere, antikapitalistische Welt in seinen Schriften.

Bedeutung von Ricardo Flores Magón

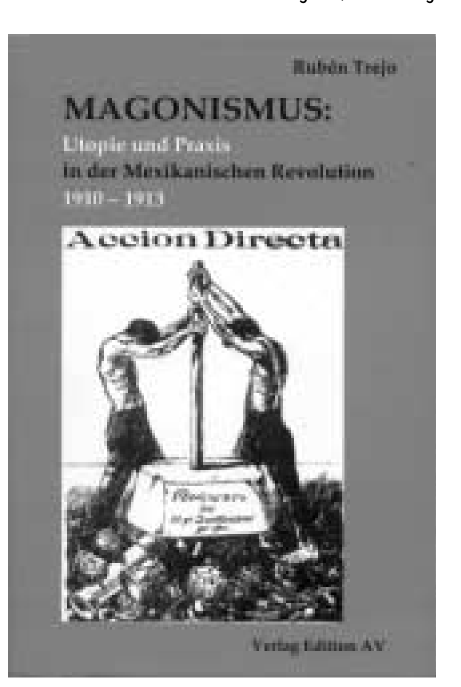
Die gewaltige Kraft, die in der Sprache der Magonisten lag, wird am Wirken von Ricardo Flores Magón deutlich. Er arbeitete als Herausgeber und Redakteur für die Regeneración, er schrieb Agitationslyrik, Theaterstücke und leitete den Organisations-Rat der PLM. Seine moralische Integrität war enorm, er lehnte jeglichen Verrat oder Kompromiss energisch ab, er war nicht korrupt. Selbst als ihm der zukünftige Präsident Madero den Posten eines Vizekanzlers anbot – damit wäre die PLM zur Regierungspartei geworden und hätte alles verraten, wofür ihre Genossen bis dahin gekämpft und gestorben waren. Auch die Ratschläge und Erpressungsversuche der amerikanischen Sozialisten um „Mother Jones“ und den AFL-Präsidenten Gompers konnten die PLM nicht zum Kotau vor Madero zwingen; es blieben ihnen in der USA danach nur noch ihre Wobbly-Freunde und andere Anarchistinnen wie Emma Goldman.

Ricardo Flores Magón wurde 1918 erneut in den USA festgenommen und zu 20 Jahren Haft verurteilt, weil er durch seine aufwiegelnden Aktivitäten gegen das US-Spionagegesetz verstoßen habe. Auch die Freilassungskampagne der neugegründeten anarchosyndikalistischen CGT brachte RFM nicht die Freiheit, er wurde am 22. November 1922 ermordet in seiner Gefängniszelle in Fort Leavenworth aufgefunden. Beerdigt wurde er am 23.1.1923 in Mexico-Stadt nach einer Massendemonstration von über 10.000 Arbeitern im Panteon Frances. Auf Anordnung der mexikanischen Regierung wurde er dann exhumiert und 1944 in der Rotunda de los Hombres Illustres beigesetzt.

Das Buch von Trejo hat der geschlagenen Bewegung der anarchistischen PLM ihren historischen Platz eingeräumt, ihre ideologischen Positionen, aber auch ihre Fehler klar herausgearbeitet. Mit der kleinen Broschüre mit Texten von Flores Magón von Café Libertad und dem A-Sortiment und dem Band 11 der Reihe ‚Klassiker der Sozialrevolte', „*Tierra y Libertad*“, des Unrast-Verlags wurde jetzt auch im deutschsprachigen Raum mehr als nur eine libertäre Wissenslücke geschlossen.

Rubén Trejo ist Ökonom und derzeit als Lehrer beschäftigt. Er arbeitet an der libertären Zeitung Autonomía mit, die in Mexiko-Stadt erscheint und durch das Libertäre Soziale Zentrum Ricardo Flores Magón (CSL-RFM) herausgegeben wird. Diese anarchistischen Genoss/innen gehören zum Autonomen Magonistischen Kollektiv (CAMA), das sich der antikapitalistischen neo-zapatistischen »Anderen Kampagne« der EZLN angeschlossen hat.

Isegrim, Hamburg



Rubén Trejo, *Magonismus: Utopie und Praxis in der Mexikanischen Revolution 1910-1914*, Übersetzung Martin Schwarzbach, Verlag Edition AV, Lich 2006, 246 Seiten, 17 Euro, ISBN 3-936049-65-3

KULTURGUERILLA

... Libertäres von der Buchmesse ...

Wer nicht auf der Frankfurter Buchmesse war, dem sei die Nürnberger Linke Literaturmesse vom 17.11. bis 19.11. im K3 empfohlen. Zwar sind dort nicht nur die anarchistischen Verlage und FAU-Mat vertreten, sondern auch die greulichen K.-, M.-, und T.-Spaltungen vertreten, dafür kostet die Messe keinen Eintritt und hat auch eine gute Veranstaltungsreihe zu bieten. Und das auch noch kostenlos. Mehr hierzu: www.linke-literaturmesse.org.

Ricardo Flores Magón

Anarchokommunismus und die mexikanische Revolution

„Bearbeitet die Ländereien der Haciendas gemeinsam, denn, wenn ihr sie aufteilt, werdet Ihr Euch Euer täglich Brot mit genauso viel Leid erarbeiten, wie jetzt. Arbeitet Ihr hingegen gemeinsam, werdet Ihr weniger arbeiten und mehr ernten. Wenn Ihr das Land aufteilt, lauft Ihr Gefahr, daß sich das Land Schritt für Schritt wieder in einigen wenigen Händen konzentriert und Ihr damit Eure Kinder dazu verdammt, eine neue Revolution durchzuführen, um das Land zu enteignen.“ (1912)

Café Libertad Kooperative GbR & A-Sortiment, 2005, 36 Seiten, 2 Euro

ja! Anarchismus

Ein Buch über gelebte Utopie im 21. Jahrhundert

Ja! Anarchismus“ – So lautete schon das Motto der „2. Anarchistischen Wochen“ in Hannover, einer Veranstaltungsreihe zur Verbreitung anarchistischer Ideen, die 2001 von der FAU-Ortsgruppe und der lokalen Graswurzelgruppe organisiert wurden. Der Vergleich passt auch insofern, da der nunmehr im Karin Kramer Verlag erschienene Sammelband u.a. Interviews mit gewaltfrei-anarchistischen AktivistInnen als auch einer Reihe von FAU-AktivistInnen vereint. Die Stärke des Buches liegt allerdings in der gesamten Bandbreite des anarchistischen Spektrums, aus dem einzelne VertreterInnen vorgestellt werden. Erklärtes Ziel ist es, „Inspiration und Ermutigung“ für alle zu sein, „die sich hier und heute für die Idee der Anarchie begeistern.“ Der Herausgeber Bernd Drücke, sympathischer Koordinationsredakteur der gewaltfrei-anarchistischen Monatszeitung graswurzelrevolution (gwr), hat hier Interviews zusammengetragen, die zwischen 2002 und 2006 geführt und in der gwr veröffentlicht wurden. Für den vorliegenden Band wurden sie in Zusammenarbeit mit den Interviewten überarbeitet und zum Teil erweitert.

Lebendigkeit

Dabei kann der Versuch, ein wichtiges Stück „oral history“ nicht in den Archiven verstauben zu lassen, als vollauf gelungen angesehen werden. Wie Mosaiksteine fügen sich die Geschichten zusammen und zeichnen so ein Bild von einer quicklebendigen Bewegung, die zwar bisher noch nicht wieder Einfluss auf Massen gewinnen konnte, aber dennoch eine nicht zu unterschätzende Wirkung in vielen gesellschaftlichen Bereichen hinterlassen hat. Der Grundtenor der Interviewten ist durchaus optimistisch, auch wenn viele Schwierigkeiten, Rückschläge, Enttäuschungen, Fehler und Brüche ihren Weg säumen. Organisatorische Schwäche, Konflikte mit HüterInnen der reinen Lehre, hohe Fluktuation, Ausgebranntheit von AktivistInnen, Wegbrechen von Generationen und „das Rad immer wieder neu erfinden“ sind die Probleme, die am markantesten zu Tage treten. Dem stehen Geduld, Ausdauer, Lebensmut, Liebe, Leidenschaft, Humor, Fragen, Aufbäumen und Konfrontationsfreudigkeit gegenüber, die das Durchhaltevermögen der aktiv Gebliebenen wohl begünstigten.



Perspektive A

Herausforderungen für die Zukunft werden klar benannt, wenn es beispielsweise um die Entwicklung einer anarchistischen Alltagskultur geht, in der sich die Menschen bewegen können und Kinder ihren Platz finden. Und: „Der Anarchismus hat keine Chance in der Moderne, wenn er sich nicht die feministischen Anteile zu eigen macht.“ (Ilse Schwipper).

Besonders wertvoll ist die Auswahl aber auch gerade deshalb, weil sich das weitgehend ignorierte Thema Älterwerden und Altwerden in der anarchistischen Bewegung wie ein schwarzer Faden durch eine Vielzahl von Beiträgen zieht. Wichtig ist die vermittelte Erfahrung gerade deshalb, weil dem zeitgenössischen Anarchismus immer noch eine gewisse „Jugendbewegtheit“ anhaftet, was sicherlich viel mit dem regelmäßigen Wegbrechen ganzer Generationen in den letzten Jahrzehnten zu tun hat. Dass das nicht mehr zwangsläufig so ist und auch nicht so sein muss, stellen viele Interviewte allein durch ihr Dasein und ihr ungebrochenes Engagement unter Beweis. Persönlich kann ich diese Entwicklung nur unterstreichen, da ich mittlerweile eine Reihe von GenossInnen kennen gelernt habe bzw. kenne, die ein bis drei Jahrzehnte mehr auf dem Buckel haben als ich und immer noch quietschfidel dabei sind.

Resümee

Mit „*ja! Anarchismus*“ liegt uns ein Buch vor, das interessiert, bestätigt, aufbaut, Mut macht und zugleich nachdenklich stimmt. Den sorgfältig ausgewählten und thematisch geordneten Interviews wurde ein Text des Herausgebers vorangestellt, mit dem er sich den gängigen Vorurteilen gegenüber dem Anarchismus stellt und dabei Erstaunliches und Erheiterndes zu Tage befördert. Eine umfangreiche Literaturliste zum Weiterlesen rundet die Sammlung ab. Würde das Motto am Ende des Bandes als Frage stehen, wäre meine Antwort nach dieser Lektüre jedenfalls klar: ja! Anarchismus!

Bernd Drücke (Hrsg.): *ja! Anarchismus. Gelebte Utopie im 21. Jahrhundert*. Interviews und Gespräche, Karin Kramer Verlag Berlin 2006, 280 Seiten, Abb., ISBN 3-87956-307-1, EUR 19,80

Anarr

Siamo tutti Clandestini!

Das EU-Migrationsregime als Laboratorium der Entrechtung

Autoren-Info:
Christoph Marischka ist Mitarbeiter der Informationsstelle Militarisierung und befasst sich dort mit den so genannten „Neuen Kriegen" und der EU-Migrationspolitik. Dieses Jahr bereiste er die Kanaren, Lampedusa und Italien und interviewte dort MigrantInnen, humanitäres Personal und AktivistInnen.

In der öffentlichen Diskussion um die illegale Immigration in die EU dominieren einige Fehlwahrnehmungen. Zunächst sind die Bilder und die beinahe täglichen Nachrichten von Anlandungen so genannter Clandestini an den Küsten der EU geeignet, einen „Ansturm" von „Massen" zu suggerieren. Tatsächlich mag die Zahl derer, die von Afrika aus mit kleinen Booten illegal nach Europa einreisen – es sind dieses Jahr bislang insgesamt etwa 50.000 – zunächst groß erscheinen, im EU-Maßstab ist sie aber gering. Jedes einzelne EU-Mitglied rekrutiert in ähnlichem und größerem Maßstab Arbeitskräfte aus anderen Ländern. Nicht einmal einen bedeutenden Anteil an der illegalisierten Migration machen die spektakulären und lebensgefährlichen Immigrationen übers Meer aus. Selbst in Italien reiste nur etwa ein Zehntel der ohne regulären Status Aufgegriffenen auf diese Weise ein. Die meisten kommen mit echten oder gefälschten Visa ins Land, bleiben aber über deren Ablaufdatum hinaus. Diese Form der Immigration wird von staatlicher Seite aus toleriert und bisweilen gar als zunächst legale StudentInnen-, PraktikantInnen-, SaisonarbeiterInnen- oder Au-Pair-Migration gefördert. Toleriert werden auch die Boat-People, die in ihrem reinen Umfang schlicht irrelevant sind.

Europa – Keine Festung

Sowohl Italien als auch Spanien haben bislang den überwiegenden Teil der Angekommenen – mit oder ohne vorübergehenden Status – auf dem Festland freigelassen. Wenn dies zur Sprache kommt, dann verweisen die Behörden darauf, dass sie die illegal Eingewanderten nur 30 (Spanien) bzw. 60 Tage (Italien) festhalten könnten und es meist nicht möglich bzw. zu aufwändig wäre, ihre Abschiebung zu organisieren. Gelegentlich können zwar afrikanische Anrainer überredet werden, einige hundert MigrantInnen auf ihr Territorium rückführen zu lassen, insgesamt gestaltet sich dies aber tatsächlich als teuer und kompliziert. Darüber hinaus war auch lange kein Wille zu solchen Rückführungen gegeben und er ist auch heute, aufgrund des gesteigerten Medieninteresses, eher symbolischer Natur. Bislang schob Spanien von den Kanaren rund dreitausend Menschen nach Senegal, Mauretanien, Westsahara und Marokko ab. Der Rest wurde auf dem Festland freigelassen und lebt dort nun in Lagern und Aufnahmezentren unterschiedlicher Art.

Bei den ImmigrantInnen handelt es sich auch zum völlig überwiegenden Teil nicht um Flüchtlinge im engen Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), also um Menschen, die ein Recht hätten, in den EU-Staaten Asyl zu beantragen. Das ist wichtig: die GFK räumt den von ihr definierten Flüchtlingen lediglich das Recht ein, Staaten um Asyl zu bitten, verpflichtet die Staaten aber unter keinen Umständen, dieses zu gewähren. Einzig die Zurückweisung (Refoulment) über die Grenze in ein Land, wo den Menschen Folter oder ähnliches droht, wird durch die GFK untersagt – jedoch ohne dass es Sanktionsmöglichkeiten gäbe. Lediglich vor nationalen Gerichten oder beispielsweise dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kann (wenn zuvor alle nationalen Instanzen ausgeschöpft wurden) gegen solches Vorgehen geklagt werden. Faktisch bindend sind die Urteile für die Staaten jedoch ebenfalls nicht, weil es wiederum keine Sanktionsmöglichkeiten gibt. Die halb verhungerten, fast verdursteten MigrantInnen an den Küsten der Kanaren und Lampedusas haben zunächst keinen Zugang zu Rechtsanwälten. Die EU-Staaten haben zudem in den letzten Jahren Gesetze erlassen, nach denen die Clandestini, auch nach ihrem Ankommen auf dem Boden der EU, rechtlich gar nicht auf dem staatlichen Territorium anwesend sind (zones d´attentes) und ihre Abschiebung keine Zurückweisung mehr darstellt. Im unmittelbaren Umgang mit den Bootsflüchtlingen scheint das Asylregime also keine Rolle zu spielen, weshalb linke Gruppen immer wieder einen verbesserten Zugang der MigrantInnen zum Asylsystem fordern und bisweilen AntirassistInnen an den Zäunen der Lager ausharren, um den vermeintlich Unwissenden auf verschiedenen Sprachen „beantragt Asyl, demand asylum!" zuzurufen.

In den meisten Fällen wäre dies ein recht hoffnungsloses Unterfangen, da nach der GFK weder Armuts- noch (Bürger-) Kriegsflüchtlinge asylberechtigt sind. Zu beweisen, dass die ImmigrantInnen in ihrem Herkunftsland „... begründete Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung" haben müssten, dass es keine Fluchtalternativen gäbe oder sie keine sicheren Drittstaaten passiert hätten, ist in der Praxis für die Bootsflüchtlinge nicht möglich. Im Gegenteil haben diese MigrantInnen meist keinerlei persönliche Dokumente dabei, um damit ihre unmittelbare Rückschiebung zu verhindern. Würden sie beginnen und es ihnen gelingen, in großem Maßstab Asyl zu beantragen, so würden die betreffenden Staaten darauf durch weitere Abschottungsmaßnahmen reagieren. Denn während für alle EU-Staaten hinsichtlich migrantischer Arbeitskraft – auch im niedrig-qualifizierten Bereich – von einem „Bedarfsszenario" gesprochen wird (so beispielsweise die Kommission in ihrem „Strategischen Plan zur legalen Zuwanderung"), sind eben diejenigen MigrantInnen unerwünscht, die Rechte haben, selbst wenn es nur das Recht ist, nicht abgeschoben zu werden. Unter (erwünschter) legaler Zuwanderung werden gemeinhin kurzfristige, an eine Beschäftigung gekoppelte Visa verstanden, die also nicht mit langfristigen Rechten verbunden sind und oft nur ein Übergangsstadium in die Illegalität darstellen.


Anlage des SIVE-Überwachungssystems

Aufrüstung im rechtsfreien Raum

Die Sache ist kompliziert, vieles scheint sich zu widersprechen. Auf der einen Seite hören wir fast täglich von neuen Maßnahmen im Kampf gegen die illegale Migration, von neuen Rücknahmeabkommen, quasi-militärischer Überwachungstechnologie (SIVE) an den maritimen Außengrenzen, polizeilich-militärischer Aufrüstung des Mittelmeerraumes und der Küsten Westafrikas, von immer neuen Agenturen, die repressive Maßnahmen der Einzelstaaten koordinieren sollen, wie der FRONTEX-Agentur, deren zweiter Einsatz nun um Lampedusa (Italien) herum bevorsteht. Aus unserer Mitte werden Menschen entführt, eingesperrt und trotz allen Protestes deportiert. FRONTEX ist die jüngste Schöpfung der „polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit", der so genannten „Dritten Säule" der EU. Innerhalb dieser können die Innen- und Justizminister der Mitgliedstaaten weitgehend unabhängig von nationalem Recht, aber auch weitgehend unbehelligt vom Europäischen Gerichtshof, eine EU-weite Innenpolitik betreiben. Bezeichnenderweise besteht diese fast ausschließlich aus formellen und informellen Gremien, die neue repressive Strategien im Umgang mit Migration und Grenzsicherung ersinnen und dafür Unterstützung durch die Mitgliedstaaten einwerben. Nicht zuletzt werden immer mehr außenpolitische Bereiche vermeintlich migrationspolitischen Zielen unterstellt: Es wird militärisch in Konfliktregionen interveniert, unter anderem um Flüchtlingsströme zu unterbinden, es werden Partnerschaften, Freihandels- und Entwicklungshilfeabkommen mit afrikanischen Staaten geschlossen, um – nach Aussagen der Politiker – die Bedingungen in den Herkunftsstaaten zu verbessern und auf diesem Wege den „Immigrationsdruck" zu mindern. Tatsächlich sind Wirtschaftsförderungsprogramme zur Minderung der Emigration gänzlich ungeeignet. Dies ist den Politikern, welche diese fordern, auch weitgehend bewusst. Denn: Die stattfindende Migration ist nicht Ausdruck einer fehlenden kapitalistischen Entwicklung, sondern eben deren Ergebnis.


Am Strand zurückgelassene Kleidung

Migration als Ausdruck kapitalistischer Entwicklung

Aus ökonomischer Sicht ist Migration in ihrer historischen Gesamtheit ein selbstregulierender Prozess. Der Anschluss vor-kapitalistischer Gesellschaften an den Weltmarkt, Privatisierungen und Effizienzsteigerungen insbesondere in der landwirtschaftlichen Produktion haben stets Arbeitskräfte freigesetzt. In Europa entstand mit der Industrialisierung ein „Heer der Arbeitslosen", Massenarmut. Die Existenz der Menschen wird vom Verkauf ihrer Arbeitskraft auf kapitalistischen Märkten abhängig, die Menschen ziehen vom Land in die Städte und von dort in die internationalen Boomregionen, die Metropolen, in denen sich der global produzierte gesellschaftliche Reichtum konzentriert. Mit dem Wohlstand steigt aber zugleich die Nachfrage nach billiger Arbeitskraft für Infrastruktur und Produktionsprozesse, die sich räumlich nicht von der Realisierung ihres Mehrwerts trennen lassen. Vor allem aber entsteht eine neue Arbeitsteilung: Die gut verdienenden Ober- und Mittelschichten lagern zuvor nicht-bezahlte und deshalb auch keinen unmittelbaren Mehrwert liefernde, aber originär notwendige Tätigkeiten in die marktwirtschaftliche Sphäre aus: Die Alten- und Krankenpflege, Kindererziehung und -fürsorge, Haushalts-, Reinigungs- und Sex-Dienste. Die nationalen Mittelschichten der Metropolen, also die mit der entsprechenden Staatsbürgerschaft, profitieren zunächst von migrantischer Arbeit, indem sie einen urbanen, post-industriellen Lebensstil pflegen können. Dass sich trotz Sozialabbaus und Ökonomisierung der Pflege weiterhin weite Teile der nationalen Bevölkerung häusliche Dienste, Kinderbetreuung und Plätze in Altenheimen leisten können und gesundheitlich zumindest rudimentär abgesichert sind, ist v.a. migrantischer Arbeitskraft zu verdanken, weshalb es insbesondere in diesem Bereich zu neuen Rekrutierungs- und Legalisierungsprogrammen von staatlicher Seite kommt (beispielsweise auch in Deutschland). In Österreich, wo gegenwärtig ein äußerst fremdenfeindlicher Diskurs vorherrscht, wurde von der Regierung ein Moratorium (also ein vorübergehendes Aussetzen) bei der Verfolgung illegaler Beschäftigung im Pflegebereich vorgeschlagen, da nach Aussage des Wirtschaftsministers Bartenstein „es ohne die rund 40.000 illegal in Österreich tätigen ausländischen Pflegekräfte kurzfristig schlicht nicht geht".

Fortlaufende Unterschichtung

Bislang gab es eine Art sozialstaatlichen Kompromisses zwischen diesen marktliberalen Vorstellungen und dem Nationalismus, dem politischen Druck der nationalen Bevölkerung, gegenüber Zuwanderern privilegiert zu werden. Die arbeitsmarktpolitische Funktion des Staates ist es, die Arbeitskräfte politisch-rechtlich zu diskriminieren. In Zeiten des Wirtschaftswachstums, einer organisierten ArbeiterInnenmacht und des ideologischen Drucks durch den real existierenden Kommunismus, kurz: des Sozialstaats, geschah dies über soziale Rechte (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Alten- und Krankenversicherung, Bildung etc.), die zuerst den BürgerInnen und abgestuft verschiedenen Kategorien von MigrantInnen zugesprochen wurden und so auch unterschiedliche Lohnniveaus sicherten. Gegenwärtig werden diese sozialen Rechte massiv

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

und in ungeahnter Geschwindigkeit auch für die nationale Bevölkerung abgebaut. Das oben beschriebene Wohlstandsleben kann nur noch von einer immer kleiner werdenden Schicht geführt werden und muss von einem boomenden Sektor der Sicherheitstechnologien und -dienstleistungen abgesichert werden. Wer über keine ausreichenden Vermögenswerte verfügt, wird in einem prekären Arbeitsmarkt zum Verkauf seiner Arbeitskraft gedrängt, eine existenzielle Grundsicherung ist faktisch kaum noch vorhanden. Die Empfänger von Arbeitslosengeld II in Deutschland beispielsweise werden Herrschafts- und Kontrollmechanismen unterworfen, die zuvor an MigrantInnen, unter ihnen insbesondere an Asylbewerbern, erprobt und eingeführt wurden: Sie müssen mit Hausbesuchen rechnen, jederzeit für „Beratungsgespräche" und Job-Angebote verfügbar sein. Geradezu in den Schwarzmarkt gedrängt, werden wirtschaftliche Aktivitäten und Einkommen überwacht. Der Verdacht des Missbrauchs der „Sozialkassen" lastet generell über allen, die Hilfe in Anspruch nehmen, so wie es bei Asylbewerbern hinsichtlich des Asylrechts, des bloßen Rechts auf Gegenwart der Fall ist. Mittlerweile kursieren Vorschläge, Empfänger von Sozialhilfe mit Gutscheinen im wörtlichen Sinne abzuspeisen. Am 18. Juli 2006 entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Notwendigkeit, die berufliche und familiäre Situation von Arbeitslosen zu überwachen, dem Recht, sich innerhalb der EU frei zu bewegen, und der Aufenthaltsfreiheit überzuordnen sei. Damit greifen die Einschränkungen für vorübergehend oder dauerhaft nicht verwertbare Menschen vom Bereich der sozialen Rechte in den der Grundrechte über. Um eine politische Organisation und Proteste der Betroffenen, also sozialen Unfrieden, gleich ob nationalistisch-xenophober oder klassenkämpferischer Art zu erschweren, wird weiterhin diskriminiert, also immer weiter unterschichtet. Auf der untersten Stufe stehen dabei die Clandestini, deren Anwesenheit schlicht ignoriert wird und die über keinerlei soziale oder politische Rechte (jedenfalls aus Sicht der Staaten) verfügen und die in einem rein negativen Verhältnis zum Recht stehen. Ebenso wie die von Abschiebung und Abschiebehaft bedrohten Menschen mit prekären Aufenthaltstiteln, deren reine Gegenwart als unrechtmäßig und strafbare Handlung gesehen wird. Selbst ihr Tod wird regelmäßig und demonstrativ in Kauf genommen, bspw. an den Außengrenzen, bei Abschiebungen, in Abschiebehaft. Mit der Abschiebehaft ist mittlerweile ein Instrumentarium eingeführt worden, das es dem Staat erlaubt, jeden, der nicht zu seinen BürgerInnen zählt, aber auch nur diese, ohne Verfahren und Urteil zu inhaftieren. In der Entrechtung von Menschen bzw. der segmentierten Zuerkennung von Rechten kann der Nationalstaat gegenüber einer globalisierten Weltwirtschaft einerseits seine Handlungsfähigkeit demonstrieren und sich andererseits als Wirtschaftsstandort aufwerten, indem er der Wirtschaft noch rechtlosere und damit billigere Arbeitskräfte zuführt. Letzteres geschieht dadurch, dass die sozialen, politischen und existenziellen Rechte von Menschen an ihre gefügige Ausbeutbarkeit geknüpft werden.

Laboratorium der Entrechtung

Diese Überlegungen helfen uns, die Außengrenzen und ihre Abschottung, die keine ist, als Laboratorium der Entrechtung zu verstehen. Die gewaltigen und aufwändigen Maßnahmen zur Sicherung der Außengrenzen zwingen einen Teil der MigrantInnen dazu, ihr Leben zu riskieren, ihre Dokumente zu vernichten und damit auch ihre Rechte aufzugeben. In Spanien werden die kleinen Boote, mit denen die ImmigrantInnen ankommen, Pateras genannt – Opferschalen. Ihre Bergung obliegt allein den polizeilichen und militärischen Behörden und geschieht im Kontext eines permanenten Ausnahmezustands in den sich räumlich ausdehnenden und diffundierenden Grenzregionen. Die Rettung von Bootsflüchtlingen durch zivile Organisationen wurde durch sich kontinuierlich und auf Druck der EU global verschärfenden Anti-Schleuser-Gesetze und am Fall der Kap Anamur spektakulär kriminalisiert. Der Umgang der Behörden mit den Angekommenen lässt sich nicht an Maßstäben der Menschenrechte messen oder beschreiben, ihre Rettung erscheint humanitär und der Umgang mit ihnen willkürlich. Das heißt nicht, dass er rein repressiv oder in erster Linie von Gewalt geprägt wäre, viele der Grenzbeamten und Soldaten können durchaus Mitleid mit den Clandestini aufbringen. Jedoch kann in diesem Kontext alles passieren: Sicherheitskräfte können die Menschen einfach ertrinken lassen und Hilferufe ignorieren, an den Grenzen auf sie schießen, wie es in Ceuta und Melilla geschehen ist. Sie können sie schlagen, demütigen und einsperren, massenhaft abschieben und in der Wüste aussetzen. Wenn sie dies nicht tun, den dem Tode entronnenen ImmigrantInnen eine Zigarette spendieren, Wasser und Nahrung austeilen, so erscheint dies humanitär. Humanität und Willkür weisen darauf hin, dass die Menschen im Augenblick ihrer Ankunft schlicht rechtlos sind – nacktes Leben. Der ungeheure Aufwand, mit dem die „Abschottung" und Militarisierung der Außengrenzen betrieben und die MigrantInnen in die Hände von Schleppern gedrängt werden, deuten an, dass die Rechtlosigkeit keineswegs ein vorstaatlicher Naturzustand ist, der durch die Nationalstaaten aufgehoben wird, sondern dass sie gegenwärtig aktiv diese Entrechtung betreiben. Nehmen wir die Grundrechte auf Versammlungs- oder Organisationsfreiheit: Wem außer den Staaten und seinen Sicherheitsorganen wäre es möglich, zu verhindern, dass sich Menschen „friedlich und ohne Waffen versammeln" oder mit anderen solidarisieren und organisieren? Durch die rechtliche Prekarisierung werden Clandestini, die am stärksten von Ausbeutung und Unterdrückung betroffene Gruppe vor solchen Handlungen abgeschreckt – jedoch nicht immer erfolgreich.



Lager auf Lampedusa



Willkommen auf Lampedusa

Rechte werden erkämpft, nicht gewährt

In Italien waren die Bedingungen für eine gemeinsame Organisation von MigrantInnen und italienischen Linken gut. Noch bevor die italienische Regierung in den 90ern eine Einwanderungsgesetzgebung entwikkelte, begannen die Gewerkschaften, die MigrantInnen in ihren Kämpfen für Rechte zu unterstützen und alltägliche Hilfeleistungen anzubieten. Von Anfang an wurde die rechtliche Prekarisierung der MigrantInnen als Angriff auf die ArbeiterInnenschaft insgesamt verstanden. Die politische Forderung bestand und besteht in der „Sanatoria generalizzata", der bedingungslosen Legalisierung aller MigrantInnen und damit auch implizit der Öffnung der Grenzen. 1998 wurde mit den ersten Regelungen das Asyl betreffend auch erstmals eine praktikable Gesetzgebung zu Abschiebungen eingeführt und erstmals geschlossene Lager gebaut. Letzteres wurde in der italienischen Linken zunächst kaum wahrgenommen, bis es verstärkt zu Revolten in diesen Lagern kam, worauf sich von außen Unterstützung regte. Im März 2000 wurde ein rumänischer Arbeiter in Italien von seinem Chef bei lebendigem Leibe verbrannt, nachdem er eine bessere Bezahlung gefordert hatte, woraufhin die italienischen Basisgewerkschaften ihm die folgende Erste-Mai-Demo in Rom widmeten und ihre Forderungen nach gleichen Rechten für ImmigrantInnen verstärkten. In Brescia organisierte die pakistanische Community einen erfolgreichen Hungerstreik für ihre Legalisierung. Autonome Gruppen begannen in diesem Zeitraum, militant gegen Lager und Abschiebehafteinrichtungen vorzugehen. Ein Jahr später schallte der Ruf „Siamo tutti Clandestini" auch durch die Gassen Genuas. Die Demonstration gegen das G8-Treffen und für die Rechte der Clandestini wurde von der Polizei angegriffen, wobei mehrfach der Tod von DemonstrantInnen in Kauf genommen wurde, das Verfahren gegen die Mörder von Carlo Giuliani – Carabinieris – wurde eingestellt.

Doch nicht nur die Haltung der italienischen Linken war einer Organisation für den Kampf um Rechte förderlich. Da die Zuwanderung zunächst (bis in die späten 1990er) kaum gesetzlich geregelt war, erfolgte sie überwiegend als unkontrollierte Arbeitsmigration (ein Schritt, den einige Jahrzehnte zuvor hunderttausende ItalienerInnen selbst gegangen waren) und wurde auch als solche wahrgenommen. Die zunehmende Verrechtlichung der Immigration drückte sich für alle erfahrbar in einer Verschlechterung der Situation ihrer KollegInnen aus. In Deutschland und vielen anderen Einwanderungsländern war es hingegen schon zuvor gelungen, eine an sich ökonomische Bewegung von Menschen, die aus der kapitalistischen Entwicklung resultiert, in die Form der Asylmigration zu pressen und damit humanitär zuzurichten. So zählte in Deutschland ein Asylantrag lange zu den sichersten Mitteln, ein prekäres Aufenthaltsrecht zu erlangen. Dieses war dann aber mit fundamentalen Einschränkungen verbunden. AsylbewerberInnen wurde es unter anderem untersagt, (legal) zu arbeiten, also für ihren Unterhalt selbst zu sorgen. Damit wurden sie aus weiten Teilen der Gesellschaft, insbesondere von einigen Möglichkeiten, gesellschaftliche Gegen-Macht zu entwickeln, ausgegrenzt. Das Asylrecht ist humanitär. Es wurde von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges als Lösung eines Problems ausgehandelt, ist aber niemals aus irgendwelchen Kämpfen hervorgegangen. Zugleich prägte die rechtlich erzwungene Situation der AsylbewerberInnen (die niemals eine Mehrzahl der ImmigrantInnen insgesamt darstellten) das Bild von MigrantInnen insgesamt als hilfsbedürftig, abhängig, parasitär. Das Gegenteil ist der Fall. Sie spielen für die kapitalistische Entwicklung eine Schlüsselrolle. Deshalb soll ihre Organisation und eine Solidarisierung durch eine massive Entrechtung verhindert werden.

Gegen eine globale Zukunft der Lager

In verschiedenen Regionen der Welt, insbesondere in Afrika, leben über zehn Millionen Menschen in Lagern, fast acht Millionen bereits seit mehr als fünf Jahren. Gemeinhin werden sie als Bürgerkriegsflüchtlinge gesehen, gleichzeitig stammen aber die Bilder, welche die globale Armut darstellen sollen, meist aus diesen Lagern. Auch in den Wohlstandszonen entstehen humanitär betriebene Sammelunterkünfte und mehr und mehr Knäste. Durch Kriege und die Kriminalisierung von Migration, also der Suche nach einem Platz zum Leben und Arbeiten, wird das globale Sub-Proletariat entrechtet und für diese Lager zugeschnitten. Wer sich nicht verwerten lassen kann, landet im Lager, und wer sich nicht integrieren will, im Knast oder der Sammelabschiebung nach irgendwo. In Italien und Spanien betreiben insbesondere die Kirchen Sammelunterkünfte für MigrantInnen. Mittlerweile leben in diesen auch EU-Bürger, die nicht genug verdienen, um sich ein Dach über dem Kopf zu leisten, da mietfreies Bewohnen („Besetzen") von leer stehenden Häusern und wilder Wohnungsbau ebenfalls illegalisiert sind und eine soziale Grundsicherung für immer weniger Menschen existiert. Die Situation der MigrantInnen ist also eine düstere Vision der Zukunft aller, wenn es uns nicht gelingt, gegen Staat und Kapital gemeinsam Rechte für Alle zu erkämpfen.

Christoph Marischka

Literatur:

Agamben, Giorgio 2004: *Ausnahmezustand*, Suhrkamp

Boutang, Yann Moulier 2002: *Nicht länger Reservearmee – Thesen zur Autonomie der Migration und zum notwendigen Ende des Regimes der Arbeitsmigration*, in: Subtropen 12 (4)

Freeman, Gary 1979: *Immigrant Labour and Racial Conflict in Industrial Societies*, Princeton University Press

Hollifield, James 2003: *Offene Weltwirtschaft und nationales Bürgerrecht – das liberale Paradox*, in: Hunger, Uwe/Thränhardt, Dietrich: Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat (Leviathan-Sonderheft), Westdeutscher Verlag

Kommission der EG 2005 (KOM (2005) 669 endgültig): *Strategischer Plan zur legalen Zuwanderung*
http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0669de01.pdf

Sassen, Saskia 1988: *The mobility of Labor and Capital*, Cambridge University Press

Schuster, Liza 2005: *The Realities of a New Asylum Paradigm*, University of Oxford Centre on Migration, Policy and Society, Working Paper No. 20
http://www.compas.ox.ac.uk/publications/papers/Liza%20Schuster%20wp0520.pdf

Sciortino, Giuseppe 2004: *Between Phantoms and Necessary Evils – Some Critical Points in the Study of Irregular Migrations to Western Europe*, in: IMIS-Beiträge, Heft 24(2004)
http://www.imis.uni-osnabrueck.de/pdffiles/imis24.pdf

Transitmigration 2005 (Rutvica Andrijasevic, Manuela Bojadzijev, Sabine Hess, Serhat Karakayali, Efthimia Panagiotidis, Vassilis Tsianos): *Turbulente Ränder – Konturen eines neuen Migrationsregimes im Südosten Europas*, in: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 140, Westfälisches Dampfboot

Richtigstellung

In der letzten Ausgabe der „Direkten Aktion" (#177) schrieb der Autor des Hintergrund-Artikels im Zusammenhang mit Rationalisierungsprozessen in der BRD, dass sich die Zahl der Beschäftigten in den letzten 50 Jahren um 20 Prozent verringert habe. Das ist falsch. Dank an einen DA-Leser für den Hinweis. Um 20 Prozent verringerte sich lediglich die Zahl der Industrie-ArbeiterInnen. Für Lohnabhängige allgemein zeigt sich ein gegenteiliger Trend: In der alten Bundesrepublik stieg die Zahl der Beschäftigten von 1960-90 um mindestens 34 Prozent und verringerte sich seit 1991 um 2,4 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten hat in den letzten 50 Jahren also zugenommen, zugenommen hat ebenfalls der Anteil der Lohnabhängigen an den Erwerbstätigen. (Quellen: Sachverständigenrat Wirtschaft, Wikipedia)



Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Gloriole der Straße

Des letzten Rätsels Lösung: die Barrikade, Waffe der Unterdrückten

Die Barrikade — Symbol des Aufstands; häufig besungen und umdichtet; mythenumrankt und nostalgisch verherrlicht. Ist sie als Symbol omnipräsent, tritt sie als Gegenstand heute kaum noch in Erscheinung — dann weniger aus Gründen der Strategie, als dass sie ihrer selbst willen errichtet wird. Schon immer übte sie solch eine Anziehungskraft aus, dass sie selbst zur umkreisten Protagonistin im Straßenkampf wurde.

Betrachtet man nüchtern die geschichtliche Bilanz der Barrikade, fällt ein Urteil über sie zunächst ungleich härter aus. Die meisten Barrikadenaufstände waren entsetzliche Tragödien für diejenigen, die sich die Barrikade zu nutzen machen wollten im Kampf gegen die Obrigkeit. Oft wurden sie schonungslos zusammengeschossen, so wie sie an ihren behelfsmäßigen Schutzwällen aus Brettern, Fässern und Möbeln klebten, nicht bereit, auch nur einen Schritt zu weichen.

Im Verhältnis gesehen mag solch ein Urteil jedoch unzutreffend sein. So waren die Kämpfenden in solchen Szenarien meist derartig schlecht ausgerüstet, dass die Bezeichnung „bewaffnet" einem Hohn gleicht. Die offene Konfrontation mit dem Militär und der Verzicht auf die Barrikade wären gleichbedeutend mit einem Massaker gewesen. So gesehen war sie eine Waffe der Unterdrückten, die es unbedingt zu nutzen galt. Durch sie gelang es mehrmals in der Geschichte, Aufstände trotz erheblicher Verluste zum Erfolg zu führen — oder zumindest teilweise.

In Paris, der Hauptstadt der Barrikaden, spielte sie am häufigsten eine zentrale Rolle: so z.B. in den Revolutionen von 1830 (Geburtsstunde der Barrikade) und 1848. Napoleon III. ließ dann auch alsbald die Straßen und Häuser von Paris so umstrukturieren, dass die moderne Artillerie mühelos eventuelle Barrikaden kleinschießen konnte. 1871, während der Pariser Commune, sollte sich dies als sehr nützlich erweisen.

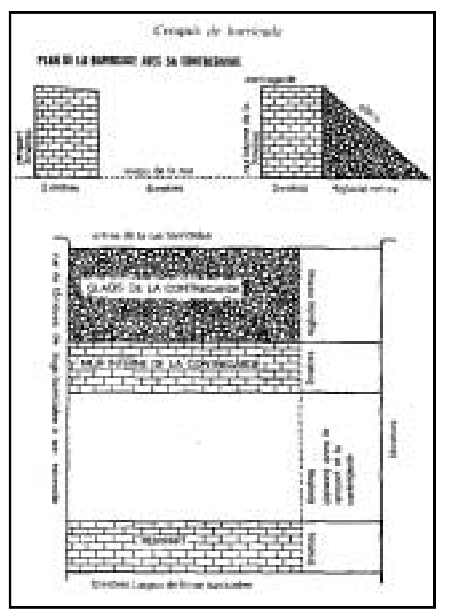
Friedrich Engels, selbsternannter Militärexperte, meinte danach, die Zeit der Barrikaden sei vorbei. Vor der weiteren Technologisierung des Militärs sei sie noch ein effizientes Mittel gewesen, entspräche aber nun nicht mehr den Erfordernissen der städtischen Kriegsführung. Engels Betrachtung war jedoch äußerst oberflächlich, urteilte er doch nur über die Barrikaden, wie er sie kannte. Dass Barrikaden mit einer anderen Architektonik und im Rahmen einer anderen Strategie einen viel besseren Effekt erzielen könnten, wollte er nicht in Betracht ziehen.

Ein weitaus praktischer veranlagter Revolutionär mit langer Barrikadenerfahrung tat dies dagegen. In seiner Schrift von 1869, „Instruktionen für den Aufstand", legte Auguste Blanqui dar, dass die alten Barrikadenstrategien in Zukunft zu einem Debakel führen würden. Zuvor wurden Barrikaden meist aus einem Fundament mit Erde gefüllter Fässer (auf franz.: „barriques"; daher der Name) errichtet, auf dem man alles stapelte und zusammennagelte, was sich als nützlich erwies; Matratzen dienten dabei als Kugelfang. Blanqui dagegen entwarf mit äußerster Akribie Pläne, wie eine massive Barrikade gebaut wird, die sowohl der Kanone standhalten kann als auch schwer für die Infanterie einzunehmen ist. Darüberhinaus legte er nicht nur detailgenau die Strategie fest, in die die Barrikaden einzubetten wären, sondern auch, welche Aufgaben jedem Beteiligten zukommen. Hierbei stellte er u.a. heraus, dass der Barrikadenkampf stets unkoordiniert, fixiert auf die eigene Barrikade, geführt wurde. Nur flexible Taktiken und Abstimmung könnten zu einem Erfolg führen.

Wie dem auch sei, im Widerspruch zu Engels bewiesen vor allem die spanischen ArbeiterInnen, dass die Barrikade noch nicht antiquiert war. Bei der Abwehr des Franco-Putsches 1936 spielte sie eine entscheidende Rolle. Ob sie allerdings gegen die heutige Militärmaschine von Nutzen sein kann, dürfte wohl auszuschließen sein. Im Kampf mit den polizeilichen Kräften jedoch hat sich nichts an Zweckmäßigkeit eingebüßt, wie seit dem Pariser Mai 1968 mehrmals gezeigt wurde.

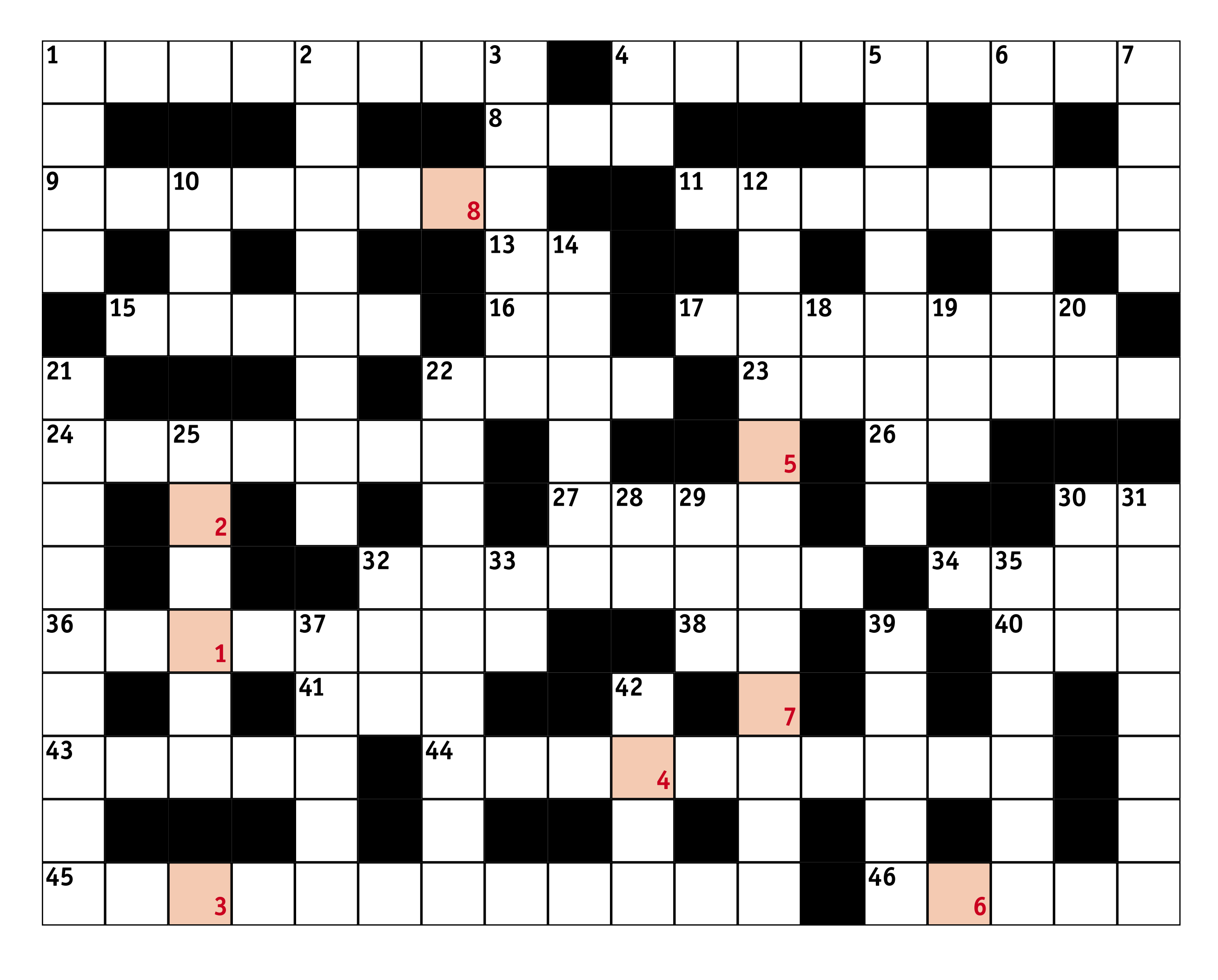
Und zu guter Letzt, ein Zweck wird ihr niemals abgehen: ihre psychologische Wirkung. Allein die Errichtung einer Barrikade stimuliert den Kampfgeist der Aufständischen, weckt Hoffnungen und setzt Impulse. Wer möchte sich nicht an sie schmiegen, an die Gloriole der Straße?

Holger Marcks



Anleitung zum Barrikadenbau von L. A. Blanqui

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 44



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben

Waagerecht

1. Region in der alten Bundesrepublik mit starker Antiatombewegung 4. Autorin des Buches „Der kleine Unterschied und die großen Folgen" (1975) 8. „christlich-soziale" Partei in Österreich <Abk.> 9. Gebirge in Bulgarien und Griechenland 11. Nomadenstämme des arabischen Sprachraums 13. Kfz-Kennzeichen für Traunstein 15. anarchistische Theoretikerin der Sozialökologie, Vorname: Janet 16. ungarisch für „gut", z.B. ~ *reggelt* (Guten Morgen), ~ *napot* (Guten Tag) 17. Bittgebet, eintöniges Gerede 22. Nachrichten <engl.> 23. Ritter bzw. Angehöriger des Kriegerstandes im alten Japan 24. kanadische Provinz 26. chemisches Zeichen für das Element Argon 27. in Film und Fernsehen: einzelne Szenenaufnahme, Szenenabschnitt 30. Operation <Abk.> 32. Mittönen, Widerhall, Zustimmung 34. feministische Zeitschrift 36. schwedische Bezeichnung für Deutschland 38. Panzer <Abk. bei der Bundeswehr> 40. Luft <engl.> 41. Großvater 43. Gebiet südlich der Sahara 44. da wird man mit modernen Mitteln porträtiert 45. Begriff aus alten sozialistischen Sprüchen und Liedern: die Betriebe, Waffen usw. gehören „in ~" 46. Psychiater, Schriftsteller und Vordenker der Entkolonialisierung (1925-61), Vorname: Frantz

Senkrecht

1. Autor des Zitats: „Wie würdest du dich fühlen, wenn du rausfändest, dass die Gesellschaft, in der du wirklich gern leben würdest, schon hier ist, abgesehen von einigen kleinen, lokalen Schwierigkeiten wie Ausbeutung, Krieg, Diktatur und Hungertod?", Vorname: Colin 2. „Die Revolution entläßt ihre Kinder" (1955) hieß die Abrechnung dieses Kommunisten/Sozialisten mit dem Stalinismus, Vorname: Wolfgang 3. lustige Geschichte, Plauderei <norddeutsch> 4. Kfz-Kennzeichen für Speyer 5. amerikanischer Journalist und schwarzer Politaktivist, 1982 in einem umstrittenen Verfahren zum Tode verurteilt <zweigliedrigen Nachnamen zusammenschreiben!> 6. Süßwasserfisch 7. zunächst Berufsoffizier im 1. Weltkrieg; 1920 weigerte er sich im Kapp-Putsch auf revolutionäre Arbeiter zu schießen und quittierte den Dienst; Schriftsteller, Kommandeur bei den Internationalen Brigaden in Spanien, Esperantist, Vorname: Ludwig (1889-1979) 10. weltweit agierende Baumarkt-Handelskette 12. bedingungsloses Grundeinkommen, „Bürgergeld" 14. Millionenstadt in Südafrika nahe Johannesburg; während der Apartheid diente sie als Township zur Unterbringung der schwarzen Bevölkerung 18. chemisches Zeichen für das Metall Tantal 19. lediglich, bloß 20. Was macht der Esel? 21. Mitbegründer der anarchistischen Bewegung in Italien (1853-1932) 22. Affe mit fleischiger Nase (in Borneo) 25. Raubfisch 28. Präposition 29. vorspringender Teil einer Küste, Landspitze 30. Großmutter 31. in diesem angesehenen, 2004 erschienenen Buch (2006 in deutscher Übersetzung beim Trotzdem-Verlag) macht der Autor, Michael Albert, Vorschläge für ein ökonomisches System nach dem Kapitalismus 32. Sprechgesang in Hip-Hop 33. siehe dort <Abk.> 35. was man bei einer offenen Rechnung machen kann 37. Lutscher 39. Moor, Tümpel, Luch 42. Selbstbezeichnung für die Gesamtheit der Volksgruppen, die manchmal abwertend „Zigeuner" genannt werden

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU-Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig). Gewonnen hat diesmal Markus aus Berlin.

Auflösung № 43

```
FRANKENHAUSEN CAMP
R B A O N ü AF P U
E EIFER S D SEKRET
Y N K D CLAUSEWITZ
GADDAFI HOF    O
A     S NUR JAURES
N I  STOA I A  I C
GANDHI BUCKSKIN  H
  T OT  Z A OUTLAW
FREIMAURER PB  U E
U R OROGRAPHIE D J
LENIN     FAN  WOK
D A YUAN MUSE  I
ASTHMA PAPIERTIGER
```

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Dortmund
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

Schlußredaktion: E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org
BuG: E-Mail: da-bug@fau.org
Globales: E-Mail: faud1@fau.org
Hintergrund: E-Mail: da-hintergrund@fau.org
Kultur: FAU Bielefeld, E-Mail: faubi2@fau.org
Zeitlupe: E-Mail: faub26@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

ViSdP: Alexander Stricker

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluß DA 179: 8. Dezember